

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Sie haben den Verstand verloren

In aller Seelenruhe diskutieren Bundeswehroffiziere darüber, wie russische Ziele mit dem Marschflugkörper „Taurus“ zerstört werden können. Sahara Wagenknecht sagte dazu am 14. März im Bundestag: „Der Skandal besteht nicht darin, daß sie sich dabei belauschen lassen, der Skandal besteht darin, daß es mittlerweile normal zu sein scheint, solche Debatten zu führen.“ Diese „Normalität“ skizzierte sie so: „Unsere grandiosen Militärexperthen von den Grünen belehren uns jetzt seit zwei Jahren, welchen Game-Changer wir als Nächstes liefern müssen, damit die Ukraine damit garantiert den Krieg gewinnt. Die FDP gibt der Union und damit der Opposition inzwischen Formulierungshilfe, um einen Waffenantrag gegen den Kanzler durchzusetzen. In der CDU schwärmen Leute wie Herr Kiesewetter davon, mit deutschen Raketen Ministerien in Moskau zu zerstören. Wenn der Papst dann in diesen ganzen Wahnsinn hineinruft, daß Kiew lieber verhandeln sollte, als das Land in den Selbstmord zu treiben, dann wird sogar er von Ihnen allen als Putin-Troll niedergemacht.“ Dem ließ sie die rhetorische Frage folgen: „Also, wer diese Debatte verfolgt, der kann sich doch nur noch fragen: Haben Sie alle wirklich den Verstand verloren?“ Ja, läßt sich dem hinzufügen, es ist wieder einmal soweit: Die Strategen des deutschen Imperialismus haben den Verstand verloren. Die Kiesewetter (CDU), Strack-Zimmermann (FDP), Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) oder Barley (SPD) haben allerdings kein medizinisches Problem, ihnen geht es vielmehr wie dem deutschen Generalstab von 1914, von 1939 oder dem Spalter- und Remilitarisierungskanzler Konrad Adenauer, der Atomwaffen am 5. April 1957 zur „Fortentwicklung der Artillerie“ und zu „beinahe normalen Waffen“ erklärte: Sie alle standen auf Kriegsfuß mit der politischen Realität, vor allem mit der in der Sowjetunion beziehungsweise in Rußland, erst recht aber mit der politischen Wirklichkeit in der Welt. Das gilt auch heute – von „Rußland ruinieren“ bis zur „Zeitenwende“, also der Absicht, eine Atommacht zu besiegen. Gemeint ist Revanche: In der Ukraine für die Niederlage nach 2014, als die vom Westen in Kiew an die Macht geputschten Nationalisten

und Faschisten bei ihrem Krieg gegen die Aufständischen im Donbass steckenblieben. Global für den Machtverlust in immer mehr Regionen der Welt: Flucht aus Afghanistan 2021, Staatsstriche in Mali, Burkina Faso

können (so ein Berater von Ronald Reagan 1982). Aber die Inszenierung von Scholz als „Friedenskanzler“, der mit „Besonnenheit“ agiert, kommt zu spät. Wer „Zeitenwende“ gesagt hat, muß klippschulmäßig „kriegstüchtig“ sagen und alles dafür tun, daß der Kriegsdurst des militärisch-industriellen und medialen Komplexes erfüllt wird. Sonst ist es mit der Kanzlerschaft aus. Verstand setzte sich im deutschen Imperialismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg nur mit Gewalt von außen durch. Bei Adenauers Kriegsphantasien griff man sich in Moskau und in Washington an die Stirn und machte ihnen am 13. August 1961 ein Ende. Heute muß der „Zeitenwende“-Wahn beendet werden, um Deutschland wieder zur Vernunft zu bringen. Offenbar geht das erneut nur durch Verständigung der Großmächte.



Torgau, 27. April 1945: Rotarmist Alexander Silwaschko und US-Soldat William Robertson

Arnold Schölzel

und Niger, die u. a. zum Abzug der Bundeswehr aus Mali führten und zur Anwesenheit russischer Kontingente. Nur ein Detail: Am 16. März kündigte die Regierung von Niger mit sofortiger Wirkung ein Militärabkommen mit den USA und warf 1100 US-Soldaten aus dem Land. Das war vor zehn Jahren undenkbar. Einer Niederlage des Westens gleich kommt inzwischen der Völkermord in Gaza. Die beiden größten Waffenlieferanten Israels – USA und BRD – stehen international ebenso am Pranger wie das Netanjahu-Regime, das seine Sponsoren an der Nase durch den Kriegsring führt. Auf dem Schlachtfeld im Krieg gegen Rußland droht das nächste Desaster; die Bundesregierung hat die deutsche Wirtschaftsleistung erfolgreich torpediert. Die Anhänger der „Zeitenwende“-Revanche quittieren das nicht mehr nur mit Durchhalteparolen, sondern mit irren Angriffsphantasien auf Moskau und Rußland. Insbesondere Grüne und CDU/CSU stehen im Wettbewerb um den gefährlichsten Blödsinn. Das nutzt der Kanzler, Urheber des Kriegsrauschs, für politische Zweigleisigkeit: Er beteuert, weiter gigantische Summen für die Aufrüstung Kiews hinauszuerwerfen, und weigert sich zugleich, Waffen zu liefern, die dem „russischen Huhn den Kopf abschneiden“

### Aus dem Inhalt



Haß als Staatsdoktrin	2
Totenglocklein der Meinungsfreiheit	4
Ohne Frieden ist alles nichts!	5
Zwei Jahre Ukraine-Krieg und die EU	8
AfD keine Friedenspartei	9
Schlafwandeln in den Atomkrieg	11
Zu aktuellen Konflikten in Europa und dem Nahen Osten	12
Putin und seine Rede an die Nation	15
Rußland hat den Großraum EURASIEN im Blick	16
In Davos wurde ein Populist von der Leine gelassen	19
Gazakrieg beenden!	20
Können sich die Ukraine und Israel auf Selbstverteidigung berufen?	21
Wahlbetrug in Pakistan	23
Aufstieg und Fall von Dr. Najibullah	24
Flucht aus Spanien	27
50. Jahrestag der Aprilrevolution in Portugal	28
Rentenreform	30
Zum Briefwechsel Peter Hacks und André Müller sen.	31
Gründung der Kommunistischen Internationale vor 150 Jahren	33
Die Telmanovci – Das Thälmann-Bataillon bei Titos Partisanen	35

# Haß als Staatsdoktrin und Voraussetzung der Kriegstüchtigkeit

Den Willen zum Krieg und seine Lobpreisung als „Stahlbad“, die „irrsinnigen Haßorgien“, die „absurdesten Verleumdungen“ – all dies und mehr hat Stefan Zweig in seinen „Erinnerungen eines Europäers“ zur Stimmungslage der Völker in Europa kurz vor und unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkriegs beispiellos eindrucksvoll beschrieben: *„Der Krieg braucht einen gesteigerten Zustand des Gefühls, er braucht Enthusiasmus für die eigene Sache und Haß gegen den Gegner. Nun liegt es in der menschlichen Natur, daß sich starke Gefühle nicht ins Unendliche prolongieren lassen, weder in einem einzelnen Individuum noch in einem Volk, und das weiß die militärische Organisation. Sie benötigt darum eine künstliche Aufstachelung, ein ständiges ‚doping‘ der Erregung, und diesen Aufpeitschungsdienst sollten – mit gutem oder schlechtem Gewissen, ehrlich oder aus fachlicher Routine – die Intellektuellen leisten, die Dichter, die Schriftsteller, die Journalisten. Die hatten die Haßstrommel zu schlagen und schlugen sie kräftig ... Gehorsam dienten sie fast alle ... und damit dem Massenwahn und Massenhaß des Kriegs, statt ihn zu bekämpfen.“*

*oder Belgien. Ja, sie deuteten sogar vorsichtig an, daß man Ansichten wie jene, daß dieser Krieg ein Verbrechen sei, eigentlich zur Kenntnis der Behörden bringen sollte, denn Defaitisten seien die schwersten Verbrecher am Vaterland.“* Der Titel seines Buchs lautet „Die Welt von gestern“. Von gestern?

\*\*\*

Die Leitung der Wiener Festwochen hat den Dirigenten Theodor Currentzis mit seinem SWR-Orchester auf Wunsch der ukrainischen Dirigentin Oksana Lyniv ausgeladen. Man dürfe es ihr nicht zumuten, ein Konzert am selben Ort zu bestreiten, wo tags darauf ein von ihr zum „Putinverstehler“ Deklarierter ein Konzert leiten würde. Ein noch krasserer Beispiel ist die „Liste der Schande“. Es handelt sich um die Namen der Juroren, die für den renommierten Tschaikowsky-Wettbewerb in Sankt Petersburg 2023 eingeladen wurden. Sie wurden in der „nmz – neue musikzeitung“ zusammen mit einem Beitrag von Alexander Strauch veröffentlicht. Darin heißt es: *„Ein Wettbewerb 2023, mit Grußwort*

Vielleicht ist es das „Verdienst“ des Autors, daß der Tschaikowsky-Wettbewerb in St. Petersburg vom internationalen Wettbewerberverband ausgeschlossen wurde. Übrigens war Justus Frantz, Pianist, Dirigent und Gründer des Schleswig-Holstein-Musikfestivals, Mitglied der Jury. Sein Name findet sich somit auf der „Liste der Schande“.

## Unverhüllte Hetze für Kriegstüchtigkeit

Die von Olaf Scholz apostrophierte Zeitenwende erweist sich mehr und mehr als Rolle rückwärts, in der die Haltungsnoten nach dem Grad der Kriegstüchtigkeit bzw. -süchtigkeit bemessen werden sollen. Politiker, mediale Begleiter und Teilnehmer von Kundgebungen steigerten sich am zweiten Jahrestag der russischen Spezialoperation mit Durchhalteparolen in einen wahren Kriegsrausch: „Fickt euch, ihr Pazifisten!“ – „Aufrüsten! Wir sind im Krieg mit Rußland“ – „Putin, ich wünsche dir den Tod!“ – „Frieden schaffen mit Lenkflugwaffen!“ Der Regierende Bürgermeister paßte sich mit einer Brandrede vor dem Brandenburger Tor den Texten auf den Plakaten und Schildern an und versprach, den Mörder Putin höchstpersönlich zur Rechenschaft zu ziehen. Unter dem Jubel seiner Zuhörer wünschte sich der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter die ukrainische Nationalfahne auf dem Dach des Deutschen Bundestags. Ja, gewiß, für ihn und seinesgleichen führt der Weg wieder Richtung Moskau – in der Hoffnung auf einen anderen Ausgang als 1945. Der Westen müsse bei seiner militärischen Hilfe „aufs Ganze gehen“, verkündete der Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, schon vor einem Jahr. Was er damit meint, wird immer deutlicher. Hochrangige deutsche Militärs haben sich an Planungen zur Zerstörung der Krimbrücke beteiligt. Skandalisiert wird aber in den Medien nicht etwa, daß es solche Pläne gibt, sondern die Frage, wie und warum sie überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Wladimir Putin hat in seiner Rede vor der Föderalen Versammlung an das Schicksal „derer erinnert, die mal ihre Kontingente auf das Territorium unseres Landes geschickt haben“.

\*\*\*

Die auf das Vertrauen der russischen Seite gründende Zusage der NATO-Staaten, sich keine zwei Inch über die damals vereinbarte deutsche Ostgrenze auszudehnen, wurde klammheimlich entsorgt. Die westliche Arroganz gipfelte im absurden Vorwurf, Rußland habe sich – von Expansionsgelüsten getrieben – mit seiner Westgrenze immer mehr der NATO-Ostgrenze genähert. Die Empörung über die Entscheidung Rußlands, dem seit 2014 von der Ukraine geführten Krieg gegen die Menschen im Donbass mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten, könnte ich verstehen, wenn dieselben Menschen, die



Wladimir Putin spricht am 25. September 2001 im Bundestag

Und hier die zweite Passage:

*„Allmählich wurde es in diesem ersten Kriegsjahr unmöglich, mit irgend jemandem ein vernünftiges Gespräch zu führen. Die Friedlichsten, die Gutmütigsten waren von dem Blutdurst wie betrunken. Freunde, die ich immer als entschiedene Individualisten und sogar als geistige Anarchisten gekannt, hatten sich über Nacht in fanatische Patrioten verwandelt ... Jedes Gespräch endete in dummen Phrasen wie ‚Wer nicht hassen kann, der kann auch nicht richtig lieben‘ oder in groben Verdächtigungen. Kameraden, mit denen ich seit Jahren nie einen Streit gehabt, beschuldigten mich ganz grob, ich sei kein Österreicher mehr; ich solle hinübergehen nach Frankreich*

*von Wladimir Putin. Wer daran als Juror teilnimmt, aus dem Westen, Japan oder Südkorea kommt, der macht sich zum Handlanger der russischen Kulturpropaganda mitten im Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der bekommt mutmaßlich alle Unkosten durch Rußland ersetzt, der macht sich zum Untertan Putins. Man hilft damit nicht der Ukraine, obwohl die eigenen Staaten diese unterstützen und den Krieg so oder so verurteilen oder nicht unterstützen. Die Personen, die hier mitwirken, haben keine künstlerischen Ehren mehr verdient! Wer hier unbedingt Geschäfte an der Seite der Putin-Kunst Kamarilla von Matsuev über Rodulgin bis Bashmet, Gerzmava etc. machen muß, dem ist nicht zu helfen.“*

sich über die vielen Toten und Verwundeten seit März 2022 beklagen, sich schon vorher ebenso über die brüske Zurückweisung des Angebots Putins durch die NATO entrüstet hätten. Der Kern seines Angebots bestand darin, daß es keinen Krieg gegen die Ukraine geben würde, wenn die NATO den Verzicht auf eine weitere Ostausdehnung, verknüpft mit Sicherheitsgarantien für Rußland, vertraglich zusichern würde, also nicht mehr als die zu respektierende rote Linie. Noch Monate später hat der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg dem EU-Parlament stolz verkündet, man habe das Angebot „natürlich abgelehnt“. Am 24. Februar erklärte Scholz, daß Rußland die „Friedensordnung Europas“ zerstört habe. Stimmt das?

Kleiner Zeitsprung zurück: Am 25. September 2001 hielt Wladimir Putin eine Rede im Deutschen Bundestag, für die sich die Abgeordneten mit Standing Ovations (!) bedankten. Die Rede war ein Plädoyer für eine europäische, auf Vertrauen basierende Zusammenarbeit und sollte Perspektiven für einen beständigen Frieden eröffnen. Sechs Jahre später, im Jahr 2007, zog Putin in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Zügel straffer und erinnerte die NATO-Staaten an ihr gebrochenes Versprechen, daß es keine Osterweiterung geben werde. Die Reaktion war deutlich. Ihm schlug blanker Haß entgegen. Er bediene einzig und allein die Sprache des Kalten Krieges. Allerdings war nicht er es, sondern es waren diejenigen, die, von imperialen Wünschen getrieben, die Rede Putins in ihrem Interesse „richtig“ verstanden haben. Es sind im Wesentlichen zwei Argumente, mit denen sich die NATO rechtfertigt: *Erstens*: Jeder Staat habe das Recht, einem Bündnis beizutreten. *Zweitens*: Es habe niemals eine vertragliche Vereinbarung zur NATO-Erweiterung nach Osten gegeben. Zum ersten Punkt: Es muß heißen „beitreten zu wollen“. Selbstverständlich ist ein Bündnis, also in diesem Fall die NATO, berechtigt, den Antrag auf Mitgliedschaft aus übergeordneten Gründen abzulehnen. Zum zweiten Argument: Daß die NATO darauf beharrt, daß es keinen Vertrag gegeben habe, zeigt, was die NATO unter Vertrauen versteht. Erinnerung sei an die sogenannte Kubakrise 1962. Damals verständigten sich die USA und die Sowjetunion, ihre jeweiligen Mittelstreckensysteme in der Türkei und Norditalien einerseits und vor Kuba andererseits abziehen bzw. gar nicht erst zu stationieren. Damals wurde kein Vertrag ausgehandelt. Es genügte ein Händedruck. Damals, inmitten des kalten Kriegs, „begann der richtige Weg zum Ziel mit der Suche nach gegenseitigem Verständnis und der Bereitschaft, die Lage aus der jeweiligen Sicht des Gegners zu sehen, zu erkennen, wo die roten Linien des Gegners verlaufen und zu verstehen und zu respektieren, warum das so und nicht anders ist“, so Sergej Lawrow am Rande des Gipfeltreffens der G20-Außenminister in Rio de Janeiro am 21. und 22. Februar. Ja, damals ... Wer hat den nun die europäische Friedensordnung zerstört? Die Antwort erübrigt sich eigentlich, denn es hat den Willen zu einer gesamteuropäischen Friedensordnung seitens

des Westens nie wirklich gegeben. Es sei daran erinnert, daß Rußland ein Staat Europas ist, sogar der größte. Das Bemühen Putins Ende 2021, den Krieg zu verhindern, fand seine Fortsetzung im März/April 2022. Die Verhandlungen in Istanbul zwischen Rußland und der Ukraine befanden sich bereits auf der Zielgeraden und hätten den Krieg zu guten Bedingungen für die Ukraine schnell beenden können. Dann aber beauftragten die nicht zu Europa gehörenden USA den britischen Premier Boris Johnson, die ukrainische Regierung auf transatlantische Linie zu bringen und den gerade erst begonnenen Krieg fortzusetzen. So geschah es. Halten wir fest: Weder 2001 und 2007 (jeweils in München) noch im Herbst 2021 hat die russische Regierung unter Putin mit Blick auf eine gesamteuropäische Sicherheitslösung territoriale Lösungen oder gar Ansprüche erhoben. Die Regierungen in Washington, Paris, Berlin, London und Brüssel wissen das genau. Und weil sie es wissen, fahren sie ihre Propagandamaschinen auf Siedetemperatur. Einen Atomkrieg haben sie noch nicht einkalkuliert (es wäre der Dritte Weltkrieg), aber die Menschen im Lande müssen zur Kriegstüchtigkeit erzogen werden. Wie ekelhaft ist das!

### Die Nawalny-Story

Unlängst beklagte sich die US-Diplomatin Victoria Nuland („Fuck the EU!“), darüber, daß Rußland in seinem gegenwärtigen Zustand nicht dem Bild entspreche, das die USA gern sehen würden. Die Hoffnungen auf einen sich westlich orientierenden Partner zerschlugen sich schnell, was sich ja bereits bei der Münchener Rede Putins 2007 (s. o.) abzeichnete. Konstantin Dolgow, Senator des russischen Föderationsrats, kommentiert das so: „In den 90er Jahren war man in Washington, an der Spitze der unipolaren Welt stehend, buchstäblich geblendet von der eigenen Macht und Stärke. Die USA waren sich sicher, daß jeder andere Staat keine andere Wahl hatte, als sich dem Willen des Weißen Hauses zu unterwerfen.“ *Tempi passati!* (Die Zeiten sind vorbei.) „In dieser Hinsicht“, so Dolgow, „ist Nulands Enttäuschung durchaus verständlich. Es ist nicht unser Land, das die Hoffnungen Washingtons nicht erfüllt hat, sondern es sind die USA, die existierende globale Trends nicht anerkennen wollen.“ Aber, so Dolgow weiter, „das Weiße Haus verliert noch immer nicht die Hoffnung, Moskau seiner unabhängigen Position auf der internationalen Bühne zu berauben. Das zeigt sich deutlich in den zahlreichen Informationsattacken, die unser Land an den empfindlichsten Stellen zu treffen versuchen. Außerdem sind es die USA, die enorme Summen für die gegen das System kämpfende Opposition in der Russischen Föderation ausgeben.“

Spätestens hier kommt „unser“ Alexej ins Spiel. Für Nawalny wurde der vom Westen geknüpfte Vorhang zur großen Bühne geöffnet. Es lohnt sich, seine Rolle, die er bereits 2014 während des Maidan-Putsches und im sich anschließenden Krieg der ukrainischen Armee gegen die Menschen im Donbass eingeübt hatte, genauer unter die Lupe zu nehmen. Seine Organisation „Fonds zur Bekämpfung der Korruption“ bekam jahrelang finanzielle

und politische Unterstützung aus dem westlichen Ausland. Im europäischen Ausland forderte Nawalny persönlich im Jahr 2020 Sanktionen gegen russische Staats- und Medienvertreter. Er organisierte Kampagnen zum Denunzieren von Journalisten russischer Staatsmedien. Im Ausland wurde Nawalny als eine Ikone des Widerstands gegen die russische Staatsführung und folglich als erhofft chancenreicher Kandidat für das Amt des russischen Präsidenten angesehen. Ihm wurde die Regie für die Inszenierung einer neuen Farbenrevolution übertragen. Er nahm sie, als ein von Eitelkeit getriebener Selbstdarsteller, dankbar an. Unterstützt von seinen westlichen Sponsoren hielt er sich vergleichbar dem Nibelungen-Siegfried für unwiderstehlich und unbesiegbar.

Inzwischen hat sich selbst „Amnesty International“ von Nawalny als Opfer „eines hemmungslos operierenden Gewaltregimes“ distanziert. Die Organisation hat Maßgebliches zur Entzauberung dieser schon jetzt als „Ikone“ gewürdigten Figur beigetragen. Sie hat ihm die Gutmenschen-Maske vom Gesicht gerissen, unter der sich ein gewaltbereiter, rassistischer Hetzer verbarg. Nawalny hat, getrieben vom Russenhaß, dunkelhaarige Russen aus dem Kaukasus und Menschen aus den islamischen ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien als „Ungeziefer“ und „Kakerlaken“ bezeichnet. Schon 2021 hat Amnesty dem „Opfer“ Nawalny den Status eines „Prisoners of Conscience“, also eines gewaltlosen politischen Gefangenen, wieder aberkannt. Er war ihm kurz zuvor zugesprochen worden, weil Amnesty die wilde Nawalny-Räuberpistole mit seiner angeblichen Vergiftung, die von der westlichen Regierungspropaganda als reine Wahrheit verbreitet wurde, für bare Münze gehalten hatte.

Scott Ritter, ein früherer Offizier des US Marine Corps und UN-Waffeninspekteur, stellt Nawalny ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis aus: „Wir (die USA) haben versucht, diesem Schwein Lippenstift aufzutragen und es zum Symbol der Demokratie zu machen. Aber er war nie ein Demokrat. Er war immer ein Unruhestifter, der von der CIA ausgebildet, finanziert und gesteuert wurde, um die russische Regierung zu untergraben.“ Der Satz „Nawalny bezahlte mit dem Leben“, stimmt. Im westlichen Werteraum bekommt man, abgesehen von Waffen aller Art für die Ukraine, nichts geschenkt. Nawalny, der unverbesserbliche Rassist und rechtsradikale Gewaltextremist, hätte nach seiner Vergiftungsstory wohl doch lieber in Deutschland bleiben sollen. Stattdessen wurde versucht, ihn zum unerschrockenen Kämpfer gegen Korruption und für Gerechtigkeit aufzubauen. Das ging schief. Schuld am Tod Nawalyns ist nicht Putin, sondern der kollektive Westen, dessen politische Akteure sich gemeinsam mit den Medienprofis zur Ursache und Deutung des Todes verständigt haben und sich dabei fest auf die tief verwurzelten antikommunistischen beziehungsweise antirussischen Reflexe in der Gesellschaft verlassen konnten. Wie schrieb Stefan Zweig? „... die hatten die Haßtrommel zu schlagen und schlugen sie kräftig“.

Hans Schoenefeldt

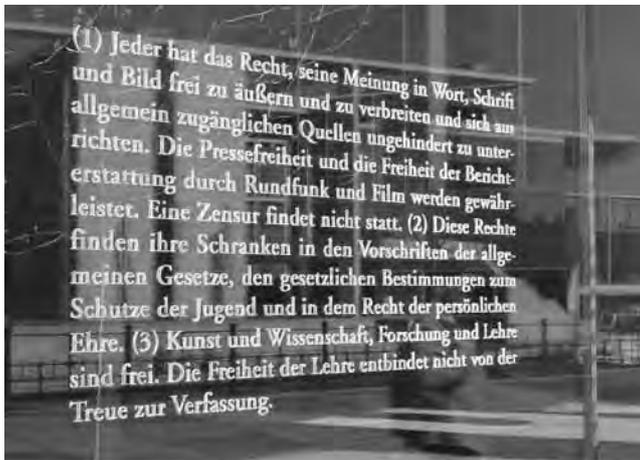
# Innenministerin Faeser und ihre Behörden wollen die „Demokratie verteidigen“, indem sie abweichende Meinungen weiter einschränken

## Jagd auf die falsche Lehre

Am 13. Februar klingelte es laut, schon fast schrill: das Totenglöcklein der Meinungsfreiheit. Bedroht ist der Rest, der im 75. Jahr des Grundgesetzes noch von ihr übriggeblieben ist. In der Pressekonferenz des Bundesinnenministeriums überboten sich Innenministerin Nancy Faeser (SPD), Holger Münch (Bundeskriminalamt) und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang gegenseitig mit einer dem Schützengraben entlehnten Wortwahl. „Es geht darum, unsere offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen.“ Die Strategie dazu: Prävention und Härte. Die Sprache verrät, was zu erwarten ist: „bekämpfen“, „entfernen“, zerschlagen“, „aus-

bisher noch dem im Grundgesetz verankerten Irrglauben anhängen, die Meinungsfreiheit finde ihre Grenze allein im Strafgesetzbuch. Ab sofort werde sich der Staat um all die Unfolgsamen kümmern, die „unter der Strafbarkeitsgrenze“ mißliebige Meinungen verbreiten und dazu noch die Dreistigkeit besitzen, zu wissen, „was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt“. Man beachte: Was richtig und was falsch ist, weiß allein die Regierung.

In 64 Minuten Pressekonferenz räumte Faeser so ziemlich alles ab, was der bürgerliche Staat in 175 Jahren an rechtsstaatlichen Prinzipien zusammengebracht hat: den Schutz der Meinungsfreiheit, die Unschuldsvermutung und den Grundsatz, daß es ohne Gesetz keine Strafe geben darf. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) titelte am 15. Februar zu den Plänen der deutschen Regierung: „Die wahre Gefahr für die Demokratie liegt in der Entfesselung staatlicher Gewalt von den Zügeln des Gesetzes.“ Platz nehmen zur Zeitreise: Orwells 1984 lassen wir hinter uns (da gab's immerhin schon die Gedankenpolizei), 1849 auch (da wurde nach der Niederschlagung der Verfassungskampagne zum ersten Mal das Volkslied „Die Gedanken sind



Tafel am Jakob-Kaiser-Haus des Bundestages in Berlin

trocknen“. Der proklamierte Kampf gegen den Haß benutzt selbst die vermeintlichen Begriffe derer, die er ausmerzen will. Dunkle Mächte schicken sich an, insbesondere auf Justiz und Bundesverfassungsgericht „Einfluß zu nehmen“ (Beispiele blieb die Innenministerin schuldig), der Staat müsse „Extremisten auf allen Ebenen die Grenzen aufzeigen“ und natürlich sollen „diejenigen, die den Staat verhöhnen, (...) es mit einem starken Staat zu tun bekommen“. Die frohe Botschaft für die Zukunft: Meldestellen, „Früherkennungseinheiten“, Ausforschung von verdächtigen Kontobewegungen, Ausbau des „Verfassungsschutzes“ (VS), der Polizei- und Ordnungsbehörden. Ja, sogar Gewerbe- und Gaststättenaufsicht reihen sich ein. VS-Präsident Haldenwang ergänzte pflichtschuldig, daß sein Dienst ab sofort bundesweit ausschwärmen wird, „um verbale und mentale Grenzverschiebungen“ aufzuspüren, allzeit bereit „jeden Stein umzudrehen“ (Warum jetzt und nicht zu Zeiten der NSU-Mörderbande?).

Schutz des Staatswohls bis in die Hirne der Untergebenen, denn auch da könnte sich mental etwas verschieben. Familienministerin Elisabeth Paus (Grüne) sekundierte den Plänen des Innenministeriums. Sie überraschte alle, die

frei“ verboten). Wir landen punktgenau auf dem 25. März 1199. Da erließ Papst Innozenz III. (auch ein Jurist) sein Dekret zur Zeitenwende „Vergentis in senium“: „Wir verbieten streng, daß jemand es wage, Häretiker aufzunehmen oder sie zu verteidigen oder sie zu unterstützen oder ihrer Lehre zu glauben.“ Kontaktschuld, Verdachtsstrafe und Infamie (Verlust der bürgerlichen Ehre) – letztere stand bis 1969 noch in unserem Strafgesetzbuch. Staatsrechtler wie Josef Franz Lindner (Augsburg) möchten partout kein Ticket für Faesers Zeitreise lösen. „Auch staats- und regierungskritische oder von der Politik unerwünschte Meinungen sind vom Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt. Es ist grundrechtswidrig, unter Berufung auf einen unbestimmten Begriff wie ‚Staatswohlgefährdung‘ bestimmte Meinungen einfach zu untersagen“, zitiert ihn die „Berliner Zeitung“ vom 16. Februar. Nancy Faeser verwechselt da etwas: Die Meinungsfreiheit schützt den Bürger vor dem Staat, nicht den Staat vor den Bürgern. „Denn anders als dem einzelnen Staatsbürger kommt dem Staat kein grundrechtlich geschützter Ehrenschatz zu.“ (Bundesverfassungsgericht, 28. November 2011 – 1 BvR 917/09).

Ralf Hohmann

Aus: *Unsere Zeit (UZ)*, 23.2.2024

## FRIEDEN!

Wer heute für Frieden und gegen Krieg auf die Straße geht, sieht sich mit Vorschriften, Verboten und Strafandrohungen konfrontiert. Von der Regierung wird gleichsam vorgegeben, was auf Plakaten und Transparenten stehen und gezeigt werden darf und was nicht. Verstöße dagegen werden als rechtsextrem deklariert und der Staat bringt zur Abschreckung und Einschüchterung massiv polizeiliche Gewalt gegen friedliche Demonstranten in Stellung. Kriegstreibern, Volksverdummern und Russenhetzern wie Olaf Scholz, Pistorius, Anna-Lena Baerbock dagegen wird jedes Podium zur Verfügung gestellt. Das sind Leute, die in der linken Hand eine flugunfähige Friedenstaube, der man die Kehle zudrückt, in den Himmel recken, damit niemand ihren Friedensruf hören kann, und mit der rechten Hand immer neue Befehle zur Produktion und Lieferung von Panzern, Kanonen, Raketen gegen Rußland, gegen die Palästinenser und andere Völker unterschreiben.

Ich war und bin gegen die NATO und gegen den von den Herrschenden entfachten Kriegstaumel – rechtsextrem aber bin ich NICHT!

MR Dr. med. Marlene Reiteritsch, Grafenau

## „Borius Pistorius Maximus“

Durch einen Versprecher im Deutschlandfunk betitelte man den Kriegsminister versehentlich als „Borius Pistorius“. Ich begann nachzuforschen. Bäcker heißt auf lateinisch „Pistor“. Namen mit der Endung „us“ entstanden als sogenannte Humanistennamen, die am Ende des Mittelalters und danach regelrecht in Mode kamen. Man nannte sich statt Bäcker eben Pistorius und fühlte sich dadurch irgendwie vornehmer. Oft wurden die deutschen Namen gar nicht erst übersetzt, sondern bekamen einfach nur die Endung „ius“ angehängt. Und „ius“ steht für Recht, was die Rechtserheblichkeit der Person betonen soll. Pistorius könnte also für einen Bäcker mit humanistischem Titel stehen. Nun gibt es den lateinischen Spruch „nomen est omen“, was heißt, daß ein Name ein Zeichen bedeutet. Der kriegstüchtige Minister backt jedoch keine Brötchen, nicht einmal kleine, sondern sorgt eher dafür, daß Brot in Zukunft knapp werden könnte.

Und sein aus dem slawischen (!) stammende Vorname, bzw. der Versprecher „Borius“, bedeutet in etwa der „Göttliche“, auch der „Himmliche“, nach dem Herkunftswort Bagh oder Bogh, was Gott meint. Mit der Nachsilbe „ius“ wird daraus ein rechtserheblich humanistisch himmlischer Gottgleicher. Wer also in seinem Tun den Tod vieler Menschen kalkuliert oder mit Rüstungsaufträgen ihr Leben aufs Spiel setzt, ist sehr wohl mit einer gottgleichen Vision beschäftigt, nämlich einzukalkulieren, Leben auf dieser Erde letztlich auszulöschen. Vielleicht wird aus „Borius Pistorius“ noch „Boris Pistorius Maximus“ – also Bundeskanzler, wie einige meinen. „Nomen non semper omen“ – nicht immer eben!

Renato Lorenz, Berlin

# Ohne Frieden ist alles nichts!

## Selbst die bürgerliche Demokratie

Tausende, Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende haben in den letzten Wochen für den Erhalt der bürgerlichen Demokratie und gegen faschistische Kräfte aller Art demonstriert. Das ist insofern zu begrüßen, als unter ihnen viele Menschen waren, die zum ersten Mal an Straßenprotesten teilgenommen haben und gegen die Rechtsentwicklung der BRD demonstrierten. Dennoch sind Einwände angebracht. Es war nicht zu übersehen, daß sich Vertreter der Regierung unter die Protestierenden mischten. Da muß man doch hellhörig werden. Einerseits wird gegen Ausländerfeindlichkeit der Rechtsparteien Position bezogen, andererseits arbeiten dieselben Leute mit aller Kraft an der Rückführung der Geflüchteten, was sie dann „Rückführungsgesetz“ nennen. Da wird von Clan-kriminalität und Wirtschaftsflüchtlingen geredet, zugleich aber betont, wie wichtig ausländische Zuwanderer für „unsere“ Wirtschaft sind. Kein Wort verliert man über die Gründe der Fluchtbewegung, Entsolidarisierung ist das Ergebnis. Anders sieht es aus, wenn Flüchtlinge politisch in den Kram passen, wie das Beispiel Ukraine zeigt. Daß es z. B. im Sudan/Südsudan einen mörderischen Bürgerkrieg gibt, wird ignoriert. Plötzlich werden Krisenregionen zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt, selbst wenn dort den Zurückgeschobenen Gefahr für Leib und Leben droht. Wer der Bundesrepublik nicht nützt, muß weg! Zum anderen fällt auf, wenn man Berichte über die Demos verfolgt, daß kaum Friedenstauben auf Plakaten oder Forderungen nach Frieden zu sehen sind. Dabei wird die Welt zu einem immer größeren Schlachtfeld, nicht nur in der Ukraine oder im Gazastreifen. Es gibt über 40 Kriege, die gleichzeitig auf unserem Planeten toben, tausende Menschen sterben täglich an den Kriegsfolgen, zehntausende werden verletzt und Millionen von Haus und Hof vertrieben. Nehmen wir nur einmal den Krieg im Gaza-Streifen. Zuerst brechen ein paar hunderte Hamas-Kämpfer aus ihrem riesigen Freiluftgefängnis aus (denn auch zu friedlichen Zeiten hing das Überleben in Gaza vom Wohlwollen Israels ab), töten in Israel 1200 Menschen und nehmen 240 Personen als Geiseln. Daraufhin erklärt der israelische Premierminister der Hamas und dem ganzen Gazastreifen den Krieg, welcher zwei Ziele haben soll: Befreiung der Geiseln und Liquidierung der Hamas. Sechs Monate später gibt es etwa 30 000 Tote, etwa 100 Geiseln sind nach Verhandlungen befreit, etwa 30 durch die Kämpfe gestorben, sechs von israelischen Soldaten erschossen, nachdem sie sich selbst befreit hatten und noch etwa 100 in Geiselschaft. Und was geschieht in Deutschland? Wir sollen an unserer Kriegstüchtigkeit arbeiten.

Der mediale Mainstream hilft da kräftig mit. Begeisterte Berichte über die größte NATO-Übung seit mehr als 30 Jahren, euphorische Berichterstattung über landesweite Demonstrationen ukrainischer Kriegsbegeisterter in der ganzen Bundesrepublik, die unisono mit Deutschlands Führungspersonal fordern, nun endlich Taurus-Raketen zu liefern, damit man es „dem Russen heimzahlen“ kann. Flankiert wird das ganze von Veranstaltungen und Talkshows, in denen der Ruf nach mehr Waffen für die Ukraine, um „unsere Freiheit zu verteidigen“, immer lauter wird. Nicht nur der mediale Mainstream auch der akademische nimmt an der „geistigen Sturmreifmachung“ der deutschen Bevölkerung teil. Herfried Münkler sieht sich offensichtlich in der geistigen Nachfolge von Henry Kissinger, der in seinem opus magnum „Weltordnung“, die Vorherrschaft der westlichen Werte (vor allem der US-Werte und damit auch ihre Weltführerschaft) aus dem Ergebnis des 30-jährigen Krieges nach 1648 erklärt, denn sein Buch „Die Welt in Aufruhr“ knüpft an die Argumentationslinien Kissingers an. Für Münkler fehlt der heutigen Welt nur ein „Hüter“, der die westliche Zivilisation vor dem Untergang bewahren kann, vielleicht ein Aufruf an die EU, das für die schwächelnden UA-Amerikaner zu übernehmen? Solange muß die Menschheit halt noch mit einer „Pentarchie“ einer „Fünferherrschaft“ – USA, EU, Rußland, China und Indien – leben.

Vor 100 Jahren waren es die asiatischen Horden und die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung, die unsere Großmütter und Großväter bedrohten. Heute ist es ein Konglomerat aus Antisemitismus, muslimischen Extremisten, Linksradikalen, Russen und Chinesen, die uns alles wegnehmen wollen und säbelrasselnd der NATO, der EU und Amerika vulgo USA gegenüberstehen und drohen, unsere Art zu leben zu vernichten. Stefanie Babst, 20 Jahre Analytikerin im NATO-Hauptquartier und nun strategische Beraterin, beklagt u.a. in ihrem Buch „Sehenden Auges. Mut zum strategischen Wechsel“, daß die Politiker, u.a. des Bundestages, ihr nie richtig zuhören. Höchstens von einem Grünen bekommt sie mal ein kleines virtuelles Schulterklopfen. Nun, wenn man behauptet, daß die Russen seit 30 Jahren immer dichter an die NATO heranrücken, ist das schon eine sehr eigene Sicht auf die Dinge. Kein Wunder, daß ausgerechnet Jamie Shea, jener ehemalige Verkünder der Erfolge des NATO-Krieges in Jugoslawien, dieses Buch als bahnbrechend anpreist. Dann fehlt nur noch Christoph Heusgen, gegenwärtiger „Organisator“ der ehemaligen Wehrkundekonferenz, heute „Münchner Sicherheitskonferenz“, der vor der Konferenz 2024 behauptete, daß die

Wahrscheinlichkeit groß sei, daß die Russen „uns“, also den Westen, angreifen werden. Dann, als vorläufiger Höhepunkt der Kriegsbereitschaftsbekundung das geleakte Telefonat hoher deutscher Luftwaffenoffiziere, die laut darüber nachdenken, wie man unterhalb des zögerlichen Politikerverhaltens die deutsche „Wunder- und Vergeltungswaffe“ Taurus doch noch zu den Ukrainern bringen kann ... Die könnten damit Munitionsdepots und vor allem die Krim-Brücke angreifen. Schließlich hätte man das, quasi als Trockenübung, schon mal durchgespielt, man müßte nur die Daten zu den Ukrainern schaffen, mit dem Auto über Polen oder die britischen oder US-NATO-Kameraden vor Ort bitten, das zu erledigen. Die nötigen Aufklärungsdaten sollten die Ukrainer schon bekommen haben ... Wahrscheinlich beliefert die NATO, quasi als Nachschuborganisation der ukrainischen Armee, sie auch mit allen Aufklärungsergebnissen aus dem Weltall ... Um es mit der ARD zu sagen: Wir sind längst mittendrin, statt nur dabei! Was für ein Wahnsinn! Damit der Kriegshype ja nicht gefährdet wird, bastelt man daran, das „Recht“ zu verschärfen. Menschen, die „falsch“ denken, abweichende Meinungen haben oder nicht die staatlich definierten Feinde hassen, müssen überwacht und präventiv verfolgt werden. So geht die geistige Sturmreifmachung deutschen Geistes Hand in Hand mit den größten Rüstungsausgaben seit Gründung der Bundesrepublik. Weil all das viel Geld kostet, sollen die Sozialkosten eingefroren oder sogar gekürzt werden. Kanonen statt Butter, soweit sind wir schon wieder.

Uli Jeschke

### Das ruinierte Vertrauen

Menschenverachtung, Brutalität, Hybris, Lüge und Dummheit sind die Zeichen dieser Zeit.

Es sind mentale Waffen für neue Kriege, auf daß Machtgier und Blutgeld sich zusammenfüge!

Schau hin!  
Steck den Kopf nicht in den Sand!  
Der Feind steht im eigenen Land.

RABER

## Fehl-Diagnose „Bündnisfall“

Es gehört durchaus zu den beruflichen Pflichten eines Gesundheitsministers, sich auch darüber Klarheit zu verschaffen, welche Konsequenzen eine militärische, eine kriegerische Auseinandersetzung für die Medizin und das Gesundheitswesen seines Landes hätten. Das ist unbenommen.

Der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach stellte jedoch der Öffentlichkeit nun ein gesetzgeberisches Projekt und damit ein Programm in Aussicht, das beantworten soll, wie sich die Bundesrepublik im Kriegsfall in dieser Hinsicht zu verhalten hätte und was dabei geschehen könnte. Denn der „Bündnisfall“, so der von ihm schamhaft verwendete Begriff, hieße ja nichts anderes, als daß NATO-Staaten und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Deutschland Teil der ausgeweiteten kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Ukraine sein würden. Damit bringt der Gesundheitsminister immerhin indirekt eine bisher von ihm kaum erwähnte Seite der schon gängigen Vokabel „Kriegstüchtigkeit“ in die Öffentlichkeit. Das sind aus ärztlicher Sicht tote und verletzte Soldaten und Zivilisten, Menschen mit Schuß- oder Explosionsverletzungen und anderen Verwundungen, Zerstörungen, Ängste, schlecht funktionierende oder sogar zusammenbrechende Infrastruktur, Überforderung des Gesundheitswesens, also Krieg auch bei uns. Er stellt sich damit hinter dieses mögliche Szenario, „zumal“, wie er sich ausdrückt, „Deutschland im Bündnisfall zur Drehscheibe bei der Versorgung von Verletzten und Verwundeten auch aus anderen Ländern werden könnte“.

Lauterbach erklärt, daß Nichtstun keine Option sei angesichts eines Krieges. Die Frage aber ist doch, was man tun muß. Hier bin ich anderer Auffassung als er und hätte ein paar Vorschläge:



Protest gegen Schließung von Krankenhaus in Essen 2020

Er könnte zum Beispiel als für Leben und Gesundheit zuständiger Minister feststellen und fordern, den sinnlosen opferreichen Krieg endlich zu beenden. Ihn fortzusetzen ist keine vernünftige, ist eine tödliche Option. Er könnte von seinen Regierungskollegen fordern, endlich ernsthaft auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen hinzuwirken. Er könnte auch seine Amtskollegen in den NATO-Staaten, in der Ukraine und auch in Rußland in diesem Sinne ansprechen.

Schon jetzt dürfte es dem bundesdeutschen Gesundheitswesen nicht leichtfallen, die von ihm benannten 1000 Schwerstverletzten aus der Ukraine gut zu versorgen. Nach

verschiedenen Schätzungen werden aber zur Zeit Tag für Tag 100 und mehr Menschen – Soldaten wie Zivilisten – im Krieg verletzt, von den abertausenden toten Soldaten auf beiden Seiten gar nicht zu reden. Also schon im konventionellen Krieg können Ärzte kaum noch helfen. Man mag sich die Zahlen bei einem „Bündnisfall“ nicht vorstellen.

Lauterbach kündigte nun mit seiner Gesetzesinitiative an, Katastrophenbekämpfung, Pandemiebekämpfung und Vorbereitung auf kriegerische Ereignisse miteinander verknüpfen zu wollen, um Deutschland auf eine solche Situation besser einzustellen.

Diese Absicht würde immerhin erklären, warum der Gesundheitsminister bisher die längst fällige Auswertung und handhabbare Schlußfolgerungen aus der Corona-Pandemie noch nicht vorgelegt hat, obwohl es inzwischen eine Vielzahl von seriösen analytischen Beiträgen dazu gibt, so, um nur zwei zu nennen, die des Ethikrates der Bundesrepublik und auch eine Untersuchung eines Bundestagsausschusses zur Leistungsfähigkeit des gegenwärtigen bundesdeutschen Gesundheitswesens.

Wie jedoch eine bessere Seuchenbekämpfung mit guter Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens verbunden werden soll, dazu fehlt mir die Phantasie. Aber nehmen wir seine zwar schön allgemeine Formel, daß im Krisenfall jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Gesundheitsamt wissen müsse, was zu tun sei, beim Wort.

Herr Gesundheitsminister, dann sorgen Sie erst einmal dafür, daß unser Gesundheitswesen endlich und in Friedenszeiten besser funktioniert.

Dr. Heinrich Niemann, Berlin

## Kapital will „Entlastungen“

Am 1. März stellte sich Bundeskanzler Olaf Scholz den Chefs der vier wichtigsten Wirtschaftsverbände, einer Lobby, die zunehmend ungeduldiger wird. Die hatte im Vorfeld des jährlichen Treffens am Rande der Handwerksmesse in einem gemeinsamen Zehn-Punkte-Programm klargemacht, daß sie von der Bundesregierung schnelles Handeln erwartet. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Deutsche Industrie- und Handelskammer und der Zentralverband des Deutschen Handwerks sind sich einig: Unter den sich zunehmend verschlechternden Standortbedingungen können die meisten angeschlossenen Unternehmen und Betriebe nicht mehr profitabel arbeiten – ein Todesurteil im Kapitalismus. Auch wenn es manche Politiker noch nicht bemerkt haben: Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Wirtschaft aus dem Tritt, die Gesellschaft tief gespalten und der Staat ohne Rezept gegen das zum großen Teil selbstverschuldete Desaster. Nach der jahrelangen Friedhofsruhe zwischen Kapital und Regierung, der Coronakrise und der sich verschärfenden Konkurrenzsituation auf den

Weltmärkten, hielten es Regierung und größte Oppositionspartei 2022 für angebracht, das Land in einen derzeit noch asymmetrisch geführten Krieg gegen Rußland zu führen. Das Resultat: Rohstoffe wurden knapp und teurer, die Inflation nahm Fahrt auf, die Energieversorgung gestaltete sich zunehmend kritisch, die Strompreise mutierten zum Profitkiller – insbesondere nach gleichzeitiger Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke.

Die Wirtschaftsverbände fordern international konkurrenzfähige Strompreise, eine grundlegende Steuerreform mit niedrigeren Unternehmenssteuern, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie, Investitionen in die Infrastruktur, eine ausreichende Fachkräftesicherung sowie Struktur reformen in allen Bereichen der Sozialversicherung. Dies alles sei nötig, „um Vertrauen zurückzugewinnen und den Standort Deutschland zu stärken“, heißt es in der Wunschliste. Fragt sich nur, wer soll das bezahlen? Fakt ist, die Regierung hat kein Geld mehr. Und neue Schulden zu machen, fällt der „Ampel“ nach einem Urteil der Verfassungsrichter schwer. Ein paar Ideen haben die Verbände indes angedeutet: Sozialausgaben kürzen oder das

Mindestrentenniveau von 48 Prozent aufheben – das die Regierung eigentlich festschreiben will, denn im Vergleich zu vielen EU-Staaten ist das bereits sehr niedrig. Wie also Wirtschaft auf Trab bringen ohne sozialen Kahlschlag?

Scholz hat keine Idee, aber ein dickes Fell: Wie gewohnt kanzelte er nach dem Spitzengespräch die Forderungen ab: Man habe ja bereits viele Reformen angestoßen. Die Wirtschaftslobby solle nicht jammern, sondern „Zuversicht“ verbreiten. Es helfe nicht, „wenn ganz viele Lobbyisten und Politikunternehmer die Stimmung im Land verschlechtern“, so der Kanzler. Und erneut verwies er auf das geplante Wachstumsschancengesetz, das Steuererleichterungen für Unternehmen bringe. Dumm nur, daß dies im Parteiengerangel feststeckt. Auch die Energieversorgung sei gesichert und die Energiewende werde vorangetrieben.

Ein erfolgversprechender Dialog sieht anders aus. Handwerkspräsident Jörg Dittrich wagte dann auch zu widersprechen: „Das reicht bei weitem nicht“, so der Cheflobbyist. „Die Stimmung in den Betrieben ist schlecht.“

Klaus Fischer

Redaktionell gekürzt  
Aus: junge Welt, 2.3.24

# Berlins Weg in den Krieg

Politiker aus der Berliner Regierungskoalition wie auch aus der Opposition haben jüngst die Forderung nach einem Sieg der Ukraine im Krieg gegen Rußland bestärkt – dies, während andernorts, etwa in den Vereinigten Staaten, warnende Stimmen lauter werden. So konstatierte Charles Kupchan, ehemals Europadirektor im Nationalen Sicherheitsrat unter Präsident Barack Obama, es existiere „kein vorhersehbarer Weg zu einem Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld“ – und zwar auch dann nicht, wenn die ukrainischen Streitkräfte bald neue Waffen, etwa US-Kampffjets des Typs F-16, einsetzen könnten. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, urteilte Kupchan, stehe faktisch vor der Wahl, zu versuchen, jeden Zentimeter ukrainischen Hoheitsgebiets zu verteidigen oder aber einen Weg zu finden, die Ukraine als einen ökonomisch überlebensfähigen Staat zu bewahren, was schon heute wegen der hohen Zahl an der Front umgekommenen Soldaten sowie der zahlreichen Flüchtlinge kaum noch sicherzustellen ist.

Aus Berlin sind derzeit nur anfeuernde Parolen zu hören. So äußerte am 24.2. exemplarisch der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, „die militärische Unterstützung der EU-Staaten für die Ukraine“ sei „wichtiger denn je“; denn letzten Endes müßten „Präsident Putin und sein Regime ... diesen Krieg verlieren“. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz erklärte: „Die Ukraine muß den Krieg gewinnen, und zwar so gewinnen, daß Rußland keinen Sinn mehr darin sieht, ihn militärisch fortzusetzen.“ Wie das gelingen soll – zahlreiche Militärexperten, auch der Ex-Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte

Walerij Saluschnyj, halten dies für unmöglich –, erläuterte Merz nicht.

Mit seiner stahlharten Forderung, Rußland müsse den Krieg verlieren, stellt Berlin sich nicht nur der nüchternen Lageeinschätzung erfahrener Militärs, sondern auch einer klaren Mehrheit der Bevölkerung entgegen. So gaben bei einer Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR), die in der ersten Januarhälfte in zwölf europäischen Staaten erhoben wurde, gerade einmal 10 Prozent aller deutschen Befragten an, die Ukraine könne laut ihrer Auffassung den Krieg noch gewinnen. 19 Prozent sahen dagegen Rußland als Sieger, während 31 Prozent einen Kompromiß zwischen Moskau und Kiew erwarteten. Zwar fanden 32 Prozent trotzdem, die EU solle die Ukraine militärisch unterstützen; 41 Prozent äußerten hingegen, sie zögen es vor, wenn Brüssel Kiew zu Verhandlungen mit Moskau dränge. Eine Anfang Februar durchgeführte Ipsos-Umfrage ergab zwar, rund 25 Prozent der deutschen Bevölkerung seien der Ansicht, die Ukraine könne den Krieg noch gewinnen; doch meinten 40 Prozent, dies sei jetzt nicht mehr möglich. Für Waffenlieferungen an die Ukraine sprachen sich immerhin noch 39 Prozent aus; 43 Prozent waren jedoch dagegen. Der mit Abstand größte Anteil an Befürwortern von Waffenlieferungen existiert laut der Umfrage bei Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (72 Prozent), bei denen auch der Anteil derjenigen, die einen Sieg der Ukraine noch für möglich halten, am höchsten liegt (47 Prozent). Weil die milliardenschweren Waffenlieferungen an die Ukraine und die massive Ausrüstung der Bundeswehr immense Summen

verschlingen werden, gewinnt aktuell die Debatte, wo die Mittel dafür herkommen sollen, an Fahrt. Interne Planungen des Verteidigungsministeriums gehen davon aus, daß das Mindestvolumen des deutschen Militäretats – zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – sich 2028 auf 97 Milliarden Euro belaufen wird. Hinzu kämen vermutlich weitere „Bedarfe“ in Höhe von 10,8 Milliarden Euro. Gegenüber dem aktuellen Wehrhaushalt von knapp 52 Milliarden Euro entsteht damit eine Lücke von rund 56 Milliarden Euro. Kürzungsmaßnahmen führen schon jetzt zu ersten Sozialprotesten, und auch in der Wirtschaft wird Unmut laut; so stößt es auf Unverständnis, daß die Bundesregierung unlängst die staatlichen Mittel für die Batterieforschung um drei Viertel gekürzt hat, obgleich die Batterieproduktion als Schlüsselbranche der Energiewende gilt. Finanzminister Christian Lindner plant ein „mehrjähriges Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen“, um die Rüstungsausgaben künftig finanzieren zu können.

Einwände gegen entgrenzte Waffenlieferungen an die Ukraine werden mittlerweile brüsk vom Tisch gewischt – mit Argumenten, die eine wachsende Bereitschaft erkennen lassen, die Bundesrepublik aktiv in den Krieg gegen Rußland zu führen. Dies gilt zur Zeit insbesondere für die Forderung, Kiew Marschflugkörper vom Typ Taurus zu übergeben. Griffen die ukrainischen Streitkräfte mit ihnen Territorien an, die bereits vor 2014 zu Rußland gehörten, dann würde dies von Moskau vermutlich als Eintritt Deutschlands in den Krieg gewertet.

*Redaktionell gekürzt  
german-foreign-policy.com, 26.2.24*



## PUTINITIS\*

Der Anti-Putin-Erreger grassiert.  
Debitäts-Einordnung schwankend.  
Der „Wertewesten“ ist längst infiziert,  
Politikerspitzen umrankend.

Corona-Schübe dazu, im Vergleich,  
Sind wie ein harmloser Frühlingsschnupfen.  
Die Verunglimpfung Putins folgte sogleich  
Nach dessen verdientem Selenskyjrupfen.

Als Kriegsauslöser mit ungueter Post,  
Per Datum von gestern vor zwei Jahren,  
Verschob sich der Kriegsgrund „Ausdehnung Ost“  
Der NATO zum Explosionsverfahren.

Die Einschnürung Russlands zu unterlassen,  
Brachte der Westblock einfach nicht fertig.  
Zu groß die Versuchung zerschlagener Tassen,  
Der Russe böse, kriegerisch bärtig.

So glimmt ein Schmelbrand vor „Brüsseler Spitzen“.  
Ein Zimmer Europas steht schon in Brand.  
Statt Morgenrot Qualm und nahes Blitzen.  
Drum: Wenn schon Funken – dann die mit Verstand!

\*Mit der Zeile „Gemeinsam in den Abgrund“ darf die Bindung Deutschlands an die Ukraine laut „Münchener Sicherheitskonferenz“ (Mitte Februar 2024) betrachtet und bezeichnet werden. Somit hat sich Deutschland entschieden, in Russlands Präsident Putin einen Feind zu sehen und anzustreben, sämtliche Staaten der Europäischen Union in diesen kriegerisch ambitionierten NATO-Strudel einzusaugen. Washington sieht dies mit schlecht verhüllter Zufriedenheit.

# Zwei Jahre Ukraine-Krieg und die EU

Seit zwei Jahren führt Rußland Krieg mit der Ukraine. So hören und lesen wir es zur Zeit täglich in den sogenannten Leitmedien. Seit zwei Jahren? Selbst der NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat sich korrigiert und gibt öffentlich zu, daß der Krieg in der Ukraine seit 2014, seit den Ereignissen auf dem Maidan in Kiew, tobt. Das war ein Eingeständnis, das vor zwei Jahren tunlichst vermieden wurde. Heute redet Stoltenberg darüber, um die Rüstungsspirale noch weiter anzukurbeln. Doch warum verschweigt er die ca. 13 000 zivilen, meist russischsprachigen Opfer im Donbass, die vor dem 24.2.2022 zu beklagen waren? Waren es die falschen? Es war dieser Krieg innerhalb der Ukraine gegen die eigene Bevölkerung, der den Anlaß für die Abspaltung der östlichen Gebiete und deren Konstituierung als eigenständige Republiken gab. Und erst danach trat Rußland in den Krieg ein.

Doch davon wurde bis 2022 in den Mainstreammedien wie Tagesschau und ZEIT geschwiegen. Mehr noch, diejenigen, die auf die Vorgeschichte des 24.2.2022 hinwiesen, wurden als Putin-Versteher und Verschwörer diffamiert. Heute, erst 10 Jahre nach dem sogenannten Maidan kommen Informationen ans Licht, welche die Ereignisse in ein anderes, differenziertes Licht rücken. Dabei gab es auch vor zehn Jahren schon Stimmen, die vor einer Eskalation warnten und auch die Rolle der EU nicht außer acht ließen. Eine davon war die Helmut Schmidts.

Zur Erinnerung: Im Mai 2014 fand eine Wahl zum EU-Parlament statt. Wenige Tage davor kritisierte Schmidt die zunehmende Einmischung der EU-Kommission in die Weltpolitik und machte das am Beispiel der Ukraine deutlich. Er sagte: „Das ist Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen.“ Und weiter: „Ich halte nichts davon, einen dritten Weltkrieg herbeizureden, erst recht nicht von Forderungen nach mehr Geld für Rüstung der NATO. Aber die Gefahr, daß sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.“ (DER SPIEGEL v. 16.5.2014)

Seine Äußerungen blieben ungehört. Die Proteste auf dem Maidan wurden und werden als Demonstration für die Einbeziehung der Ukraine in die EU dargestellt. Angeblich ging es dabei um die Durchsetzung eines EU-Assoziierungsabkommens, das der demokratisch gewählte Präsident Janukowitsch kurz vor der Unterzeichnung platzen ließ. Doch was wurde in der hiesigen politischen Landschaft über den Inhalt dieses Vertragswerkes verlautbart? Wurde jemals darüber berichtet? Nein, natürlich nicht. Durch massive materielle und finanzielle, wahrscheinlich auch personelle Einflußnahme insbesondere der USA wurde alles unternommen, um die Stimmung in der Ukraine auszunutzen zur Durchsetzung der eigentlichen Strategie der

NATO, die Ukraine gegen Rußland zu instrumentalisieren.

Die Rolle Deutschlands dabei war und ist eine ganz besondere. Hatte Deutschland zunächst noch das politische Gewicht, 2015 Friedensverhandlungen zu initiieren, gilt es heute im internationalen Raum als nicht verlässlich und nicht vertrauenswürdig. Grund dafür sind weniger das poltrige Auftreten der jetzigen Außenministerin, sondern die Ereignisse um das Vertragswerk von Minsk II zwischen



**Helmut Schmidt (1918-2015) 2014 zur Ukraine-Politik: „Größenwahn“**

Deutschland, Frankreich, Rußland und der Ukraine. Die darin festgelegten Schritte zu einem Frieden zwischen Rußland und der Ukraine wurden mit Wissen der deutschen und französischen Vertragspartner von der Ukraine konsequent hintergangen. Heute gilt es als „verabredet“, daß dieser Vertragsprozeß von der westeuropäischen Seite und ganz sicher mit Wissen der amerikanischen Kriegsstrategen ein reines Hinhaltabkommen gewesen ist, um Zeit zur Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Das war der Vertrauensbruch. Und so wurde die Ukraine Stück für Stück für den Krieg ausgerüstet und wird es bis heute. Die Einbeziehung der Ukraine in die NATO widerspricht den Sicherheitsinteressen Rußlands. Die Aufnahme der Ukraine in die EU ist dafür ein vorbereitender Schritt. Inwiefern sie tatsächlich die EU oder die Ukraine einem Frieden näherbringt, kann zumindest bezweifelt werden. Die Bauernproteste in ganz Europa können als Beleg für eine Krise innerhalb der EU auch in bezug auf eine weitere Aufblähung der EU gesehen werden. Die EU selbst wird zum Problemfall. Unmittelbar vor der Wahl zum EU-Parlament im Juni 2024

ist die Situation heute weitaus krisenhafter als vor zehn Jahren. Heute peitscht ein sozialdemokratischer Bundeskanzler 100 Milliarden Kriegskredite durch den Bundestag und läßt dies auch noch in der Verfassung verankern. Heute steht die gesamte Bundesregierung einschließlich der CDU dafür, Deutschland „kriegstauglich“ zu machen. Das brachliegende Gesundheitssystem solle auf Kriegsverwundungen vorbereitet werden. Die Sozialausgaben müßten gekürzt werden, damit die Ausgaben für Rüstung und Energiebeschaffung zu Höchstpreisen gesichert seien. Ein regelrechter Kriegstaukel hat die Bundesrepublik erfaßt.

Doch da machen nicht alle mit und decken die Lügen der Regierenden, sie täten das alles für den Frieden, auf. Der Ukraine-Krieg wäre längst beendet, wenn im März/April nicht die USA und persönlich Boris Johnson den fertigen Friedensvertrag verhindert hätten. Auch das ist heute endlich öffentlich geworden. Alle Beteuerungen, Deutschland werde sich nicht am Krieg beteiligen, sind Schall und Rauch. Selbst die direkte Teilnahme von Bundeswehrangehörigen am Kriegsgeschehen wurde öffentlich aufgedeckt.

Aber hilft uns dieses Wissen? Ja und nochmals ja. Es hilft dem Protest gegen die Umwandlung der EU in eine weitere militärische Beschaffungsorganisation. Es hilft, die NATO als das zu charakterisieren, was sie ist – ein Kriegstreiberbündnis. Ansprüche, eine Kriegskommissarin Strack-Zimmermann zu installieren, sind nicht zu übersehen. Schon werden Rufe laut, auch auf europäischer Ebene Kriegskredite zu ermöglichen. Und noch lauter sind die ungeheuerlichen, gezielten Forderungen eines Herrn Kiesewetter nach dem Einsatz von Atomwaffen.

Die Wahlen zum EU-Parlament müssen dazu genutzt werden, die Friedensbewegung zu stärken. Ansätze dazu gab und gibt es immer wieder. Die seit Jahren größte Friedensdemonstration wurde von Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer und vielen anderen im Februar 2023 initiiert. Seit Wochen gehen Tausende auf die Straße, um für Demokratie einzustehen. Der Ruf nach Demokratie in Deutschland reicht aber nicht. Es muß der Ruf nach Frieden durch Verhandlungen, nach einem Stopp der Waffenlieferungen als erstem Schritt dazu erschallen. Die Ostermärsche und die Wahlen zum EU-Parlament bieten Gelegenheit, die Friedensforderung auf die Straße zu tragen. Zweimal schon, nach dem Vertrag von Minsk 2015 und vor einem Friedensvertrag vom April 2022, wurden Friedensverhandlungen durch NATO und EU torpediert. Ein drittes Mal darf das nicht passieren.

**Jutta Matuschek**

*Jutta Matuschek ist Mitglied der Partei BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit). Sie kandidiert für die Wahl zum EU-Parlament auf Listenplatz 10, der ab ca. 12 % Stimmenanteil aussichtsreich wäre.*

# Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

RF dokumentiert einen Aufruf von über 140 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, überwiegend Funktionäre oder Betriebs- bzw. Personalräte, in dem sie die Gewerkschaften und ihre Vorstände auffordern, ihre Kraft gegen Kriege und gegen Aufrüstung wirksam zu machen.

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert, statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der



Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Dafür wird in den

sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt und die Lasten der Klimapolitik sollen auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen, Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik! Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Veröffentlicht am 4.3.24

Auszüge aus aktuellen Positionen der Gewerkschaften auf <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

## AfD befürwortet Aufrüstung, Krieg und NATO-Erweiterung

### Ein Artikel von Oskar Lafontaine

Weil die AfD für gute Beziehungen zu Russland eintritt, bezeichnet die Mehrheit der deutschen Journalisten diese langjährige Tradition der deutschen Außenpolitik als AfD-nah. Der AfD-Vorsitzende Chrupalla sagte in diesem Zusammenhang, die AfD sei eine Friedenspartei. Das ist eine große Irreführung. Wie die Ampel-Parteien, die CDU/CSU und die große Mehrheit der deutschen Journalisten befürwortet auch die AfD Aufrüstung und Krieg.

1. Die AfD ist für die NATO. In ihrem Programm steht dazu: „Die Mitgliedschaft in der NATO entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die NATO auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.“ Diese Passage ist mehr als naiv. Die NATO hat sich von einem Verteidigungsbündnis in ein Aggressionsbündnis gewandelt. Solange die USA die Entscheidungen der NATO bestimmen – die USA haben seit 1991 nach der Feststellung des US-Kongresses 251 Militärinterventionen durchgeführt –, sind Deutschland und Europa über die militärische Infrastruktur in

alle völkerrechtswidrigen Angriffskriege der USA (NATO) verwickelt.

- Die AfD ist für die NATO-Erweiterung. Am 8. Juli 2022 stimmte sie im Bundestag der Aufnahme Schwedens und Finnlands in die NATO zu. Die AfD zeigt damit, daß sie nicht verstanden hat, daß der „Ukraine-Krieg“ eine Folge der NATO-Osterweiterung und ein geostrategischer Krieg der USA ist.
- Die AfD ist für eine „privilegierte EU-Partnerschaft für die Ukraine“. Das ist absurd. Die Ukraine wäre in die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU eingebunden, einschließlich der daraus folgenden Militärmanöver und erhalte viele Milliarden Euro aus dem EU-Topf. Entscheidend aber ist die Feststellung von Arno Klarsfeld, Sohn der Nazijäger Beate und Serge Klarsfeld: „Ein Land, in dem Verbrecher, die zehntausende von Juden ermordet haben, als Helden verehrt werden, hat in der EU nichts zu suchen.“ Deshalb haben BSW-Abgeordnete den AfD-Antrag im Bundestag abgelehnt.
- Die AfD ist für Aufrüstung. Sie befürwortet das 2-Prozent-Ziel der NATO, und ihre Verteidigungspolitiker fordern darüber hinausgehend zusätzliches Geld für die

Bundeswehr, um sie zu einer schlagkräftigen Armee zu machen.

- Die AfD befürwortet Interventionskriege, wenn sie im Interesse Deutschlands sind. Seit die Freiheit Deutschlands am Hindukusch, im Vorderen Orient und in der Sahelzone verteidigt wird, wissen wir, daß deutsche Interessen im Hinblick auf Handelswege und Rohstoffe von der Bundestagsmehrheit großzügig definiert werden.
- Wie keine andere Partei im Deutschen Bundestag unterstützt die AfD den auf das Massaker der Hamas folgenden Massenmord der rechtsradikalen Netanjahu-Regierung im Gazastreifen und Waffenlieferungen an Israel. (...) Dem verteidigungspolitischen Sprecher und mit der Rüstungsindustrie verbandelten Oberst a.D. Lucassen fällt dazu nur ein: „Volle Rückendeckung während der Antiterror-Operation der nächsten Wochen und Monate – auch wenn es zu unschönen Bildern kommt.“ Unschöne Bilder?

Auch die Außenpolitik der AfD beweist: Es gibt auf dem Globus keine rechte Partei, die gegen Krieg und Aufrüstung ist.

Quelle: Globalbridge, 24.1.24

# Was ist die globale NATO heute?

## Anspruch und Ziele von NATO und den USA

Im Gründungsvertrag der 1948 gegründeten NATO wird in Artikel 6 festgelegt, daß sich das Eingreifen der NATO auf bewaffnete Angriffe gegen die transatlantischen Mitgliedsstaaten beschränkt. Eine Ausweitung auf den asiatisch-pazifischen Raum verstößt also gegen die Charta. Allerdings hat sich die NATO nach ihrer 2011 erfolgten militärischen Intervention in Libyen, ihrer Rolle als ISAF-Friedenstruppe in Afghanistan (2001–2014) und der Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak globalisiert.

Faktisch ist die NATO der militärische Arm für die nationalen Interessen der USA, was auch aus dem 2022 verabschiedeten Strategischen Konzept der NATO hervorgeht. Darin wird die NATO-Erweiterung der letzten Jahrzehnte als großer Erfolg dargestellt und eine Beibehaltung der militärischen Präsenz zu Lande, zur See und im Weltraum ebenso als notwendig angesehen wie die atomare Abschreckung.

Zu dem aktuellen NATO-Konzept heißt es: „Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -management sowie kooperative Sicherheit bleiben die Kernaufgaben der NATO. Mit dem neuen strategischen Konzept werden sie jedoch an die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen angepaßt. Außerdem wird das aktuelle strategische Umfeld stärker berücksichtigt. Das neue Konzept bestätigt den 360-Grad-Ansatz des Bündnisses, Bedrohungen aus allen Richtungen und aus allen Dimensionen entgegentreten zu können.“

Die strategische Priorität der USA besteht darin, ihre internationale Hegemonie aufrechtzuerhalten. Diese erstreckt sich auf die Fähigkeiten, Landgebiete, das Meer, Weltraum und Technologien zu beherrschen. Hierfür erwies sich das unipolare internationale System nach dem Zerfall der Sowjetunion (1990) als vorteilhaft, da die USA ihren „Exzeptionalismus“ unangefochten ausüben konnten.

Die derzeitige Strategie der USA besteht darin, keine Konkurrenz zuzulassen, die ihre Vorherrschaft auch nur annähernd infrage stellt. Diese wird durch die Stabilisierung Rußlands unter Putin und den Aufstieg Chinas als bedroht angesehen. Dazu werden unterschiedliche Feindbilder auf regionale und globale Bedrohungen projiziert: Rußland (Russophobie), China (Sinophobie), Naher Osten (Islamophobie) und Terrorismus.

Im Strategischen Konzept der NATO 2022 werden explizit folgende Bedrohungen genannt:

- Rußland wird „als bedeutendste Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner sowie für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“ bezeichnet.
- Während China im Konzept von 2010 noch nicht erwähnt wurde, wird jetzt auf „die systemischen Herausforderungen“ für die transatlantische Sicherheit hingewiesen.
- Terrorismus wird als „ständige Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaften“ benannt.

### Die globale NATO im Indo-Pazifik

Die globale US-Präsenz im Indo-Pazifik entwickelt sich immer mehr zu einer NATO-Präsenz. Wichtige Nicht-NATO-Verbündete in der Pazifikregion sind Australien, Neuseeland, Südkorea und Taiwan. Bilaterale Abkommen bestehen seitens der USA mit Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Philippinen und Indien zur militärischen Zusammenarbeit. Darüber hinaus gibt es mit Indien ein Memorandum über den logistischen Austausch für die US Navy.



Anuradha Chenoy

Das 2005 abgeschlossene Abkommen zwischen den USA und **Pakistan** über gegenseitige Verteidigungshilfe (CIS-MOA) wurde im August 2023 erneuert, nach einem „Regime Change“ im Sinne der USA. Es beinhaltet den Austausch von geheimen Informationen und verstärkter militärischer Zusammenarbeit.

Das 2007 initiierte **Quad-Abkommen** („*Quadrilateral Security Dialogue*“ – quadrilateraler Sicherheitsdialog) beinhaltet eine Zusammenarbeit der USA mit Australien, Indien und Japan mit dem Ziel, einen „*freien und offenen Indopazifik*“ zu gewährleisten. Von China wird befürchtet, daß sich die Quad-Gruppe zu einer regionalen Allianz nach dem Vorbild der NATO entwickeln könnte.

Trilaterale Sicherheitsbeziehungen bestehen zwischen den USA, **Japan** und der Republik **Korea** (August 2023) für militärische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bei der Abwehr von Bedrohungen mit dem erklärten Ziel, „*Frieden und Stabilität in der Meerenge von Taiwan*“ zu sichern.

Ein Abkommen vom April 2023 zwischen den USA und den **Philippinen** sieht vor, daß vier neue Militärbasen von den USA genutzt werden sollen, zusätzlich zu bereits vorhandenen Militärbasen.

Als Reaktion auf den Sicherheitspakt, den die Salomonen im April 2022 mit China unterzeichneten haben, kam es zu Sicherheits- und Wirtschaftsabkommen der USA mit drei **pazifischen Inseln** (Papua-Neuguinea, Palau,

Mikronesien). Deren Eliten gelten als politisch durch die USA korrumpiert.

**AUKUS** (Australien, UK und USA) ist ein Militärbündnis, das im September 2021 geschlossen wurde. Da dieses auch die Beschaffung von Atom-U-Booten durch Australien vorsieht, wird damit auch der Atomwaffensperrvertrag unterlaufen.

### Die NATO in Afrika

2007 wurde das afrikanische Oberkommando für US-Streitkräfte in Afrika aufgestellt. Vorausgegangen waren dem Bemühen seit 2002, in Afrika selbst mit festen Militärbasen Fuß zu fassen. Da sich in Afrika selbst kein Gastland für die Ansiedlung des Africom fand, wurde dieses in Stuttgart angesiedelt. Dieses spielte 2011 eine wichtige Rolle beim NATO-Militäreinsatz in Libyen.

Trotz des zunehmenden Widerstandes in Afrika sind dort noch viele NATO-Staaten militärisch präsent. Wesentlich verstärkt hat sich dem gegenüber die militärische Zusammenarbeit afrikanischer Länder mit Rußland.

Die zahlreichen US-Militärstützpunkte in Afrika werden auch „*Lily Pads*“ (deutsch: See-rosen) genannt. Diese Bezeichnung steht bildlich für einen Frosch, der mit Leichtigkeit auf einem Gewässer seinen Standort wechseln kann. Da die meisten militärischen Vereinbarungen der USA mit afrikanischen Ländern nicht öffentlich sind, kann über deren genaue Anzahl nur spekuliert werden.

### Reaktionen auf die Expansion der NATO

Bei Rußland und China hat die Expansion der NATO nicht nur zu eigener Aufrüstung geführt, sondern zur strategischen Partnerschaft.

In gewisser Weise kann man die politische Strategie, die bei Japan, Südkorea und den Philippinen für die militärische Zusammenarbeit mit den USA steht, auch als „*Bandwagone*“ bezeichnen. Dieser Begriff bezeichnet die Anbindung eines Staates an einen anderen Staat mit einem höheren Machtpotential. Anders formuliert: Es erfolgt eine eigene, forcierte Aufrüstung als Trittbrettfahrer.

Die wohl wichtigste Gegenreaktion sind multilaterale Zusammenschlüsse, aber mit strategischen Allianzen unterschiedlicher Akteure. Die wichtigsten sind BRICS, ASEAN und SCO. Deren Mitglieder agieren bewußt im Sinne von Blockfreiheit. So baut Indien seine strategischen Beziehungen zu den USA aus, ohne seine engen strategischen Beziehungen zu Rußland zu ändern. Viele ASEAN-Länder (Verband Südostasiatischer Nationen) sind gleichzeitig mit den USA und China verbunden.

Anuradha Chenoy

Redaktionell gekürzt  
Quelle: [frieden-links.de](http://frieden-links.de), 3.3.24

Anuradha Chenoy ist emeritierte Professorin im „*Centre for Russian and Central Asian Studies*“ an der „*School of International Studies*“ an der *Jawaharlal Nehru University* in Neu Delhi.

# Schlafwandeln in den Atomkrieg

Die Welt erlebe derzeit die fast vollständige Zerstörung der Grundlagen des Systems zur Eindämmung der Risiken eines Atomkonflikts, erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow auf dem Gipfeltreffen der G20-Außenminister in Rio de Janeiro am 21. und 22. Februar 2024.

Lawrow verwies darauf, daß die während des Kalten Krieges zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten im gegenseitigen Einvernehmen ausgehandelt und so sorgfältig aufgebauten Hürden gegen ein zufälliges Abgleiten in einen Nuklearkrieg derzeit durch die irrationalen Handlungen des Westens zerlegt werden. Mit anderen Worten, gegenwärtig passiert all das, was auf beiden Seiten der Systemauseinandersetzung während der schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges befürchtet wurde. All die sorgfältig errichteten Hindernisse zur Verhütung eines Atomkriegs in Form von Verträgen über Rüstungsbeschränkungen, wie Obergrenzen für Interkontinentalraketen und über die Zahl und den Wirkungsgrad der Nuklearsprengköpfe, und später in Form von Abkommen zum Abbau von Atomwaffen und Trägersystemen sowie die dazugehörigen Verträge über vertrauensbildende Maßnahmen, Streitkräftetransparenz und gegenseitige Überprüfungen über die Einhaltung der Abkommen, all dies ist seit der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 von den USA einseitig und systematisch Schritt für Schritt abgebaut und in die Abfalltonne getreten worden.

In den vorangegangenen 50 Jahren des Kalten Krieges haben inmitten eines Gleichgewichts des Schreckens und der totalen gegenseitigen Vernichtung ganze Generationen von Diplomaten aus den USA und der UdSSR letztlich mit Erfolg daran gearbeitet, ein Mindestmaß an gegenseitiger Sicherheit zu schaffen. Dies war nicht mit mehr oder besseren Waffen gelungen. Vielmehr begann der richtige Weg zum Ziel mit der Suche nach gegenseitigem Verständnis und der Bereitschaft, die Lage aus der jeweiligen Sicht des Gegners zu sehen, zu erkennen, wo die roten Linien des Gegners verlaufen und zu verstehen und zu respektieren, warum das so und nicht anders ist. Wichtig war auch auf beiden Seiten die Einsicht, daß, wenn man bei der Schaffung eines für beide Seiten akzeptablen Sicherheitssystems weiterkommen will, die roten Linien beziehungsweise die größten Sorgen des Gegners berücksichtigt werden müssen. (...)

Für eine erfolgreiche Friedensarbeit vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer totalen atomaren Vernichtung beider Seiten ist die Anerkennung des Gegners als gleichberechtigter Verhandlungspartner unabdingbar! Als Nächstes kommt die beiderseitige Bereitschaft, Verständnis für die Lage des Gegners aufzubringen, für dessen Geschichte und Kultur, für dessen wirtschaftliche und politische Probleme und, wo möglich, Bereiche

gemeinsamer Interessen und Kooperationen herauszuarbeiten. Bei all dem haben ab Mitte der 80er Jahre Diplomaten und Politiker beider Seiten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erfolgreich kooperiert und auf diese Weise die Welt davor bewahrt, daß der Kalte Krieg zwischen den Supermächten zu einem heißen wurde und statt dessen sein Ende fand.

Von diesen friedenspolitischen Maßnahmen, von den Verträgen und Abkommen ist heute, 33 Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion, nichts mehr da. Ein Abkommen nach dem ande-



Sergej Lawrow am 21. Februar beim G20-Treffen in Rio de Janeiro

ren wurde von einer neuen, neokonservativen Kriegerkaste in Washington in die Mülltonne getreten. Ganz unverhüllt demonstrierten die US-Exzeptionalisten als Vertreter der einzig übriggebliebenen Supermacht rund um den Globus ihre militärische Dominanz, mit der sie ihre hegemonialen Ansprüche zu untermauern versuchten. Aber heute existieren immer noch Tausende von Atomsprengköpfen und dazugehörige interkontinentale Trägersysteme sowohl auf US-amerikanischer als auch auf russischer Seite. Aber die Hindernisse gegen ihren zufälligen Einsatz, die Verträge und Abkommen, die gegenseitigen Überprüfungen und all das andere, was während des Kalten Krieges einen ungeplanten Atomkrieg verhindern sollte, existiert nicht mehr. Und das Forum, in dem die gegenseitige Verständigung und die vertrauensbildenden Maßnahmen institutionalisiert wurden, die KSZE, ist leider zu einem billigen Propagandainstrument der US/NATO und EU gegen Rußland verkommen. In dieser Situation haben die US/NATO-Großmanöver in der Nähe der russischen Grenze begonnen. Die heizen die wegen des Krieges in der Ukraine ohnehin bereits angespannte Situation weiter an. Zugleich haben die USA jüngst wieder Übungen zum Ersteinsatz von Nuklearwaffen abgehalten und in alle Weltrichtungen ihren atomaren Knüppel geschwungen. Vor diesem Hintergrund beklagte der russische Außenminister Lawrow in Gesprächen am Rande des G20-Gipfels in Rio de Janeiro, wie Washington unter dem fiktiven Vorwand einer von Rußland angeblich geplanten Aggression

gegen die NATO-Ostgrenze versucht, seine Verbündeten in Westeuropa gegen Rußland aufzuhetzen. Es sei „nicht schwer zu erraten, wozu das führen kann“, so Lawrow. Ursprünglich wurde das Format der G20-Treffen nicht geschaffen, um globale Probleme zu diskutieren, sondern als Chance für einen engeren Kontakt zwischen westlichen Ländern und dem Globalen Süden. Vertreter Chinas äußerten die Hoffnung, daß während der Sitzungen keine geopolitischen Fragen aufgeworfen würden, sondern im Gegenteil der Gipfel zur Stärkung der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmern beitragen sowie

einen positiven Beitrag zum globalen Wirtschaftswachstum und zur globalen Entwicklung leisten würde. Der Gastgeber des Treffens, der brasilianische Außenminister Mauro Vieira, sagte jedoch, daß die Tagesordnung des Gipfels globalen Sicherheitsfragen sowie Fragen der Reform internationaler Organisationen gewidmet sei, die ihre Ineffizienz und Unfähigkeit gezeigt hätten, das Problem zu lösen, für das sie einst geschaffen wurden. Diese Liste umfaßt die UNO, den IWF und die Weltbank – diese Institutionen haben sich an ihre westlichen Herren angepaßt und seien zu deren Geldtaschen geworden. Lawrow erinnerte etwa daran, daß der IWF im Rahmen des von der G7

genehmigten Finanzierungsprogramms für die Ukraine im Jahr 2023 insgesamt 15,7 Milliarden Dollar nach Kiew überwiesen hat. Das habe das gesamte sechsmonatige Kreditvolumen des IWF an den Rest der Welt deutlich überstiegen. Neben der Warnung vor nuklearen Bedrohungen, denen die Welt ausgesetzt ist, wies Lawrow auch darauf hin, daß die westlichen Länder die Nachrichten über Putins Interview mit dem amerikanischen Journalisten Tucker Carlson mit schäumender Wut aufgenommen haben, weil die Wahrheit, die von den westlichen Mainstream-Medien so sorgfältig verborgen wird, endlich bekannt wurde und Millionen von Menschen sie hören konnten. Er erklärte, daß der Westen seine berüchtigten „Regeln“ anstelle des Völkerrechts vorantreibe. „Eine solche Politik basiert auf Neokolonialismus, dem Wunsch nach Dominanz im politischen, wirtschaftlichen und humanitären Bereich unter dem Deckmantel schöner Phrasen“, sagte Lawrow. Auf Betreiben des Westens würden die Grundfesten des internationalen Dialogs und der internationalen Kommunikation untergraben. Zugleich suche der Westen nach kriminellen Wegen, Staatsvermögen und Privateigentum anderer Staaten zu beschlagnahmen, während in der Ukraine Ackerland von US-Unternehmen in großem Stil aufgekauft wird. Zugleich würden die Ukrainer selbst von Präsident Wladimir Selenskyj als „Verbrauchsmaterial“ (Kanonenfutter) benutzt.

Rainer Rupp

Redaktionell gekürzt

Quelle: [www.globallookpress.com](http://www.globallookpress.com), 24.2.24

# Zu den aktuellen Konflikten in Europa und im Nahen Osten

Die US-geführten NATO-Militärs „praktizieren“ zur Zeit die größten Manöver nach dem Kalten Krieg und rücken dabei mit immer mehr Kräften und Mitteln Rußland auf den Pelz. Die Mainstreammedien des Westens befeuern mit ihrer wahrheitsverzerrender Berichterstattung die von den USA, der EU und der NATO initiierten und finanzierten Konflikte und reden einen möglichen gesamt-europäischen Krieg herbei, der auch ein atomarer sein könnte.

Ein gerade beendetes Forum zum Multipolarismus in Moskau hingegen deckte die Hintergründe von militärischen Konflikten auf, die aus dem Kampf zwischen der unipolaren und einer multipolaren Weltordnung erwachsen. Der kollektive Westen mit seinem „Einwertesystem“, seiner eigenen regelbasierten Ordnung, seinen geschlossenen politischen und wirtschaftlichen Klubs (z. B. G7 u.a.) hat einen Universalismus praktiziert, der die ganze Welt neokolonialisiert und um eines maximalen Profits willen ausbeutet (Dollarzwang für Energieträger und Rohstoffe). Diese Ordnung geht ihrem Ende entgegen.

Rußland, China, die anderen BRICS-Staaten und die des globalen Südens und Ostens streben eine offene Formation gleichberechtigter und souveräner Staaten in einer multipolaren Welt auf der Basis der UN-Charta an. Der Aufstieg Chinas, der Russischen Föderation (RF) und der BRICS-Staaten ist dabei der Grundstein dieser neuen Ordnung. Über 100 Länder verbündeten sich in Moskau mit dem derzeit bereits stattfindenden Kampf der RF.

Wenngleich es dem kollektiven Westen gelungen ist, die RF von sich zu isolieren, so ist es auch Tatsache, daß sich der Westen selber von der „mehrheitlichen Rest-Welt“ isoliert hat. Letzteres will er aber nicht hinnehmen und hat deshalb über Jahre einen hybriden Krieg gegen Rußland vorbereitet und schließlich entfacht (von der NATO-Osterweiterung bis zum Stellvertreter im Krieg gegen die RF). Dabei steuerten USA und NATO die nazistischen Kräfte und letztlich die ganze Ukraine bis hin zum Genozid am eigenen Volk (Donezk-Beschuß sogar mit Raketen) und zu einem Vernichtungskampf gegen das russische Brudervolk. Die Folgen dieser blutigen Auseinandersetzung nach zwei Jahren ist der Tod tausender Ukrainer und Russen sowie die Zerstörung von Lebensgrundlagen in beiden Ländern, besonders in der Ukraine. Hierdurch wird für alle sichtbar, daß nicht Rußland, sondern der Hegemon mit seinen Vasallen die wahren Aggressoren in der Welt sind.

## Ansichten zu den Konflikten

Einige realistisch denkende Militärexperten versuchen, die Wahrheit über die derzeit in Europa und im Nahen Osten stattfindenden militärischen Konflikte zu ergründen und objektiv zu bewerten, Alternativen aufzuspüren und Antworten auf Fragen zu finden, die sich aus der Lage ergeben.

Dazu möchte ich den Ex-Mitarbeiter im Schweizer und in westlichen Geheimdiensten Jaques Baud, den ehemaligen Viersternegeneral von Bundeswehr und NATO Harald Kujat, den bekannten indischen Analysten M.K. Bhadrakuma und andere zu Wort kommen lassen:

## Zum aktuellen Zustand des Ukraine-Konflikts

Jaques Baud stellt fest, daß die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine nur durch westliche Hilfe (Waffen, Personal und Geld) künstlich am Leben erhalten wird. In letzter Zeit gibt es starke Widersprüche zwischen Politik und Armee sowie Selenskyj und Salushny. Bestätigung findet das in der Nichterfüllung von Befehlen und Anweisungen Selenskyjs (z. B. durch den Eliteverband „3. ASOW-Sturmbrigade“ in Awdejewka und durch das Verlassen von Stellungen durch ganze Einheiten – ohne Weisung – bei Zurücklassen ihrer Waffen und Ausrüstung).

Harald Kujat ergänzt: Die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) wurden von den USA wegen Erfolglosigkeit und den hohen Verlusten, aber auch wegen ihrer Abweichung von den US-Kampfanweisungen in die strategische Verteidigung geschickt. Im Gegensatz zu den RF-Streitkräften (RF-SK) beherrschen die ukr.-SK das Gefecht der verbundenen Waffen ungenügend.

Die RF, die ihre Taktik, den Gegner wehrlos zu machen, erfolgreich umsetzt, ist zu einer aktiven Verteidigung übergegangen und hat die Initiative an der ganzen Front ergriffen. Übrigens räumte das Gespräch Putin – Carlson mit einer ukrainischen Lüge auf. Die RF-SK haben den Kiewer Raum 2022 in Erfüllung einer Bitte Selenskyjs an Putin, die im Zusammenhang mit den positiven Verhandlungsergebnissen 2022 stand, geregelt verlassen.

Die Ukraine mußte viele Territorien wieder räumen. Dieser Prozeß wird sich fortsetzen, wenn die westliche Hilfe sich stark verringert oder ausbleibt. Awdejewka wurde zu spät verlassen, was hohe Verlustzahlen brachte. Derzeit ist die Ukraine auf der Verliererstraße und kann weder mit NATO-Soldaten noch mit deren Waffen (auch nicht mit Taurus) gerettet werden. Heute handeln die Russen nach der Kriegserfahrung: Wenn man den Gegner wehrlos machen kann, fällt einem später alles zu. Deshalb gilt, je später die Ukraine zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit ist, umso schlechter wird das Verhandlungsergebnis für sie sein.

## Kujats Antworten in der „Weltwoche“ zum Ukraine-Konflikt kurz und bündig:

- Warum gehen die RF-SK auch nach Erringen der Initiative so langsam voran?

Einerseits gibt die RF bei der Wehrlosmachung der ukr. SK der Bekämpfung des Personals den Vorrang und benötigt Zeit, um die eigenen Waffen auf die erfolgreiche Vernichtung des gegnerischen Materials einzustellen.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Truppenstärke der Seiten im Kampfgebiet quantitativ fast gleich ist, womit große Sturmangriffe (um die Soldaten zu schonen) für die RF-SK nicht relevant sind. Andererseits verfügen die ukr.-SK derzeit noch über, wenn auch schwächer werdende Kräfte und Mittel, um sich zu verteidigen.

- Warum hat die RF die Ziele ihrer Spezialoperation (SO) verändert?

Weil sich trotz der nicht vollständig erreichten Anfangsziele – Entmilitarisierung, Entnazifizierung, keine NATO-Mitgliedschaft und Neutralität der Ukraine – bereits die Taktik des Gegners mit der Bekämpfung von Zielen im russischen Kernland veränderte. Nun stehen die vollständige Befreiung der Territorien der in die RF eingegliederten Republiken und die Schaffung einer Pufferzone von ca. 150 km zusätzlich an, um das Kernland der RF besser vor gegnerischem Beschuß zu schützen.

- Warum werden für die Ukraine viel höhere Verlustzahlen angegeben als für die RF?

Weil sich die RF-SK lange Zeit im geschützten Verteidigungsmodus befanden, während die ukr.-SK politisch motiviert, ungestüm und mit der falschen Taktik angriffen und weil sie nicht über ausreichende Luftstreitkräfte und LV-Mittel verfügen.

Was die Verluste betrifft, belügt Selenskyj sein Volk und den Westen (um weiterhin westliche Hilfe zu erhalten und das eigene Volk zu beruhigen, d. A.), denn statt der 31 900 zugegebenen Toten haben Journalisten, darunter der ukrainische Danill Yanevsky und andere, nach Analyse von Krankenhaus- und Beerdigungsakten allein für 2023 die Zahl von 432 000 Toten in der Ukraine ermittelt und in Rußland ca. 50 000 (diese Zahl soll lt. Scott Ritter für zwei Jahre 150 000 betragen).

Jaques Baud ergänzt: Allein in der Gegenoffensive 2023 sollen die taktisch falsch eingestellten und ungestüm handelnden ukr.-SK über 70 000 Mann und eine große Anzahl der neuen westlichen Waffen verloren haben. Mittels Mobilisierung in der Ukraine sollen 500 000 neue Soldaten (auch gesundheitlich eingeschränkte) und Frauen zwangsakquiriert werden, um die realen Verluste auszugleichen. Das Land verfügt aber nun (auch durch die Flucht Wehrpflichtiger) nur noch über begrenzte Mobilisierungsmöglichkeiten. Die RF dagegen besitzt über ihre großen personellen und materiellen Ressourcen eine Nachschubdominanz und kann ihre Truppen mit freiwilligen Vertragssoldaten und meist selbst produzierten Waffen auffüllen.

## Gewinner und Verlierer des Konflikts

Harald Kujat: Obwohl die USA als Hauptgewinner (Maximalprofite durch Waffenlieferungen) und auch Rußland zu den Gewinnern gehören (Territorien erobert und gehalten,

Ukraine militärisch und ökonomisch stark geschwächt), haben die USA ihr Hauptziel, die RF als internationalen Konkurrenten auszuschalten und zu isolieren, nicht erreicht. Dagegen bekamen sie es durch die erweiterten BRICS-Staaten mit einer antikolonialen Macht unter Führung Rußlands und Chinas zu tun, die eine multipolare Weltordnung anstrebt. Die RF, die weniger NATO wollte, muß jetzt aber auch die neuen NATO-Mitglieder Norwegen und Schweden in ihrer Nähe hinnehmen. Die EU und besonders Deutschland wurden politisch und wirtschaftlich geschwächt und haben sich durch die Sanktionierung Rußlands selber ins Knie geschossen.

Die Ukraine ist aber der größte Verlierer. Sie hat den Personalbestand ihrer Streitkräfte mehrmals verloren und wieder auffüllen müssen, hat ein stark zerstörtes Land sowie den Verlust von ca. 15 Millionen Bürgern durch Flucht zu beklagen und muß dazu bereit sein, Territorien abzutreten.

### **Ist die EU allein in der Lage, die Kampfhandlungen in der Ukraine ohne die USA zu führen?**

*Jaques Baud:* Nein, denn die EU vertritt propagandaverbildete Ansichten, entscheidet zu emotional, hat große Schwierigkeiten, ihren MIK hochzufahren und besitzt keine realistischen Vorstellungen über die heutigen militärischen Möglichkeiten der RF. Die EU-Staaten sind sich oft uneinig (gespaltene Reaktion auf Macrons Bodentruppenpläne für die Ukraine). Sie verfügen nicht über ausreichende personelle, materielle und finanzielle Ressourcen, auch nicht über das militärische sowie kosmische Know-how und über zu wenig Erfahrungen.

### **Beendigung der Konflikte oder atomare Zuspitzung?**

*Jaques Baud:* Der Westen hat das Narrativ ausgegeben, daß die RF nach einem Sieg über die Ukraine NATO-Länder erobern will und bedroht diese deshalb mit taktischen Atomwaffen.

*Putin dazu:* Die Ziele der RF sind ganz andere. Rußland will die Bedrohung der russischen „Minderheit“ in der Ukraine neutralisieren und ist gegen einen NATO-Beitritt derselben. Auch will sie nicht die ganze Ukraine und schon gar nicht andere Länder erobern. Die RF erwartet Sicherheitsgarantien von den USA, der EU und von der NATO. Damit könnte der Krieg sofort beendet werden.

Die RF war Anfang April 22 bereit, ein Abkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen, bei dem nur die Krim an Rußland fallen sollte, aber USA und NATO haben interveniert und den Abschluß verboten.

### **Regelung des Gaza-Konflikts durch Geheimabkommen?**

*You Tube:* Ende Februar 2024 kam es zu Geheimverhandlungen zwischen USA, Ägypten und Israel, um die Ägypter zu bewegen, in Sinai Lager für die Gaza-Palästinenser einzurichten und ihre Grenze für letztere zu öffnen. Nach Bereitstellung eines Kredits von über 10 Milliarden US-Dollar stimmte Ägypten dem zu. So steht Israel der Erfüllung seines Ziels, die Palästinenser aus Gaza zu

vertreiben, näher, als die Palästinenser mit der Forderung nach einem eigenen Staat. Dennoch stehen die israelischen Militärs nicht nur wegen der Versorgungskatastrophe und der vielen neuen zivilen Opfer im Süden Gazas sowie wegen des ständigen Beschusses ihres evakuierten Nordens durch die Hisbollah, sondern auch wegen der nicht enden wollenden israelischen Protestbewegung (Heimholung der Geiseln) unter Druck. Dieser Konflikt behält das Potential zur Eskalation. Die USA haben sich aus den Kampfhandlungen um Gaza zurückgezogen und sich in den nicht weniger brisanten Konflikt um das Rote Meer eingeklinkt.

### **Eskaliert der Huthi-USA/GB-Konflikt um das Rote Meer?**

Über mehrere Monate beschießen die Huthi Schiffe im Roten Meer, deren Besitzer aus Ländern stammen, die den Krieg Israels zur Ausrottung der Gaza-Palästinenser unterstützen. Dagegen laufen viele Länder Sturm, weil sie gezwungen werden, eine zeitaufwendigere und teurere Route zu benutzen. Die USA und GB beschießen die Basen der Huthis. Auch Deutschland schließt sich dem mit einer Fregatte an. Da die Huthis nicht klein begeben und ständig Nachschub aus dem Iran erhalten und auch andere Widerstandsgruppen US-amerikanische Basen in Syrien und im Irak beschießen, ist der Konflikt dabei, zu eskalieren.

### **Auswirkungen der Konflikte auf Europa, Nah-Ost und die USA**

Zu den Bedingungen eines vom Westen herbeigeredeten russischen Einsatzes von Atomwaffen (nach Putins Rede an die Nation) der Analyst *Bhadrakumar:*

- US-Verteidigungsminister Austin führte Anfang März vor dem Kongreß der USA aus, daß die NATO im Falle einer Niederlage der Ukraine gegen die RF vorgehen muß, da anderenfalls die künftige Glaubwürdigkeit des westlichen Bündnisses in Frage gestellt ist. Damit rief er dazu auf, daß sich Europa (EU) für einen kontinentalen Krieg (Atomwaffen nicht ausgeschlossen) gegen Rußland sammeln müsse.
- Macron schlug bei seinem Treffen mit 20 Staatslenkern der EU in die gleiche Kerbe und erklärte, daß die Niederlage Rußlands für die Sicherheit sowie Stabilität der EU unerlässlich sei. Er äußerte, die Ukraine mit NATO-Bodentruppen unterstützen zu wollen. Wenn es auch in dieser Frage noch keinen Konsens gab, so ist der Geist bereits aus der Flasche entwichen.
- Putins Aussagen: Sollte der RF in der Ukraine eine militärische Niederlage durch die im Kampfeinsatz befindlichen NATO-Truppen drohen und den Regionen Donbass sowie Noworossija die erneute Unterwerfung, würde dies die Stabilität und Integrität der russischen Staatlichkeit bedrohen und die Legitimität der Führung des Landes in Frage stellen. Dann müßte die Frage des Einsatzes von Atomwaffen offen gestellt werden. Wenn aber der kollektive Westen nur militärische Hilfe leistet, kein russisches Territorium angreift und sich nicht an

Kampfhandlungen in der Ukraine beteiligt, dann würde sich Rußland nur auf den Einsatz von konventionellen Mitteln beschränken.

Die RF wird keinen Versuch der USA und ihrer Verbündeten zulassen, die Lage in der Ukraine am Boden zurückzudrehen.

Es ist abzuwarten, ob der Westen das Signal der RF verstanden hat oder ob er dabei bleibt, Putins Warnungen einfach als „Wolfsgeheul“ abzutun.

### **NATO-Soldaten in die Ukraine?**

Wie wir aus den „Taurus-Gesprächen“ einer Gruppe von Bundeswehrgenerälen – Krimbrückenkiller – entnehmen können, sind britische und US-Soldaten schon längere Zeit in der Ukraine stationiert (seltsamerweise hat man die vielen bereits dort in ukrainischen Uniformen kämpfenden Polen und Rumänen sowie die westlichen Söldner, die dabei bereits einen hohen Blutzoll gezahlt haben, einfach vergessen, d.A.).

### **2+4-Vertrag und Deutschland als Kriegspartei?**

*Dagmar Henn:* Im Artikel 2 des angeführten Vertrages findet man eine für die Bewertung der heutigen Aktivitäten Deutschlands verpflichtende Formulierung: „Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Vorbereitung der Führung eines Angriffskrieges, verfassungswidrig und strafbar. Es wird erklärt, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ Daraus folgt, daß zumindest die Lieferung von Angriffswaffen, wie Kampfpanzer und Taurus-Raketen und deren Einsatzvorbereitung vor Ort, ein aggressiver Akt wäre, der nach dem Völkerrecht als Einstieg in einen Angriffskrieg anzusehen ist. Demnach ist Deutschland auch ohne Taurus-Lieferung bereits Kriegspartei.

### **Ist es in den USA zu einer Weichenstellung gekommen?**

Dazu der erfahrene Militärexperte *Jewgeni Buzhinsky* bei der Talk-Show V. Solovyov: Die politisch Verantwortliche des US-Außenamtes für „Revolutionstätigkeit“ sowie für die Inszenierung und Eskalierung von Konflikten, Victoria Nuland, wird neutralisiert. Vielleicht bekam sie aber auch einen Tritt von ganz oben, da sie nicht mehr in die veränderte Lage paßt. Es scheint, daß dem US-Präsidenten und seinem Team nach dem Sturm der angeblich uneinnehmbaren Festung Awdejewka und nach Putins Rede an die Nation klar geworden ist, daß sie mit härtesten Reaktionen der RF auf jede Truppenentsendung nach Kiew und jeden Einsatz von Langstreckenraketen gegen die RF rechnen müssen. Buzhinsky vermutet, daß Nuland versucht hat, den Taurus-Einsatz zu realisieren und damit gegen die wahlwichtige neue Ausrichtung ihres Landes verstieß.

**Oberst a.D. Gerhard Giese**

# „Die strategische Falle“

Georg Auernheimer hat ein neues Buch vorgelegt, in dem er den Ursachen, dem Verlauf und den globalen Langzeitfolgen des Ukrainekrieges nachgeht.

Der Autor spricht mit Blick auf die bereits langjährige Hochrüstung der Ukraine hier und die einstige Bewaffnung der afghanischen Mudschahedin dort von einer „strategischen Falle“. Hatten die USA dereinst die Sowjetunion zu einer Intervention in Afghanistan provozieren und sie damit entscheidend schwächen wollen, so habe man nun, insbesondere seit dem „Euro-Maidan“ 2014, Rußland aus der Reserve locken, sprich: zu einem Einmarsch in die Ukraine verleiten wollen. Wäre dem so, dann ließe sich damit erklären, warum jener Plan für einen Waffenstillstand, der bereits im Frühjahr 2022 bei weitreichenden Zugeständnissen Rußlands sowie der Ukraine auf dem Tisch lag, nicht im Interesse des Westens sein konnte.

Nach einem kurzen Abriß der innerrussischen Verhältnisse nach 1990, etwa mit Blick auf den Rückzug des Staates unter Jelzin und auf die wirtschaftspolitische Stabilisierung unter Putin, geht Auernheimer zur geopolitischen Gemengelage ab Mitte der 90er Jahre über. Er erinnert an das Wort von Zbigniew Brzezinski, wonach der Kampf um die Ukraine der entscheidende Hebel zur Schwächung Rußlands sei. Denn „ohne die Ukraine“, so hatte der einstige US-Sicherheitsberater in seinem Buch „The Grand Chessboard“ geschrieben, höre „Rußland auf, ein eurasisches Imperium zu sein“. Es folgt das kleine Einmal-eins der Vorgeschichte des Ukrainekrieges: die NATO-Osterweiterung seit den 90er Jahren; der „Euro-Maidan“ 2014, dessen Verlauf und Ergebnisse Auernheimer angesichts der gezielten Förderung nationalistischer und neofaschistischer Gruppierungen unumwunden als prowestlichen Putsch bezeichnet; die von Kiew geförderte Heldenverehrung des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera; der im westlichen Europa medial kaum erwähnte Krieg Kiews gegen die Bevölkerung im Osten des eigenen Landes (ab 2014); der Unwille zur Verständigung, vor allem die Mißachtung des Minsker Abkommens, das laut Ex-Kanzlerin Angela Merkel ohnehin nur dazu gedient habe, „der Ukraine Zeit zu geben“; das Tauziehen um die Pipeline Nord Stream 2, die die USA erklärtermaßen verhindern wollten.

All das mag kennen, wer die Ereignisse auch jenseits der großen Medien verfolgt. Umso interessanter sind die weniger bekannten Hintergründe. Beispiel eins: der CIA-Anschlag von 1982 auf eine Pipeline, die Westeuropa einschließlich der Bundesrepublik mit Erdgas aus der Sowjetunion versorgen sollte – ein Vorfall, den die Washington Post 2004 ans Licht brachte. Ein Hinweis auf den Anschlag auf Nord Stream 2 im September 2022? In beiden Fällen hatten die USA das Projekt auf politischem Weg nicht verhindern können. Beispiel zwei: der auch kulturell durchschlagende Geschichtsrevisionismus in der Ukraine etwa mittels Sprachgesetzen, Theater- oder Denkmalpolitik. Vielfach wurde der NS-Kollaborateur Stepan

Bandera auf den Sockel gehoben, während man andere hinunterstieß, die des Gedenkens nicht mehr würdig schienen, darunter Maxim Gorki, Leo Tolstoi oder Anton Tschechow. Derweil wurde der 14. Oktober, der historische Gründungstag der profaschistischen Ukrainischen Aufstandarmee (UPA), zum Feiertag erklärt. Eine Kulturpolitik, die im transatlantischen Westen – siehe die jahrzehntelang gepflegten Netzwerke ehemaliger ukrainischer NS-Kollaborateure in der Bundesrepublik, in den USA oder in Kanada – mitunter gezielt protegiert wurde. Und die im Gesamtbild, das legt der Band nahe, womöglich Teil der „strategischen Falle“ gewesen ist.

Auernheimer läßt zahlreiche nüchterne Stimmen aus Diplomatie und Militär zu Wort kommen, die sich vom politisch-medialen Mainstream abheben. Das gilt zum einen für die lange Vorgeschichte des Krieges, in der George F. Kennan, US-Diplomat und Historiker, bereits 1997 „eine Erweiterung der NATO“ als „verhängnisvoll“ bezeichnete. Mehr noch gilt es für die Phase seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine – mithin für einen Krieg, den der Autor nicht beschönigt, dessen beidseitige Opfer er aufzeigt. Und bei dem er, trotz der eigenen Befürchtung, zynisch zu wirken, einen militärischen Vergleich mit den Kriegen des Westens nicht scheut. Unter Verweis auf Harald Kujat, einst Generalinspektor der Bundeswehr, auf den Pentagon-Berater Colonel Douglas Macgregor und auf den Schweizer Oberstleutnant Ralph Bosshard heißt es, die Zahl der zivilen Opfer und die Zerstörung von Infrastruktur – wie Strom- und Wasserversorgung, Krankenhäuser, Schulen oder Medienanstalten – sei noch vergleichsweise gering, zumindest, wenn man ihnen die Opfer der Luftangriffe der NATO in Jugoslawien und mehr noch der US-geführten Kriegscoalition im Irak dagegenstellt. Doch zweifellos sei auch dieser Krieg desaströs, konstatiert Auernheimer. Und dies bis hin zu den Klimafolgen, wie ein eigenes Kapitel verdeutlicht. Auch die Emissionen eines NATO-Manövers seien unermesslich, geschweige denn von schwerem Gerät im Kriegseinsatz. Allein der Kampfpanzer Leopard 2 verbräuche bis zu 530 Liter Diesel auf 100 km, ein Eurofighter etwa 70 bis 100 Liter Kerosin pro Minute – elf Tonnen CO<sub>2</sub> pro Flugstunde, das sei „so viel, wie durchschnittlich eine in Deutschland lebende Person im gesamten Jahr emittiert“.

Und Friedensverhandlungen? Die aussichtsreichsten und am weitesten gediehenen fanden unter türkisch-israelischer Vermittlung bereits im Frühjahr 2022 statt. Sie wurden jedoch vom damaligen britischen Premier Boris Johnson torpediert – offenbar, weil die in Aussicht gestellte Neutralität der Ukraine den strategischen Zielen des Westens zuwiderlief. Noch stand die „Falle“ zu weit offen; zudem verlangte sie es, immer mehr Waffen an Kiew zu liefern und die Boykottmaßnahmen immer weiter zu verschärfen, um Rußland „zu ruinieren“ (Annalena Baerbock).

Im Verlauf der Lektüre allerdings drängt sich die Frage auf: Wer läuft eigentlich in wessen

Falle? Ist es vielleicht gar der Westen, der auf längere Sicht in eine Falle läuft, die er sich selbst gestellt hat? Die Entwicklung an den Fronten des Wirtschaftskrieges mag dafür sprechen, insbesondere im Fall Deutschlands und der EU. Auch für den Westen insgesamt, einschließlich seiner Führungsmacht USA, könnte der Ukrainekrieg, ob nun gezielt provoziert oder nicht, zum Katalysator eines langen Abstiegs werden. Nicht zuletzt angesichts des neuen Selbstbewußtseins des globalen Südens und angesichts entsprechender tektonischer Verschiebungen, die das Buch konstatiert, mag die Falle gleichsam zum Bumerang werden.

Für die weiteren Auswirkungen des Ukrainekrieges auch auf die deutsche Innenpolitik hält Auernheimer zweierlei Aussichten parat: Die „massive Aufrüstung“ lasse angesichts eines „weiteren Abbaus des Sozialstaats“ künftig „soziale Proteste erwarten“. Bisherige Prognosen etwa zu einem „heißen Herbst“ 2022 oder 2023 erfüllten sich zwar kaum. Doch für den Fall, daß sich die Kämpfe zuspitzen, verweist Auernheimer auf eine Gefahr, die sich nicht nur in Deutschland abzeichnet: Die „Herrschenden und Vermögenden“ könnten, wie in der Vergangenheit, „die Unzufriedenheit in eine faschistische Bewegung umlenken“. In dieser Hinsicht sei „die Verharmlosung des ukrainischen Faschismus alarmierend“.

Unterm Strich drängt sich mit dem Band auf: Statt immer weiterer Waffenlieferungen wäre eine Friedenslösung das Gebot der Stunde – im Sinne der Menschen in der Ukraine und in Rußland; im Sinne des absteigenden Westens und von dessen Volkswirtschaften; im Sinne der Abwendung einer ökologischen Katastrophe, zu deren Brandbeschleunigern Kriege gehören.

*german-foreign-policy.com, 1.3.24*

*Redaktionell gekürzt*

*Georg Auernheimer: Die strategische Falle. Die Ukraine im Weltordnungskrieg. Köln (PapyRossa Verlag) 2024. 191 Seiten. 16,90 Euro*



# Wozu sich Wladimir Putin in seiner Rede an die Nation geäußert hat

ging es in der Rede Putins am 29. Februar wirklich nur um die angebliche „Bedrohung des Westens durch russische Atomwaffen“ und die ihm unterstellten „Eroberungsabsichten von NATO-Ländern“ (nach einem russischen Sieg in der Ukraine), wie uns hiesige „Qualitätsmedien“ weismachen wollen? Der russische Präsident hat vor den mehr als 1000 anwesenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion in über zwei Stunden klar und unmißverständlich auf die ständig wachsenden Bedrohungen der Russischen Föderation (RF) durch die USA, EU und NATO reagiert. Der Hauptanteil der Rede des sich im Wahlkampf befindenden Präsidenten befaßte sich jedoch mit den Fragen Soziales, Familie und Ökonomie, über die man in den Westmedien nur verzerrte Bruchstücke zu hören bekam. Letztere (Tagesschau) titelte, „Putin warnt den Westen vor Truppeneinsatz in der Ukraine“, berichtete aber nicht zu den Entwicklungsvorhaben des Landes, weil diese einfach nicht in das bisher über Rußland gezeichnete Bild paßten. Der Präsident demonstrierte mit seiner Schwerpunktsetzung, daß die Russische Föderation sich nicht durch die vom kollektiven Westen entfachten Konflikte davon abbringen läßt, die soziale und ökonomische Infrastruktur des Landes weiterzuentwickeln.

## Aussagen Putins

### zu Sicherheitsfragen

- Zur Drohung des französischen Präsidenten, Truppen in die Ukraine zu entsenden, erklärte Putin: Wir erinnern an das Schicksal derer, die ihre Truppen in unser Land schickten. Nur, heute werden die Folgen für die Angreifer viel tragischer sein. Der Westen solle bei seinen Drohgebärden berücksichtigen, daß auch die RF über Waffen verfügt, die westliche Ziele treffen könnten; in diesem Sinne hat Putin den Westen erneut vor der Schlagkraft der Waffen der russischen Atommacht gewarnt und gleichzeitig daran erinnert, daß eine Eskalation und der Einsatz von Atomwaffen zur „Auslöschung der Zivilisation“ führen könnten. Haben die westlichen Entscheider vergessen, was Krieg bedeutet? Der Westen sollte wissen, daß sich die strategischen Nuklearstreitkräfte der RF in voller Bereitschaft befinden und viele neue Waffenkomplexe wie z. B. „Hyperschall- und Interkontinentalraketen u.a. kriegserprobte Waffensysteme in die Streitkräfte eingegliedert wurden.
- Von den USA werden Vorwürfe über angebliche russische Atomwaffen im Weltraum erhoben, um die RF in Verhandlungen zu ziehen, die für die USA günstiger sind.
- Dennoch hat Putin den USA erneut einen Dialog zur strategischen Sicherheit in der Welt angeboten. Die USA und nachfolgend Rußland hatten im Zuge der Verschlechterung

ihrer Beziehungen die Abrüstungsverträge bis auf einen (Start-3) ausgesetzt oder aufgekündigt. Die RF erklärte ihre Bereitschaft zu neuen Gesprächen, wenn die USA aufhörten, eine strategische Niederlage Moskaus im Ukraine-Konflikt anzustreben.

- Der Präsident warnte die NATO-Staaten davor, Militärkontingente in die Ukraine zu entsenden, um gegen russische Truppen zu kämpfen. Die Folgen eines solchen Schrittes könnten tragisch für die Entsendeländer sein.
- Er wies die Behauptung, daß Rußland den Westen angreifen wolle, als unrealistischen „Blödsinn“ zurück. Der Rüstungskomplex der RF wird nicht hochgefahren, um NATO-Staaten anzugreifen, sondern weil die RF die durch die NATO-Erweiterung bedrohten Flanken sichern muß.
- Rußland wird nicht zulassen, daß sich jemand in seine inneren Angelegenheiten einmischet.

### zur Spezialoperation (SO) in der Ukraine

- Die absolute Mehrheit des russischen multinationalen Volkes unterstützt die Spezialoperation in der Ukraine.
- Die russischen Truppen haben im Zuge der SO einzigartige Kampferfahrungen gesammelt und ihre Kampffähigkeiten verbessert. An der Beseitigung von Problemen in der Armee wird an der Front und im Hinterland mit Hochdruck gearbeitet.
- Die Staatsduma, der Föderationsrat, die Betriebe mit ihren Belegschaften, die im Dreischichtsystem arbeiten, und die Soldaten an der Front haben die gestellten Aufgaben mit Hingabe erfüllt und dafür den größten Dank des Präsidenten, des Staates und der Regierung erhalten.
- Die Streitkräfte der RF haben die Initiative fest in der Hand. In mehreren operativen Richtungen setzen sie ihre Offensive fort. Die RF, die den Krieg im Donbass nicht begonnen hat, wird alles tun, um ihn zu beenden und die Aufgaben der SO auch weiterhin zu lösen.

### zu Rußlands weltpolitischer Orientierung

- Rußland, als einer der führenden BRICS-Staaten, sucht den Ausbau dieser immer stärker werdenden multipolar agierenden Staatengruppe sowie den Verbund mit dem globalen Süden und Osten. Der Anteil der BRICS-Staaten an der Weltwirtschaft (in Kaufkraftparität) wird bis 2028 auf 36,6 Prozent ansteigen, während der Anteil der G7 auf 27,8 Prozent absinken wird.
- Rußland wird eine neue globale Finanzarchitektur auf einer fortschrittlichen technologischen Grundlage aufbauen, die frei von politischer Einmischung ist.

### zu nationalen Programmen

- Programm „Fachkräfte“: Entwicklung eigener Spitztechnologien und Stärkung der Verbindung aller Bildungsebenen;
- Programm „Jugend Rußlands“ – Konsolidierung der positiven Erfahrungen und Unterstützung junger Menschen;
- Programm „Familie“ – Verbesserung der Lebensqualität von Familien mit Kindern und Förderung der Geburtenrate;
- Programm „Langes und aktives Leben“ – Steigerung der Lebenserwartung: bis 2030 78 Jahre, in Zukunft 80+
- Programm „Ökonomie der Daten“ – Schaffung einer digitalen Plattform für alle sozialen und wirtschaftlichen Bereiche bis 2030, wofür bereits sieben Milliarden Euro eingeplant sind.

### zu Veränderungen im gesellschaftspolitischen Bereich

- Rußland sollte in naher Zukunft zu den vier größten Volkswirtschaften der Welt gehören.
- Bis 2030 sollen mindestens 40 % der mittleren und großen Unternehmen in Rußland die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität umsetzen.
- Ausbildung von einer Million Fachkräften in Arbeitsberufen für High-Tech-Industrien bis 2028
- Der Fonds für industrielle Entwicklung wird um 300 Milliarden Rubel aufgestockt und soll High-Tech-Projekte unterstützen (z. B. Flugzeugbau, Computer- und Kommunikationstechnik).
- Ausarbeitung neuer nationaler Projekte im Bereich der Technologien und Verdopplung von Investitionen durch den Staat und die Wirtschaft in Forschung und Entwicklung; (z.B. Industrieroboter)
- Rußland muß weltweit wettbewerbsfähige Entwicklungen, auch in den Bereichen Raumfahrt und Kerntechnik schaffen.
- Geplant ist, die Strategie zur Entwicklung der künstlichen Intelligenz zu aktualisieren.
- 116 Milliarden Rubel werden für die Entwicklung von Satellitenkonstellationen für den Internetzugang bereitgestellt.
- Bis 2030 sind 100 Technoparks zusätzlich zu schaffen.
- Erarbeitung einer dreijährigen Haushaltsplanung und sechsjährigen Finanzplanung sowie einer gerechteren Steuerlastverteilung (getrennt für Privatpersonen und Volkswirtschaft)

Mit dieser Ansprache des Präsidenten an die Nation haben die Bürger der Russischen Föderation Aufgaben und Ausblicke zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, zu ihrem Platz in der Welt, zur Verteidigung und Sicherheit sowie eine Orientierung für die anstehenden Präsidentenwahlen erhalten.

**Felix Bendix**  
Strausberg

# Rußland hat den Großraum EURASIEN im Blick

Vor einigen Wochen fiel mir ein – wie mir schien – von großer Bedeutung getragener Grundsatzartikel des russischen Wissenschaftlers Prof. Sergej Karaganow in die Hände. Karaganow, der Ehrenvorsitzender des russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik ist, beleuchtet darin aus unterschiedlichen Blickwinkeln Rußlands perspektivische Entwicklungsmöglichkeiten in den kommenden Jahrzehnten, die er explizit in der weiteren wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens sieht. Lange habe ich auf eine so fundierte und aktuelle Darstellung dieses Themas aus Rußland selber gewartet. Ich bin Prof. Sergej Karaganow dankbar dafür, daß er sich dieser schwierigen Aufgabe gestellt und seine diesbezüglichen Überlegungen veröffentlicht hat. Seine Aussagen interessieren mich deshalb besonders, weil ich bereits ab 1962 für längere und kürzere Aufenthalte – auch mehrfach – zur Weiterbildung, zum Erfahrungsaustausch und zu Besuch in den sibirischen Städten Jekaterinburg, Omsk, Nowosibirsk, Irkutsk und Ulan-Ude weilte und dabei mit den Lebensbedingungen, aber auch mit dem Denken der Bewohner unmittelbar in Berührung kam. Das, worüber Prof. Karaganow schreibt, habe ich z. T. schon damals mit eigenen Augen gesehen.

Meine erste Fahrt von Moskau nach Ulan-Ude dauerte sieben Tage, wodurch ich eine Vorstellung von der Größe Sibiriens bekam. Unser Zug verband dabei viele sibirische Städte miteinander, darunter Omsk, Tomsk, Nowosibirsk sowie Irkutsk. Er überquerte riesige kilometerbreite Flüsse, wozu auch die Selenga, die in den Baikalsee mündet, gehörte. Bereits im Zug gab es inhaltsreiche Gespräche mit unbekanntem, aber sehr herzlichen und aufgeschlossenen Menschen verschiedener Nationalitäten. Unsere Gruppe wurde trotz der minus 55 Grad Celsius mit großer Wärme aufgenommen.

Diese ersten Eindrücke bestätigten und vertieften sich bei den späteren Aufenthalten in dieser kaum erfassbaren „Region“. Die Menschen lebten dort einfach, unkompliziert, waren arbeitsam und ausgesprochen kommunikativ. Was sie versprachen, hielten sie und teilten, auch mit mir als Ausländer, das Letzte. In den dortigen Theatern und anderen Stätten der Kultur, Universitäten, Hochschulen und Industriekomplexen, die vor, während und nach dem 2. Weltkrieg erbaut wurden, fand ein pulsierendes Leben statt. Die Völker Sibiriens waren und sind eng mit dem russischen Volk verbunden. Ich hatte den Eindruck, daß sie ihr Sibirien liebten, aber gleichzeitig stets die Stärkung der Sowjetunion und später Rußlands – Armee und Flotte eingeschlossen – im Sinn hatten. Diese zutiefst ehrliche und mich überzeugende Haltung der Bewohner Sibiriens ist es, die heute in Verbindung mit den neuen patriotischen Zuwendungen aus dem russischen Westen und dem nahen Ausland tatsächlich die Basis für ein produktives,

hochgebildetes Sibirien mit modernen Industriekomplexen und einer dritten Hauptstadt bilden kann.

All das wird dazu beitragen, daß Sibirien zu einem Stabilitätsanker eines neuen eurasischen Rußlands wird.

Rußlands geografische und kulturelle Vorteile sind so etwas wie eine Garantie dafür, daß es nicht mit dem sinkenden Schiff Europa untergehen muß.

## Historisches und Gegenwärtiges

Professor Karaganow erläuterte in der Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ sein Konzept zur künftigen Entwicklung Rußlands, das wir in gekürzter Form dokumentieren. „Ende der 2000er Jahre diskutierten Sergej Karaganow sowie der heutige Verteidigungs-



Sergej Karaganow

minister Sergej Schoigu mit ihren Kollegen über Vorzüge und die Notwendigkeit von Rußlands östlicher Ausrichtung'. Die Konzepte und Entwicklungsschwerpunkte umfaßten ganz Sibirien und den Ural und damit eine einzige historische und wirtschaftliche Region. Diese Pläne wurden jedoch nicht umgesetzt, weil die Ausrichtung auf Asien und seine Märkte hauptsächlich über den pazifischen Fernen Osten verlief. Die in den 2010er Jahren eingeleitete Wende war nur teilweise erfolgreich, weil der Ferne Osten künstlich von dem viel bevölkerungsreicheren, industrialisierten und rohstoffreichen Westsibirien (Ural) abgekoppelt wurde. Dazu kam der ständig wirkende „Fluch des Kontinents“ – die Abgeschiedenheit von den Märkten. Die neue geostrategische Lage erfordert jetzt eine dringende Rückkehr zur „Hinwendung ganz Rußlands nach Sibirien“. Westeuropa wird für viele Jahre verschlossen sein und wohl nie wieder ein vertrauenswürdigere Partner Rußlands werden, während sich Asien rasant entwickelt.

„Der vom Westen provozierte und entfesselte Krieg (mit dem ukrainischen Maidan 2014) darf uns nicht von der Hinwendung nach Süden und Osten ablenken, denn dorthin verlagert sich das Zentrum der menschlichen Entwicklung. Diese neue Situation ruft dazu auf, zu unserer ‚Heimat‘ zurückzukehren. Eine mehr als 300 Jahre währende europäische Reise hat viel gebracht, ist aber lange her und hat ihren Nutzen erschöpft. In diesen drei Jahrhunderten haben wir die östlichen Wurzeln unseres Staates und unseres Volkes fast vergessen. Die Mongolen haben geplündert, aber sie haben auch die Entwicklung gefördert. In Widerstreit und Zusammenarbeit mit ihnen lernten wir viel von den Elementen ihrer Staatlichkeit, die es uns ermöglichte einen mächtigen zentralisierten Staat und ein kontinentales Denken aufzubauen.

Von Dschingis Khans Reich scheinen wir auch unsere kulturelle, nationale und religiöse Offenheit geerbt zu haben. Großrußland wäre nicht entstanden und hätte wahrscheinlich nicht in der russischen Ebene, die von Rivalen und Feinden aus dem Westen und Süden belagert wurde, überlebt. Schließlich erreichten die „Kosaken“ den Großen Ozean in sechs Jahrzehnten. Die Erschließung Sibiriens machte die alte Rus zu Großrußland. Die Ressourcen Sibiriens (Kaschmirwolle, Gold und Silber u.a. Mineralien) gestatteten den Aufbau und die Ausrüstung einer mächtigen Armee und Marine. Die Karawanen der nördlichen Seidenstraße mit chinesischen Waren für den Tausch gegen russische Pelze, spielten dabei eine wichtige Rolle. In Sibirien finden die dort lebenden Russen an, eng mit den Zugewanderten aus Zentralasien, den Bucharen, wie unser Volk sie damals nannte, zusammenzuwirken. Sibirien stärkte das Beste im russischen Charakter – kulturelle und nationale Offenheit sowie Willenskraft, russische Freiheit und großen Mut. Es wurde von Menschen aus Dutzenden Nationalitäten bevölkert und deren Kollektivismus machte es möglich zu überleben und sich zu entwickeln,

wie die Beherrschung des Weltraums u.a. Elemente des Landes beweisen. So entstand der Sibirier. Der bekannte Tjumener Journalist und Schriftsteller Omelchuk nennt Sibirien „das Gebräu des russischen Charakters“. Die Besten Rußlands erbauten in kürzester Zeit die Transsibirische Eisenbahn. Sie marschierten unter den Losungen „Der Sonne entgegen“ sowie „Vorwärts zum Großen Ozean“. Jetzt sollte es einen neuen Slogan geben: „Vorwärts zum Großraum Eurasien“. Für ihre Arbeit sollten wir den freiwilligen und unfreiwilligen Pionieren Sibiriens, darunter auch den Sträflingen in den Gulags, Dank sagen für ihren nicht voll gewürdigten Beitrag zur Entwicklung des sibirischen Territoriums. Sibirisches Öl, Getreide, Pelzmäntel, Pferde, militärisches Gerät aus Burjatien, der Mongolei, Tuwa und natürlich sibirische Regimenter spielten eine entscheidende Rolle bei dem Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg.

## Um zu überleben muß Rußland seine Möglichkeiten nutzen

Der wichtigste Beitrag Sibiriens zur gesamt-russischen Schatzkammer sind seine Menschen – mutig, zäh, stark, aktiv. Es ist nicht nur notwendig, die Umsiedlung von Russen aus dem Westteil nach Sibirien (darunter auch aus den wiedervereinten Gebieten) zu fördern, sondern auch die Sibirier mit ihren Erfahrungen und dem Gefühl des nahen Asiens an die Spitze des Landes zu berufen. Die vom Westen ausgelöste Konfrontation, die dort stattfindenden, sozialen und anderen Zerfallsprozesse Westeuropas zeigen deutlich, daß Rußlands Zukunft im Osten und im Süden liegt, wohin sich das Zentrum der Welt verschiebt. Wir sind Zeugen der Geburt einer neuen Welt und auch zu ihrer Hebamme geworden, nachdem wir die europäisch-westliche Hegemonie – die damalige militärische Überlegenheit – überwunden hatten. Jetzt wehren wir den hoffentlich letzten Angriff des untergehenden Westens ab, der nach den Niederlagen auf den Schlachtfeldern der Ukraine versucht, die Geschichte zurückzudrehen. Wir müssen diese Schlacht gewinnen – auch unter Androhung von Gewalt. Dies ist nicht nur für den Sieg des Landes notwendig, sondern auch um zu verhindern, daß die Welt in einen Dritten Weltkrieg abgleitet. Der Kampf mit dem Westen darf uns aber nicht von den wirklich wichtigen Aufgaben ablenken, wozu die Entwicklung und der Aufstieg des gesamten Ostens des Landes gehört. Nicht nur die geoökonomische und geopolitische Entwicklung, sondern auch der unvermeidliche Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten wird die Notwendigkeit diktieren und die Möglichkeit sowie den Vorteil, eine neue sibirische Wende ganz Rußlands zu bewerkstelligen, beweisen. Dazu muß das Zentrum seiner geistigen, menschlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nach Osten verlagert werden. Die Bodenschätze Sibiriens, seine reichen

Ländereien, Wälder und der Reichtum an sauberem Süßwasser sind dazu berufen, zu einer der wichtigsten Grundlagen der eurasischen Entwicklung zu werden, wobei moderne Technologien und vor allem die sibirischen Menschen zum Einsatz kommen. Bisher liefern wir vor allem Ressourcen mit einem niedrigen Verarbeitungsgrad. Die Aufgabe besteht darin, gesamt-russische, moderne vollumfängliche Produktionskomplexe unter staatlicher Aufsicht aufzubauen und dabei die Flut von Aufträgen an die Rüstungsunternehmen zu nutzen. Wäre Peter der Erste heute am Leben, hätte er sicherlich eine neue Hauptstadt in Sibirien gegründet und ein großes Fenster nach Asien bauen lassen. Neben Moskau und St. Petersburg braucht Rußland eine dritte, eine sibirische Hauptstadt. Die militärisch-strategische Situation, die sich in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird, erfordert dies. Es liegt in unserer Macht und in unserem Interesse, das kolossale Humankapital Rußlands zu nutzen, um unnötige Hindernisse zwischen dem sibirischen Hinterland, den großen Verwaltungszentren und dem übrigen Rußland zu beseitigen.

Wir brauchen eine sibirische Strategie für ganz Rußland, nicht nur für den Ural, Sibirien und den Fernen Osten. Die Strategie sollte nicht so sehr mit trockenen wirtschaftlichen Berechnungen beginnen, sondern mit der geistigen und kulturellen Rückkehr der großartigen, atemberaubenden Geschichte der Erforschung des asiatischen Rußlands in das Zentrum der russischen Identität. Die Geschichte Sibiriens, voll von Romantik, Triumphen und Abenteuern, sollte ein Teil jedes Patrioten unseres Landes sein. Während die US-Amerikaner ihren Westen durch Völkermord eroberten, haben sich die Russen mit den Eingeborenen vermischt. Die Geschichte der Erkundung Sibiriens und der russisch-chinesischen Beziehungen, die nun de facto zu Verbündeten wurden, werden die Grundlagen für die neue Weltordnung bilden.

## Pläne und Vorhaben

Es sollten neue Meridionalrouten gebaut werden, die Südsibirien mit der Nördlichen Seeroute verbinden und die über China nach Südostasien führen. Der Ural und die westlichen Regionen Sibiriens sollten einen wirtschaftlich effektiven Zugang nach Indien, anderen Ländern Südasiens und zum Nahen Osten erhalten. Erfreulicherweise haben die Arbeiten an der Eisenbahnlinie, die Rußland, einschließlich der sibirischen Regionen, über den Iran mit dem Indischen Ozean verbinden soll, endlich begonnen. Es ist notwendig, Sibirien mit seinen Wasserressourcen zu erschließen und dabei die wasserarmen, aber arbeitsintensiven Länder Zentralasiens einzubeziehen.

Der größere Mangel an Arbeitskräften sollte teilweise durch die massenhafte Anwerbung fleißiger und disziplinierter Nordkoreaner u.a. williger und fähiger Ausländer ausgeglichen werden.

Wir brauchen dazu auch ein nationales Programm für die Entwicklung der Orientalistik, mit Kenntnis der orientalischen Sprachen, Völker und Kulturen. Das kulturell und religiös offene Rußland hat hier einen enormen Wettbewerbsvorteil, den es von seinen nicht versklavten Vorfahren geerbt hat, die, im Gegensatz zu den Europäern, auf ihrem Weg nach Osten lokale Völker und Kulturen absorbierten. Auch mit dem in den kommenden Jahrzehnten unvermeidlichen Klimawandel wird Sibirien den Bereich des bequemen Lebensraums erweitern. Die Natur selbst lädt uns zu einer neuen sibirischen Ostverschiebung Rußlands ein. Mit der Schaffung und Umsetzung des Programms der Ostverschiebung Rußlands kehren wir nicht nur zur Quelle unserer Macht und Größe zurück, sondern wir eröffnen auch neue Horizonte für uns und künftige Generationen, wir schaffen und verwirklichen den wiedergeborenen russischen Traum: das Streben nach der Größe des Landes, nach Wohlstand und Willen – die russische Freiheit, um das Beste in uns zu verkörpern – den russischen Geist.“

**Dr. h. c. Gerhard Giese**

# Die Beziehungen Rußland – China und China – USA

**M**oskau und Peking werden als Handels- und Wirtschaftspartner füreinander immer wichtiger.

Kirill Babajew, Direktor des Instituts für China und das moderne Asien an der Russischen Akademie der Wissenschaften, erklärte am 7.3.24 gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, daß Rußland und China längst nicht nur Partner im militärisch-strategischen Sinne, sondern auch wichtige Handels- und Wirtschaftspartner füreinander sind. Eine kritische Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von China, vor der westliche Analysten so gerne warnen, ist seiner Meinung nach nicht zu erwarten. Zudem wolle sich Moskau auch um andere Märkte – Iran, die arabischen Staaten und Indien – bemühen.

Dagegen warf der chinesische Außenminister Wang Yi den USA vor, den Aufstieg Chinas in der Welt eindämmen zu wollen. Er beschuldigte Washington, Sanktionen gegen chinesische

Unternehmen in einem „verwirrenden“ Ausmaß zu verhängen und verwies auf Pekings Widerstand gegen den US-amerikanischen „Unilateralismus und Protektionismus“.

Weiter stellte Wang fest, daß die Beziehungen zwischen China und den USA zwar noch „entscheidend“ seien, betonte aber zugleich, daß sich diese zu Rußland in den kommenden Monaten vertiefen und bedeutend verstärken werden. Bereits 2023 habe der bilaterale Handel den Rekordwert von 240 Milliarden US-Dollar erreicht. Wang wies darauf hin, daß chinesische Haushalte mit russischem Erdgas versorgt würden, während neuerdings viele chinesische Autos auf russischen Straßen fuhren.

Die Beziehungen zwischen den USA und China hätten sich seit dem Treffen von Xi mit Präsident Joe Biden im November 2023 leicht entspannt, Biden hätte sogar versprochen, das Unabhängigkeitsbestreben Taiwans nicht zu unterstützen. Da die Realität anders aussieht,

warnte Wang: „Wer auch immer die Unabhängigkeit Taiwans unterstützt, wird sich daran verbrennen, denn China wird niemals erlauben, daß sich Taiwan vom Festlandenspaltet.“ Der chinesische Außenminister äußerte sich auch zu den Konflikten in der Ukraine und im Gazastreifen sowie über die Beziehungen Chinas zu Europa. Dabei sah er eine „trendhafte Entwicklung, hin zu einer multipolaren Welt“. Letztere könne nicht mehr von der Hegemonie Washingtons dominiert werden. Zur Unterstützung der Multipolarität konzentriere sich Chinas Außenpolitik zunehmend auf den globalen Süden. „Der globale Süden ist nicht mehr nur die schweigende Mehrheit, sondern eine wichtige Kraft zur Reformierung der internationalen Ordnung“, erklärte der Politiker.

**RF**

*Gestützt auf Nachrichtenagentur RIA Nowosti, 8.3.24*

# Neue Seidenstraße – Afrika hat den größten Nutzen des chinesischen BRI-Engagements

Der Ende Februar veröffentlichte 20seitige Gemeinschaftsbericht „China Belt and Road Initiative (BRI) Investment Report 2023“ des australischen Think-tanks „The Griffith-Asia-Institute“ in Brisbane und des „Green Finance & Development Center“ der Fanhai International School of Finance (FISF) in Shanghai zeigt zwei herausragende Punkte: zum einen, daß Pekings Investitionen 2023 mit 34 % im Energiesektor die umweltfreundlichsten seit Beginn der Belt & Road Initiative im Jahr 2013 darstellen und zum anderen, daß der afrikanische Kontinent der größte Empfänger chinesischer Investitionen ist. Zum zehnjährigen Bestehen der Seidenstraßen-Initiative beweist sich das solidarische Engagement Chinas für den afrikanischen Kontinent, sichtbar nicht nur in der jahrzehntelangen Tradition der Neujahrs-Reisen des jeweiligen chinesischen Außenministers in mehrere afrikanische Länder, sondern daß die seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre veranstalteten Foren der chinesisch-afrikanischen Zusammenarbeit (FOCAC) – im Herbst in Beijing in 9. Auflage – kontinuierlich mit den Entwicklungsplänen der afrikanischen Partner koordiniert und verzahnt werden. Um nur ein aktuelles Beispiel im Rahmen der Ernährungskrise zu erwähnen: Im Oktober 2023 verstärkte China sein Engagement mit einer Kreditvereinbarung von über 600 Mio. Dollar an die Afreximbank. Und um das Potential von kleinen und mittleren Unternehmen PMU zu fördern, stellte die China Development Bank CDB der Afreximbank einen Kredit von 400 Mio. Dollar zu Verfügung. Im Rahmen von BRI-Projekten hat China den Bau von

mehr als 6000 Kilometern Eisenbahnstrecke, über 6000 Kilometern Autobahnen und mehr als 80 großen Energieanlagen auf dem afrikanischen Kontinent unterstützt, so der kongolische Professor Antoine Roger Lokongo. Dem Investment-Report nach umfaßt das chinesische Engagement 212 Projekte in Höhe von 92,4 Mrd. Dollar (2022 74,5 Mrd. Dollar) in Afrika. Das Investitionsvolumen betrug 2023 21,7 Mrd. Dollar, was einen Anstieg der Investitionen um 114 Prozent (bei Infrastruktur um 47 %) bedeutet, nachdem im Jahr zuvor die subsaharische Investitionstätigkeit zugunsten der Bautätigkeit zurückgegangen war. Dabei ist aus dem Report von „Megatrend“ zu sehen, daß mehr als 500 chinesische Unternehmen auf dem afrikanischen Bauplatz für „grüne“ Energie präsent sind. Gemessen an den Umsätzen der 250 größten, nehmen sie einen Anteil von 61,9 Prozent ein. Bereits im ersten Halbjahr 2023 stiegen die chinesischen Investitionen um 130 Prozent auf über 4 Mrd. Dollar und die kreditgestützten Infrastruktur-Verträge um 63 Prozent auf 6,3 Mrd. Dollar. Dabei wuchsen die Investitionen im Technologie-Sektor um sagenhafte 1046 Prozent. Zehn Jahre nach Gründung der BRI hat das kumulierte BRI-Engagement die Marke von 1 Billion US-Dollar erreicht, wobei etwa 634 Mrd. USD auf Bauverträge und 419 Mrd. USD auf nicht-finanzielle Investitionen entfallen. Im Oktober 2023 hatte der chinesische Präsident Xi Jinping für die kommenden Jahre kolossale 100 Mrd. Dollar angekündigt, jeweils aufzubringen von der Chinesischen Entwicklungsbank und der Afreximbank, dazu 11 Mrd. für den Seidenstraßen-Fonds.

Unter den Top 5 der Länder mit dem größten Wachstum des chinesischen Engagements im Rahmen der Seidenstraßen-Initiative, befinden sich Namibia mit einem Zuwachs um 457 Prozent und Tansania mit 415 Prozent, was u.a. auf die Jagd nach Seltenen Erden zurückzuführen ist. Tansania wird ab nächsten Monat den Export von unverarbeitetem Lithium verbieten. Namibia hat bereits seit Anfang des Jahres den Export einer ganzen Palette Seltener Erden (Lithium inclusive) verboten, das nunmehr im Lande zu „veredeln“ ist, was den Bau dementsprechender Anlagen erforderlich macht. Tendenzen lassen darauf schließen, daß chinesische Unternehmen weiterhin auf die Entwicklung von Infrastruktur orientiert sind, aber mit der im Vergleich zu „construction“ überwiegenden Investitionstätigkeit (52 %) zunehmend Risiken eingehen. Dabei sind politikorientierte Versicherungsunternehmen wie die China Export and Credit Insurance Corporation oder Sinosur ein wichtiges Medium, um Märkte zu entwickeln und Finanzierungen zu vermitteln, aber auch potentielle Risiken zu evaluieren und ökonomische Verluste zu vermeiden.

Die 2013 von China gegründete BRI hat in ihrer nachhaltigen „grünen“ Orientierung offiziell „fünf Ziele“: die internationale Politik zu koordinieren, die Einrichtungen zu verbinden, den ungehinderten, d.h. sanktionsfreien Handel wie auch die finanzielle Integration sowie die zwischenmenschlichen Beziehungen (Tourismus etc.) zu fördern.

Zwei Drittel der beteiligten Länder zogen zum 10. Jubiläum eine positive Bilanz.

Georges Hallermayer, 2.3.24

## Celac-Gipfeltreffen mit klaren Reden und Bekenntnis für den Frieden

Das achte Gipfeltreffen der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (Celac) ist am 2.3.24 in St. Vincent und den Grenadinen zu Ende gegangen. Zentrale Themen waren die Friedensprozesse auf dem Subkontinent, regionale Integration, Solidarität mit Palästina und Kuba sowie die wachsende Rolle der Celac im regionalen und internationalen Rahmen.

Der Gemeinschaft gehören alle souveränen Staaten Amerikas außer den USA und Kanada an.

Seit ihrer Gründung im Jahre 2011 hat sich die Celac immer mehr zu einem politischen Gegengewicht zu der von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) entwickelt. Um auch zwischen den Konferenzen verstärkt aktiv zu bleiben und Koordinationsaufgaben beim jährlichen Wechsel der Präsidentschaft wahrzunehmen, wurde erneut die Bildung eines Generalsekretariats angeregt. Die Mehrzahl der 33 Mitgliedsländer waren mit Präsidenten und Regierungschefs vertreten. Die politisch rechts orientierten Staatschefs aus Argentinien, Paraguay, Ecuador und Uruguay

waren nicht anwesend und hatten lediglich Diplomaten aus der zweiten Reihe entsandt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, hob in seiner Rede die wichtige Rolle der Celac-Staaten bei den Friedensprozessen in der Region hervor:

„Lateinamerika und die Karibik haben gezeigt, daß es möglich ist, sich wirkungsvoll für den Frieden zu vereinen.“ Als Beispiel nannte er die Friedensprozesse zwischen Regierung und Guerrillabewegungen in Kolumbien, die von Ländern der Region aktiv begleitet werden. Er lobte auch, daß sich Venezuela und Guyana in einer gemeinsamen Erklärung zur friedlichen Beilegung des Konflikts um die Region Esequibo verpflichtet haben.

Die Präsidenten von Brasilien und Venezuela, Luiz Inácio Lula da Silva und Nicolás Maduro, forderten ein Ende des „Völkermordes am palästinensischen Volk“. Kolumbiens Präsident Gustavo Petro erklärte: „Die Komplizen von Völkermord kommen, um uns über Demokratie aufzuklären.“ Des Weiteren beschuldigte er „Deutschland, Frankreich, die Europäische

Union, Großbritannien und vor allem die USA, den Völkermord zu unterstützen“.

Der Gipfel unterstützte die UNO-Resolution, die eine sofortige Feuerpause in Gaza, die Freilassung aller Geiseln und die Unterstützung einer Zweistaatenlösung verlangt. Allerdings unterschrieben nur 24 der 33 Mitgliedsstaaten diese Erklärung. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem Brasilien, Kolumbien, Kuba, Venezuela, Mexiko, Honduras und Nicaragua sowie fast alle Länder der Karibik, „nicht überraschend fehlte Argentinien“, hieß es dazu in Medien.

Einmal mehr wurde die sechs Jahrzehnte andauernde Blockade Kubas durch die USA verurteilt und in Anlehnung an die UNO-Resolutionen ihre Aufhebung verlangt. Die 33 Mitgliedsstaaten forderten zudem, „Kuba von der von Washington willkürlich erstellten Liste der Staaten zu streichen, die den Terror unterstützen“. Die Sanktionen wirkten sich auf den „gesamten Kontinent“ aus.

Michael Roth, Santiago  
Redaktionell gekürzt  
Quelle: amerika21, 6.3.24

# In Davos wurde ein Populist von der Leine gelassen

Vom 15. bis 19. Januar 2024 fand in Davos das 54. Weltwirtschaftsforum statt. „Wiederaufbau des Vertrauens“ lautete das Motto des jährlichen Treffens der Wirtschaftsgrößen und Lobbyisten mit Politikern. Über 100 Regierungen waren gekommen, aus Deutschland reisten Wirtschaftsminister und Vizekanzler Habeck, Außenministerin Baerbock, Finanzminister Lindner und Forschungsministerin Stark-Watzinger an. Sie waren Garanten dafür, das Motto zu verfehlen. Die Gruppe der Werte-Teilnehmer vertrat Eliten, die geradezu scharf auf Krisen sind, weil sie ihnen Extraprofite bescheren. Stunden vor Beginn des Forums hatte Oxfam berichtet, daß die Milliardäre ihr Vermögen seit 2020 um 34 Prozent steigern konnten. Sie wurden um insgesamt 3,3 Billionen US-Dollar reicher, während die ärmeren 4,77 Milliarden Menschen im selben Zeitraum rund 20 Milliarden US-Dollar verloren.

Das Weltwirtschaftsforum war alles andere als ein Erfolgserlebnis für die West-Eliten. Führende West-Medien orakelten von einem Auslaufmodell. Die Stimmung unter den Wirtschafts- und Finanzbossen des Abendlandes ist nicht gut, sie erwarten stürmische Zeiten. Infolge dessen wurde das Klima-Thema vernachlässigt. In Europa, in den USA und im Vereinigten Königreich wird 2024 gewählt. Die West-Eliten befürchten, daß künstliche Intelligenz Desinformationen erzeugt und ihre Regierungen darauf falsch reagieren könnten. Sorgen bereiten ihnen die auseinanderlaufende Entwicklung von westlichen Industriestaaten und Dritte-Welt-Ländern. Der Krieg Israels in Gaza hat ihre Unruhe noch verstärkt. Die Angriffe der Huthi-Rebellen im Jemen auf den Schiffsverkehr im Roten Meer treffen sie mehr als anfangs vermutet. Containerschiffe müssen den langen Weg um das Kap der Guten Hoffnung nehmen. Die Volksrepublik China und die Russischen Föderation haben dieses Problem nicht. Sie nutzen die nördliche Seeroute in der Arktis, die sie aufgebaut haben.

Unter den Geladenen des Weltwirtschaftsforums befand sich auch der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij. Er bekam sein Podium. Er forderte mehr Geld, Waffen und Munition. Er war dagegen, den Krieg einzufrieren, denn Putin sei ein Raubtier, das sich nicht mit Tiefkühlprodukten zufriedengäbe. Die Rüstungsaktionäre und die Waffenhändler applaudierten.

Der Präsident Argentiniens Javier Milei ist ein Neuling auf der politischen Bühne. Auch ihn hatten sie nach Davos eingeladen, weil sie sich von seinem Auftritt eine Menge versprochen. Am 10. Dezember 2023 trat Milei sein Amt in Buenos Aires an. Der argentinische Schauspieler, Regisseur und Moderator Diego Ramos bezeichnet ihn als Populisten. Den Populismus probierte Milei im eigenen Land aus. Mit der Kettensäge in der Hand führte er seinen Wahlkampf. Milei impfte dem Wahlvolk ein, sich dem großen Feind,

„der politischen Kaste“, entgegenzustellen und begann seine Amtszeit mit Radikalreformen. Er legte sofort mit einem radikalen Sparkurs los. Ministerien wurden gestrichen, Beamte entlassen, Subventionen gekürzt, dazu die Währung massiv abgewertet. Arbeiterrechte sollen flexibel gestaltet und Staatsbetriebe privatisiert werden. Der aus seiner Sicht übergriffige Staat soll auf ein Minimum reduziert werden. Auch außenpolitisch änderte Milei Argentiniens Kurs. Er schlug die Einladung des Beitritts zu BRICSplus aus. Er bekundete seine Solidarität mit Israel und rechtfertigte dessen Recht auf „legitime Selbstverteidigung“. In Davos schloß er Freundschaft mit Selenskij. Mit seinem außenpolitischen Kurs steht Milei fast allein in Lateinamerika da. Seine Amtskollegen aus Bolivien, Brasilien, Chile, Honduras, Kolumbien, Kuba, Nicaragua und Venezuela vertreten andere Positionen.

„Der Westen ist in Gefahr, weil in dieser Hemisphäre eine Vision der Welt vorherrscht, die zum Sozialismus führt“, verkündete Milei. Er behauptete, daß die Zeit des größten Wachstums, des größten Wohlstands und des größten Weltfriedens angebrochen sei. Er ignorierte dabei die offenen und verdeckten Kriege überall auf dem Planeten. Milei stufte die Erhebung von Steuern für die Wirtschaft als eine Form von Zwang durch den Staat ein. Er betonte, daß „soziale Gerechtigkeit nicht zum allgemeinen Wohlergehen beiträgt“.

Nach seiner libertären Show in Davos mußte Milei wieder regieren und mit den Mitteln des Staates, der eigentlich das Problem ist, für „Ordnung sorgen“. Denn es brodelte im Silberland, in Buenos Aires ist die Luft nicht sauber für ihn. Die Inflationsrate stieg auf 240 Prozent. Das Geld ist nichts mehr wert. Die neue Politik trifft vor allem die Arbeiterschaft, aber auch den Mittelstand. Es formiert sich Widerstand. Argentinien mächtige Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. Langsam begreifen viele, daß sie sich verwählt haben, als sie für einen Populisten stimmten.

Der Präsident Kolumbiens Gustavo Petro erhielt in Davos weniger Aufmerksamkeit, denn er vertrat ganz andere Positionen und war damit nicht der einzige. Er verurteilte den gegenwärtigen Kapitalismus und beschrieb das derzeitige Kooperationsystem zwischen den Ländern als „Almosen des Nordens an den Süden, die nicht zur Lösung des Problems beitragen“. Petro betonte, daß eine Änderung des globalen Finanzsystems notwendig sei, die eine Vereinbarungspolitik für Klimaschutzmaßnahmen festlegt, um das Leben auf dem Planeten zu retten. Er erklärte, daß die riskanten Länder nicht die Länder sind, die den Amazonas-Regenwald haben, sondern die nördlichen Länder, die ihn besitzen und ausrauben wollen. Ebenso betonte Petro die Notwendigkeit, saubere Energie zu erzeugen und sich für eine entkarbonisierte Wirtschaft einzusetzen. Der Präsident vertrat die Ansicht, daß die Abstimmungen im Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen „den Norden und den Süden politisch getrennt haben“, als es um die Frage Israel und Palästina ging.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sprach auch der chinesische Regierungschef Li Qiang. Er verkündete, daß die Wirtschaft seines Landes im vergangenen Jahr um 5,2 Prozent gewachsen sei und daß die Volksrepublik China an ihrer „grundlegenden nationalen Politik der Öffnung nach außen festhalten wird, unabhängig davon, wie sich die Weltlage verändert“. Der chinesische Premier kritisierte die zunehmende Tendenz zu Handelshemmnissen, mit dem Ziel, die Volksrepublik von wichtigen Technologien abzuschneiden. Er kündigte an, daß sein Land für ausländische Investoren noch attraktiver werden wird. „In China zu investieren, ist kein Risiko, sondern eine große Chance“, sagte er.

Li Qiang erklärte aber auch, daß die Volksrepublik ein Land ist, „das seinen Worten Taten folgen läßt, das seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt und den Multilateralismus standhaft unterstützt“. Kurzum: „China verdient das Vertrauen der Welt.“ Sein Vortrag kam bei den Politikerriegen und den Qualitätsmedien des Westens nicht gut an.

Li Qiangs Rede entsprach den Grundsätzen chinesischer Diplomatie, über die auf der Konferenz für Außenpolitik „Historische Verantwortung und globale Vision“ im Dezember 2023 in Peking beraten wurde. Dort ging man davon aus, daß die Welt derzeit in eine neue Phase der Turbulenzen und Transformationen eingetreten ist. Die generelle Richtung der Entwicklung und des Fortschritts der Menschheit wird sich jedoch nicht ändern. Der allgemeine Trend hin zu einer gemeinsamen Zukunft der internationalen Gemeinschaft bleibt unverändert. Sein Kern besteht darin, eine offene, integrative, saubere und schöne Welt des dauerhaften Friedens, der universellen Sicherheit und des gemeinsamen Wohlstands aufzubauen.

Multipolarität und Globalisierung werden als die Lösungen für die großen Probleme und Herausforderungen der Welt verstanden. China befürwortet eine geordnete multipolare Welt, in der alle Länder, unabhängig von ihrer Größe, gleichberechtigt behandelt werden. Die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen müssen beachtet werden. Die allgemein anerkannten Grundnormen der internationalen Beziehungen müssen von allen eingehalten und echter Multilateralismus praktiziert werden. China befürwortet eine allgemeine vorteilhafte und integrative wirtschaftliche Globalisierung, die den gemeinsamen Bedürfnissen aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, gerecht wird.

## Gibt es in Palästina einen Völkermord oder nicht?

Vier Lastwagen mit Mehl und anderen Produkten nähern sich, doch plötzlich regnet es Schrapnelle auf die Menschenmenge, die mehr Hunger als Hoffnung hat. Flugzeuge und Panzer tauchen auf, feuern und überrollen sogar die Körper der Verwundeten und Toten.

Diese ebenso danteske wie unvorstellbare Szene spielte sich am 28. Februar im Gaza-Streifen ab. Am Ende des Gemetzels stehen 112 Tote und mehr als 700 Verletzte bei der Blitzkriegsoffensive der israelischen Streitkräfte gegen die hungernden Palästinenser. Es scheint keine Rettung für ein Volk zu geben, das vor den Augen einer Welt abgeschlachtet wird, die mit Erstaunen zusieht, aber nichts unternimmt, um das Verbrechen zu stoppen. Seit die zionistische Regierung mit ihren Angriffen begonnen hat, wurden bereits mehr als 30 000 Menschen getötet und 60 000 verwundet.

So wird es bleiben, bis der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zur Beendigung des Massakers verabschiedet – gegen die die USA ihr Veto eingelegt haben –, so wird es bleiben, bis der Internationale Strafgerichtshof einen Waffenstillstand anordnet. Wird es dazu kommen?

Was an jenem Tag geschah, war ein Verbrechen an hungernden Kindern, die auf einen Teller Essen oder ein Glas Wasser warteten, um ihren Durst zu stillen. „HispanTV“ nannte es ein „Massaker in Zeitlupe“. Die Blockade der humanitären Hilfe bringt nach Angaben der Nichtregierungsorganisation „Save the Children“ mehr als 1 100 000 Kinder an den Rand des Todes.

Währenddessen erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin dem israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant, er sei „sehr besorgt über die Verhandlungen zur Freilassung der israelischen Geiseln“. Mit abscheulichem Zynismus kommentierte Israels nationaler Sicherheitschef Itamar Ben-Gvir, daß den „heldenhaften Kämpfern“ der israelischen Verteidigungskräfte, die in dem Gebiet operieren, „volle Unterstützung“ zuteil werden sollte, da sie „eine hervorragende Leistung gegen einen Mob in Gaza erbracht haben, der versuchte, ihnen zu schaden“, zitierte ihn RT. Und dennoch gibt es diejenigen, die es immer noch infrage stellen: Israel imitiert die Schrecken des größten bekannten Holocausts.

**Elson Concepción Pérez**

Quelle: internet@granma.cu, 1.3.24

## Genozidunterstützung – Deutschland droht Platz auf der Anklagebank

*Die Unterstützung Israels ist in Deutschland Staatsräson. Ein Erfolg der Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermordes vor dem IGH hätte auch juristische Konsequenzen für die Bundesregierung. In Deutschland wurden Anzeigen gegen Scholz, Habeck, Baerbock und Lindner wegen Beihilfe zum Völkermord erstattet.*

Das Verfahren des Internationalen Gerichtshofs (IGH) gegen Israel wegen Völkermord hat auch auf Deutschland Auswirkungen, denn die Unterstützung von Völkermord ist selbst ein Verbrechen. Bereits am 12. Februar hat Nicaragua angekündigt, Deutschland, Kanada, die Niederlande und Großbritannien wegen Unterstützung des israelischen Genozids an den Palästinensern vor dem IGH in Den Haag zu verklagen. Der niederländischen Regierung wurde per Gerichtsbeschluss die Lieferung von Kampfflugzeugen des Typs F-35 an Israel verboten. Die Bereitstellung von Waffen mache die liefernden Länder für damit verübte Verstöße gegen das Völkerrecht mitverantwortlich, heißt es in der Begründung. Das gilt selbstverständlich nicht nur für die Niederlande. Auch Deutschland liefert Waffen an Israel. Die Bundesregierung scheint sich über die Konsequenzen im klaren zu sein, sollte der IGH auch im Hauptverfahren der Klage Südafrikas recht geben. Dann hätte Deutschland einen Völkermord juristisch eindeutig aktiv unterstützt. Die Bundesregierung setzt daher darauf, ein entsprechendes Urteil zu verhindern.

Auch in Deutschland zieht man gegen die Unterstützungspolitik der Bundesregierung vor Gericht. Gegen die Mitglieder des Bundessicherheitsrates wurde beim Generalbundesanwalt Strafanzeige erstattet. Am 23. Februar reichte die Rechtsanwältin Nadija Samour im Namen palästinensischer deutscher Familien eine Anzeige ein. Der Bundesregierung, namentlich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) wird darin Beihilfe zum Völkermord vorgeworfen. Zuvor hat bereits der ehemalige CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer Anzeige erstattet. Die Anzeigen haben allerdings kaum Aussicht auf Erfolg. Die Staatsanwaltschaft in Deutschland ist nicht unabhängig, sondern politisch weisungsgebunden. Daher ist die Klage Nicaraguas von größerer Bedeutung. Sie schafft die Grundlage dafür, daß die deutschen Leugner des Völkermordes durch Israel an den Palästinensern juristisch zur Rechenschaft gezogen werden können.

**Kay Nietfeld**

Redaktionell gekürzt

Quelle: www.globallookpress.com, 29.2.24

## Gazakrieg beenden – Rüstungsexporte stoppen – sofortige humanitäre Hilfe

Erneut hat Südafrika wegen der humanitären Lage im Gazastreifen den Internationalen Gerichtshof (IGH) angerufen. Per Eilantrag soll er Israel anweisen, endlich ausreichend humanitäre Hilfsgüter in den Gazastreifen zu lassen. Denn dort sind eine Hungersnot und der Hungertod Tausender Menschen zur realen Gefahr geworden.

Die Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ begrüßt die neuerliche Initiative Südafrikas und betont, daß der Krieg im Gazastreifen umgehend beendet und humanitäre Hilfe in ausreichendem Maß allen Bewohnern zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Gazastreifen sind weltweit die meisten Kinder unterernährt. Viele haben bereits ihr Leben verloren – sind verhungert, dehydriert oder vergiftet, weil ihre Familien ihnen nur Tierfutter zu essen geben konnten. Die Lebensgrundlagen im Gazastreifen sind dauerhaft zerstört worden, das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen. Israelische Angriffe und Restriktionen verhindern die Versorgung der Bevölkerung, israelische Soldaten haben bereits mehrfach auf Menschen geschossen, die für Essen anstanden – so unter anderem beim sogenannten „Mehlmasaker“ mit über 100 Toten. Die Menschen im Gazastreifen kämpfen ums nackte Überleben – weil sie gezielt ausgehungert und von Strom, Treibstoff, sauberem Wasser und Medikamenten abgeschnitten werden. „Aushungern als Kriegswaffe“ nennt Human Rights Watch dies. Der IGH forderte Israel auf, einen Genozid zu verhindern.

Die Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ fordert ein sofortiges Ende des Krieges mit inzwischen über 30 000 Toten. Die Bundesregierung handelt verantwortungslos, indem sie lediglich mit leeren Floskeln und halbherzig Israel zur Zurückhaltung aufruft. Vielmehr hat sie mit dem Einfrieren von Geldern für das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge UNRWA selbst zur fatalen humanitären Lage im Gazastreifen beigetragen. Die im letzten Jahr verzehnfachten deutschen Rüstungsexporte an Israel, insbesondere nach Beginn des Krieges, sind Beihilfe zu Völkerrechtsverstößen, Kriegsverbrechen und Massenmord. Sie müssen umgehend eingestellt werden! Deutschland als Israels zweitgrößter Waffenlieferant steht gerade aufgrund seiner Geschichte in der Verantwortung alles zu tun, den absoluten Tiefpunkt der Menschlichkeit, der sich im Umgang mit der Bevölkerung des Gazastreifens zeigt, zu überwinden. Eine „ethnische Säuberung“ durch Vertreibung der Palästinenser in den Sinai ist nicht hinnehmbar. Der Nahostkonflikt kann nur mit einer Verhandlungslösung beendet werden, die die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und dessen weltweite Anerkennung beinhaltet.

8.3.24

**Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“**

*Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Rita Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl*

# Können sich die Ukraine und Israel auf Selbstverteidigung berufen?

Sowohl die Ukraine als auch Israel haben bei ihren noch immer andauernden Konflikten Selbstverteidigung nach der Charta der Vereinten Nationen geltend gemacht. Das ist nicht haltbar.

Artikel 51 lautet: (1)

„Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“ (2)

## Notwehr und Nothilfe nach Artikel 51 der UN-Charta

Der Artikel gewährt also im Falle eines bewaffneten Angriffs ein Recht zur Selbstverteidigung in Form von Notwehr und Nothilfe. Auf Nothilfe (kollektive Selbstverteidigung) berief sich Rußland 2022 nach einer Großoffensive gegen Donezk und Lugansk beim Einmarsch in die Ukraine, die aufgerüstet wurde, um gegen die beiden Volksrepubliken sowie gegen die nach einem Referendum zur Russischen Föderation gehörende Krim militärisch vorzugehen. Der UN-Sicherheitsrat wurde dementsprechend informiert, wie es Artikel 51 der Charta verlangt. (3)

Des Weiteren konnte sich Rußland bei seiner Intervention auf seine Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, kurz RtoP) für die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim berufen, ein völkerrechtlich allgemein anerkanntes Gebot zur Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen. (4) Nachdem die ukrainische Armee sowie Freiwilligenverbände und faschistische Truppen die Menschen in Donezk und Lugansk jahrelang beschossen und bombardiert hatten, wobei etwa 13 000 Menschen getötet wurden, wäre statt der überbordenden Polemik und Hetze zu prüfen gewesen, ob für Rußland bei seinem Vorgehen gegen die Kiewer Ukraine nach internationalem Recht RtoP wie auch Artikel 51 der UN-Charta in Betracht kamen. (5)

## Kiew und Israel

Auch die Ukraine und Israel berufen sich bei ihren Kriegen auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta. (6) Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in beiden Fällen der Tatbestand eines Genozids erfüllt ist. In Paragraph 6 des Völkerstrafgesetzbuches heißt es zum Völkermord: „Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, ein Mitglied der Gruppe tötet, einem

Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt, die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ... wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.“ (7)

Die Kiewer Regierung versuchte nach dem Maidan-Putsch seit 2014 einen innerstaatlichen Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, obwohl die Oblaste Donezk und Lugansk lediglich mehr Autonomie innerhalb der Ukraine forderten. Damit legte Kiew mit den USA im Rücken Feuer vor der Haustür Rußlands, woraus sich der verheerende Stellvertreterkrieg entwickelte (8), der nun schon ins dritte Jahr geht. Und die israelische Regierung führt unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einen mörderischen Ausrottungskrieg gegen die von ihnen besetzen palästinensischen Gebiete. Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 gibt Israel nicht das Recht, in völlig unverhältnismäßiger Weise gegen die palästinensische Bevölkerung vorzugehen, wobei es bereits zu zehntausenden von Toten und Verletzten gekommen ist. (9) Berücksichtigt man diese Umstände und Fakten, dann ist es sowohl der Ukraine als auch Israel nach internationalem Recht nicht möglich, sich bei ihren Kriegen auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen zu berufen. (...)

Die Kriege in der Ukraine und in Gaza müssen von der internationalen Gemeinschaft unverzüglich gestoppt werden, um diese entsetzlichen Gräueltaten zu beenden.

Dr. jur. Wolfgang Bittner

Göttingen

22.2.24

Redaktionell geringfügig gekürzt

## Hinweise und Quellen

(1) Siehe: [www.stern.de/panorama/video-vereinte-nationen-selenskyj-spricht-vor-sicherheitsrat-gegen-den-widerspruch-russlands-33846692.html](http://www.stern.de/panorama/video-vereinte-nationen-selenskyj-spricht-vor-sicherheitsrat-gegen-den-widerspruch-russlands-33846692.html). Sowie: Gazastreifen: Benjamin Netanjahu nennt israelische Aktionen „Selbstverteidigung“ – WELT

(2) <https://unric.org/de/charta/>

(3) Dazu Wolfgang Bittner, „Ausnahmestand“, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2023, S. 97 ff.

(4) Dazu: Andreas von Arnould: Völkerrecht. Heidelberg 2016, S. 134

(5) RtoP ist allerdings eine problematische Doktrin, die ursprünglich von den USA und der NATO ins Völkerrecht eingebracht wurde, um den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen.

(6) A.a.O.

(7) Völkerstrafgesetzbuch in der Fassung vom 26.6.2022; [www.gesetze-im-internet.de/vstgb/VStGB.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/vstgb/VStGB.pdf)

(8) Vgl. Wolfgang Bittner, „Der neue West-Ost-Konflikt“, Verlag zeitgeist, Hör-Grenzhausen 2019, S. 197–223[1] Israel hat – im Gegensatz zu 138 anderen Staaten – Palästina nicht als Staat anerkannt. Insofern ist das Vorgehen in Gaza für Israel kein Krieg gegen einen anderen Staat, aber aufgrund der Besetzung auch kein innerstaatlicher Konflikt.

(9) Israel hat – im Gegensatz zu 138 anderen Staaten – Palästina nicht als Staat anerkannt. Insofern ist das Vorgehen in Gaza für Israel kein Krieg gegen einen anderen Staat, aber aufgrund der Besetzung auch kein innerstaatlicher Konflikt.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm erschienen 2014 „Die Eroberung Europas durch die USA“, 2019 „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen“ sowie „Der neue West-Ost-Konflikt“ und 2021 „Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen“.

## Helmuth Hellge gestorben

Am 22. Februar vollendete sich das Leben eines der ältesten und treuesten Mitstreiter des „RotFuchs“. Im Alter von 101 Jahren starb Helmuth Hellge in Berlin.

Helmuth wurde am 6. Juli 1922 geboren und mußte als Soldat in den Krieg des deutschen Faschismus ziehen. Er kam in US-Kriegsgefangenschaft und kehrte von dort zu seiner Inge in das thüringische Dörfchen Kriebitzsch bei Altenburg zurück. Sie waren 75 Jahre lang miteinander verheiratet. Helmuth hat den Beginn seines Weges zum Pädagogen, leidenschaftlichen Propagandisten unserer Weltanschauung und zum Mitgestalter des Volksbildungswesens der DDR stets wie einen Zufall geschildert, in Wirklichkeit waren es Fleiß, Anstand und unerschütterliches Engagement für unsere Sache, die ihn zu einer großartigen Lebensleistung befähigten, wie sie nur in der DDR vorstellbar war. Helmuth, der eine Ausbildung zum Neulehrer machte, trat am 2. Januar 1946 das erste Mal vor eine Schulklasse. Es folgten bald verantwortungsvolle Aufgaben: Leiter der Grundschule in Kriebitzsch, Dozent der Pädagogischen Fachschule Gera, Leiter der Institute für Lehrerbildung in Meiningen und in Kyritz, Lektor beim Schulbuchverlag „Volk und Wissen“ und Redakteur der „Deutschen Lehrerzeitung“ – nicht zu vergessen: Gründungsmitglied des FC Union Berlin, dessen „Union-Magazin“ er von 1967 bis 1989 ehrenamtlich leitete.

Wir verneigen uns vor einem großartigen Leben.

Redaktion und Vorstand

# Fürst Metternich, Henry Kissinger und die „Kultur des Terrors“

## Das System der „Heiligen Allianz“ als ideologische Tarnung für die Herrschaft der Mächtigen

Clemens Wenzel Lothar von Metternich-Winneburg und Beilstein (1773–1859) aus einer alten katholischen Diplomatenfamilie in Koblenz stammend, wurde vom römisch-katholischen Kaiser Franz I. (1768–1835) mit der Präsidentschaft des Kongresses beauftragt. (...) Ein Ergebnis des Kongresses war der Deutsche Bund mit Österreich und dem wiederhergestellten Preußen als Eckpfeiler Europas. Der reaktionäre Adel und der Staatsapparat mit Metternich als unumstrittener Führer besorgten die politische Agenda. (...) Der aus einer orthodoxen jüdischen Familie



**Moses Hess (1812–1875) – Streiter gegen das Metternich-System des Terrors**

in Bonn stammende Moses Hess (1812–1875) (...) ist als Redakteur der Rheinischen Zeitung Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) begegnet und galt als hochbegabter, wenngleich widerspruchsvoller „Kommunisten-Rabbi“, zumal er in mehreren Schriften die gesellschaftlichen Zustände des Vormärz mit ihrer Handvoll von herrschenden deutschen und österreichischen Privilegierten und das Geldwesen als deren Goldenes Kalb scharf analysierte. (...)

1841 hat er das Buch „Die europäische Triarchie“ veröffentlicht, das mithelfen sollte, das Europa des Systems Metternich hin zu einer gemeinsamen Aufklärung mit sozialer Gleichheit zu transformieren. Für Moses Hess repräsentiert das Österreich des Metternich das Mittelalter mit seinem riesigen Spionageapparat gegen demokratische und revolutionäre Kräfte und mit seinem offenen Terror. Der Wiener Kongreß hat einen Teil Polens als Königreich Polen mit dem russischen Zaren als König anerkannt (Kongreßpolen). Metternich trägt die diplomatische Verantwortung für die Massaker an Polen, die sich in einem am 29. November 1830 in Warschau beginnenden Aufstand unabhängig machen wollten. Durch den sich ausbreitenden polnischen Freiheitskampf

sah Metternich das europäische „Friedenssystem“ unmittelbar bedroht. Die päpstliche Kurie kooperierte mit Metternich vorbehaltlos, sie beauftragte ihn sogar, apostolische Briefe an den russischen Zaren zu konzipieren. Es ist dokumentarisch nachgewiesen, daß Metternich zum Blutbad in Galizien 1846 direkt aufgehetzt und militärische Strafexpeditionen auf den Weg geschickt hat. (...)

Der Theologe Samerski hebt hervor, daß für Metternich „die angestammten dynastischen Herrscherhäuser, das politische Gleichgewicht der europäischen Mächte und die Unterstützung aller konservativen Kräfte“ Garanten für den Frieden und die Stabilität in Europa waren: „Dazu zählte er vor allem die katholische Kirche und das Papsttum als natürliche Stützen seiner konservativen politischen Vorstellung“. (...)

## Fürst Metternich als historisches Vorbild für die „Kultur des Terrors“

Mit Billigung der USA wurden am 16. November 1989 in San Salvador sechs Jesuiten ermordet, weil sie den Widerstand des Volkes gegen die „Kultur des Terrors“ als Nachfolger von Jesus Christus begleitet und unterstützt haben. Einer der Repräsentanten dieser „Kultur des Terrors“ war der aus einer alten, in Franken beheimateten jüdisch-orthodoxen Familie stammende Heinz Alfred (später Henry A.) Kissinger (1923–2023). Als heranwachsender Jugendlicher hat er mit seiner nahen Familie vor den Nazis im August 1938 über London nach den USA flüchten können. Die Laufbahn von Henry Kissinger als politischer Berater von Nelson Rockefeller (1908–1979) über die Harvard Universität bis hin in das Kabinett von Richard Nixon (1913–1994) ist bekannt. Weil Kissinger das Klavier des von den Händen der Reichen gelenkten US-Mediensystems brillant manipulieren konnte, wurde er als unersetzlich eingeschätzt. Seine an der Harvard Universität ausgearbeitete Publikation über Metternich ist nicht nur eine akademische Arbeit, vielmehr war sie eine Visitenkarte von Kissinger zur Rechtfertigung für die von ihm und seinesgleichen aus dem historischen Prozeß ableitbare Politik. Der bedeutendste, auch von Kissinger zitierte, Biograph von Metternich ist der Nobelnazi Heinrich Ritter von Srbik (1878–1951), der als Präsident der Wiener Akademie der Wissenschaften die Grausamkeiten des nationalsozialistischen Regimes als notwendig in Kauf genommen hat. (...) Kissinger formulierte jene Eigenschaften von Metternich, die er sich zu eigen gemacht hat: „Man mochte ihn verabscheuen, man konnte sich ihm aber nicht entziehen. Er war der Hohepriester der Heiligen Allianz und der anerkannte Interpret ihrer Maxime. Er war der Manipulator des Konferenzsystems, wo sich seine Gegner plötzlich durch geschicktes Um-drehen ihrer eigenen Vorschläge isoliert sahen. Daß die Angriffe gegen ihn oft mit besonderer Bitterkeit geführt wurden, zeigt, wie sehr

er im Mittelpunkt stand. In seiner Art, wie er anonym, hintenherum und indirekt operierte, lehrte er, daß Politik auf Wissen beruhen mag, ihre Verwirklichung aber eine Kunst ist“.

Mit Blick auf den Einsatz der US-Atomwaffen zur Eröffnung des Kalten Krieges in Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1946) diente er sich seit Mitte der 50er Jahre den herrschenden Machteliten als Atomwaffenstrategie an, was J. Robert Oppenheimer mißlich aufgefallen ist. Im Dezember 1956 hat die NATO entschieden, ihre Truppen in Europa mit taktischen Atomwaffen, deren lebenszerstörende Wirkung sich nicht von normalen Atombomben unterscheidet, auszurüsten. Der erzkatholische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer (1876–1967) bezeichnete diese daraufhin vor der Presse (5. April 1957) als eine „Weiterentwicklung der Artillerie“, um die im Verbund mit der NATO betriebene Wiederaufrüstung zu verharmlosen. Aus Anlass des 80. Geburtstages von Adenauer (5. Januar 1956) setzte ihn die katholische Zeitung „Rheinischer Merkur“ mit Fürst Metternich gleich. Während des Vietnamkrieges (bis 1975), in dem die USA seit 1964 zu Luft und am Boden die demokratischen Volksbefreiungskräfte bekämpfte, war für Kissinger das US-Massaker in Son My (16. März 1968) kein Anlaß zum Innehalten, vielmehr rief er offen zum Völkermord auf. Als Nationaler Sicherheitsberater, der er seit 1969 war, lautete seine barbarische Anordnung an die Luftwaffe des mächtigsten und reichsten Landes gegen die Befreiungsbewegung eines armen Landes: „Alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt.“ Vietnamesische Kinder wurden von US-Napalmbomben als Symbol des Antikommunismus erbarmungslos in Brand gesetzt. Nach all dem von Kissinger zu verantwortenden Elend erhielt er für die Beendigung des US-Völkermordes in Vietnam den Friedensnobelpreis (10. Dezember 1973), der vietnamesische Unabhängigkeitskämpfer Lê Đức Thọ (1911–1990) ließ sich von diesem norwegischen Komitee für europäische Werte nicht vorführen. Es besteht kein Zweifel, daß Henry Kissinger zu den führenden Terroristen des US-Imperiums gehörte.

Wenige Tage nach dem von den USA vorbereiteten Militärputsch in Chile gegen die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende (1908–1973) am 11. September 1973 wurde Kissinger mit dem Amt des Außenministers belohnt. Allende war einer der Begründer der Organisation für Lateinamerikanische Solidarität gewesen. Das von Augusto Pinochet (1915–2006) praktizierte Mörderregime fand den Beifall des Terrorfürsten Kissinger, der vorgab, als Intellektueller einen moralischen Kompaß zu haben. Diesen hat die US-Staatskirche so gesegnet, wie die katholische Staatskirche das System von Metternich gesegnet hat.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**  
Redaktionell gekürzt

Aus: „Zeitung der Arbeit, Wien, 18.8.2023

# Wahlbetrug in Pakistan

Vier Wochen nach den umstrittenen Wahlen vom 8. Februar hat der ehemalige Premierminister Shehbaz Sharif, Führer der Pakistan Muslim League (Nawaz) (PML-N) und Bruder des dreimaligen Ex-Premierministers Nawaz Sharif, am 3. März erneut das Amt des Premierministers übernommen.

Nachdem Khan wegen Kompetenzstreitigkeiten beim militärischen Establishment, das ihn 2018 an die Macht gehievt hatte, in Ungnade gefallen war, wurde er im April 2022 auf Druck und mit Hilfe der USA durch ein Mißtrauensvotum aus dem Amt gejagt. Für den Rest seiner Mandatsperiode bis August 2023 übernahm Shehbaz Sharif das Ruder. Reguläre Neuwahlen hätten laut Verfassung im Oktober 2023 stattfinden müssen, die von einer Technokraten-Regierung mit begrenztem Mandat innerhalb von drei Monaten organisiert werden müssen. Es gab aber ein Problem: Khan ist noch immer der beliebteste Politiker im Land. Er würde Wahlen zu gleichen Bedingungen gewinnen und erneut Premier werden. Das mußte verhindert werden.

## Die Rückkehr des Nawaz Sharif

Für das Militär war Khan inzwischen zu einer Bedrohung für das Establishment geworden. Nun sahen sie in Nawaz Sharif die beste Alternative als Regierungschef. Nawaz war gerade zum dritten Mal Premierminister, als sein Name in den Panama Papers auftauchte. Er wurde kurzerhand verhaftet. 2019, nachdem er ein Jahr seiner siebenjährigen Haftstrafe wegen Korruption verbüßt hatte, war er aus „medizinischen Gründen“ nach London gereist und nicht mehr zurückgekehrt, nachdem das Gericht ihn für vier Wochen auf Kautionsfreigelassen hatte.

Während Khan in Untersuchungshaft saß, landete im Oktober ein Flugzeug mit dem verurteilten flüchtigen Straftäter Nawaz und 150 Begleitern in Islamabad, wo er, obwohl noch ein Haftbefehl wegen Bestechung gegen lief, nach einem geheimen Deal mit dem Militär und der Justiz mit offenen Armen empfangen wurde. Er hinterlegte eine Kautionsfreigeleit und flog gleich weiter nach Lahore, seinem Heimatort, wo er abends eine Wahlrede vor seinen Anhängern hielt.

Die Sharifs kamen in den 80er Jahren durch die Schirmherrschaft des Militärdiktators Zia ul-Haq an die Macht. Nawaz ist der Patriarch der Sharif-Dynastie, die zu den reichsten Familien in Pakistan gehört und in fast allen Geschäftsbereichen tätig ist. Nicht nur Nawaz, auch seine Frau und seine beiden Söhne, die im Exil leben, sind wegen Korruption in mehreren Fällen angeklagt. Die Söhne werden mit Haftbefehl gesucht.

## Die Übergangsregierung und die Wahlkommission (ECP)

Während die politischen Parteien Wahlvorbereitungen trafen, haben die Übergangsregierung und die ECP sich darauf konzentriert, die Chancen der PTI auf einen Wahlsieg zu untergraben. Damit das Gelingen sollte, hat man die Wahlen aus fadenscheinigen Gründen erst einmal verschoben. Der gesamte Wahlvorgang wurde dann von der Wahlkommission zu Ungunsten von Khans PTI manipuliert. Die Wahlen sollten ohne den PTI-Vorsitzenden Khan und andere inhaftierte Parteiführer stattfinden. Die Übergangsregierung und ihre Wahlkommission, die in jeder Hinsicht ihre Kompetenzen überschritten, waren das zivile Gesicht für die militärischen Machthaber im Hintergrund. Innerhalb Pakistans wurden die Medien völlig mundtot gemacht, und es war verboten, Khans Namen zu erwähnen.

Die ECP hat aus fadenscheinigen Gründen

kurzfristig informieren konnten, wer von den zahllosen Kandidaten denn nun von der PTI aufgestellt worden war und wer nicht und welches Symbol er hatte. Dies vor dem Hintergrund, daß von den 128 Millionen Wahlberechtigten 35 % unter 35 Jahre und zudem viele Erstwähler waren.

Die Justiz und die Polizei gingen hart gegen die Kandidaten der PTI vor. Diese mußten ihren Wahlkampf unter ständiger Angst vor Verhaftungen und Schikanen durch die Polizei führen. Die Polizei hat Razzien durchgeführt und potentielle PTI-Kandidaten, ihre Familienangehörigen und Mitarbeiter verhaftet. Wahlkundgebungen der PTI waren stets von Polizeirazzien mit Schlagstockeinsatz und Verhaftungen begleitet. Die Einschränkung der Medien und die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung haben faire Wahlen unmöglich gemacht.

Imran Khan wurde in der Woche vor den Wahlen in drei gegen ihn konstruierten Verfahren

zu insgesamt 31 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anschuldigungen sind absurd. So auch die Verhängung einer siebenjährigen Haftstrafe gegen ihn und seine Frau Bushra Bibi wegen Schließung einer ungültigen Ehe, die angeblich gegen islamische Bräuche verstoßen habe. Khan und seine Frau waren tags davor bereits wegen Bestechung zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Weitere mehr als 100 (!) Klagen laufen noch. Die Verurteilung schließt Khan für 10 Jahre von der Ausübung öffentlicher Ämter aus. Nebenbei gesagt, Nawaz war bei seiner Verurteilung 2018 auf Lebenszeit davon ausgeschlossen worden.



Wahllokal in Lahore am 8. Februar

die PTI nicht als Partei zugelassen. Ihre Kandidaten mußten als „Unabhängige“ kandidieren. Das hatte erhebliche Nachteile: Auf den Wahlzetteln hat jede politische Partei ein Wahlsymbol. Die Kandidaten tragen ihre Parteisymbole neben ihren Namen, eine wichtige Orientierungshilfe für Wähler, die nicht lesen können. Den PTI-Kandidaten wurde die Verwendung ihres bekannten Wahlsymbols, ein Kricketschläger, verwehrt. Anstelle des Kricketschlägers wurde jedem PTI-Kandidaten ein anderes Symbol zugewiesen und er mußte eine individuelle Kampagne führen. So wurde die PTI von einer politischen Partei zu einer losen Gruppe von Einzelpersonen umgewandelt. Das sorgte für Verwirrung bei den Wählern und für zusätzliche Kosten für die Herstellung von separatem Wahlkampfmaterial. Den Parteien wurden insgesamt 150 Symbole verpaßt, 174 weitere erhielten unabhängige Kandidaten. Am Wahltag wurde das Internet abgeschaltet, um zu verhindern, daß sich die Wähler

## Wahlen vom 8. Februar

Trotz aller Schikane, oder gerade deshalb, ist die Wahl eindeutig zu Gunsten von Imran Khan ausgefallen. Die PTI hatte auf eine hohe Wahlbeteiligung gesetzt und so kam es auch. Offiziell gewannen die „unabhängigen“ Kandidaten der PTI 101 Sitze von den 266 zu wählenden Sitzen im Parlament. Die PML(N) von Nawaz Sharif erhielt 75 und die Pakistan Peoples Party (PPP) des Zardari-Bhutto-Clans bekam 54 Sitze. Aber die Ergebnisse wurden wahrscheinlich manipuliert. Die ersten inoffiziellen Ergebnisse zeigten, daß die Kandidaten der PTI die absolute Mehrheit erreichen konnten. Die Bekanntgabe der Endergebnisse verzögerte sich dann weit über die gesetzlichen Fristen hinaus. Es gab Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der einzelnen Wahllokale (auf einem Dokument, das als Formular 45 bekannt ist) und der endgültigen Auszählung im gesamten Wahlkreis (Formular 47). Unparteiische Beobachter berichten, daß es in mehr als zwei Dritteln der Wahllokale zu Verstößen gegen das Wahlgesetz

kam, die zu einer Fälschung des Wahlergebnisses führten. Die PTI ficht die Wahlen an. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Manipulationen vor und nach den Wahlen die schlimmsten seit 1971 waren. Sie waren von Gewalt, Internetausfällen und Manipulationsvorwürfen überschattet. Zudem wurde kein echter Wahlkampf geführt, bei dem es um Programme und Inhalte ging. Es ging immer nur um Persönlichkeitswettbewerbe sowie konfessionelle- und Stammeszugehörigkeiten. Im Parlament sind 70 Sitze für Frauen und religiöse Minderheiten reserviert, die den Parteien im Verhältnis zur Anzahl der gewählten Kandidaten zugeteilt werden. Da die PTI nicht als Partei zugelassen war, hat die ECP ihren Antrag auf anteilmäßige Zuteilung dieser Sitze abgelehnt. Sie bleiben aber nicht unbesetzt, sondern werden an die anderen politischen Parteien auf der Grundlage der von ihnen errungenen Sitze vergeben. Nach den Wahlen haben sich die (PML-N) und die PPP, auf Aufforderung des Militärs „politische Reife zu zeigen“, zusammengeschlossen, um die nächste Regierung zu bilden und die PTI und Imran Khan von der Macht fernzuhalten. Die Wahl für das Amt des Staatspräsidenten fand am 9. März statt. Der Präsident wird indirekt für eine Amtszeit von fünf Jahren von einem Wahlkollegium gewählt. Er muß laut Verfassung ein Muslim und mindestens 45 Jahren alt sein. Die Verfassung verleiht dem Präsidenten die Befugnis, Begnadigungen zu gewähren sowie die Kontrolle über das Militär.

Präsident wurde Asif Ali Zardari, der Witwer der 2007 ermordeten Premierministerin Benazir Bhutto. Dies ist seine zweite Amtszeit als Präsident. Wie Nawaz Sharif hat auch Asif Zardari ein langes Strafregister und saß insgesamt bereits 10 Jahre hinter Gittern, ohne aber jemals rechtskräftig verurteilt worden zu sein. Er gilt als gewiefter Geschäftemacher. Damit sitzen die beiden großen Ausbeuterfamilien Pakistans, die Sharifs und der Bhutto-Zardari-Clan, mit Hilfe der Generäle wieder fest im Sattel. Die Führung der Armee kann sich wieder auf ihre Geschäfts-, Handels- und Immobilieninteressen konzentrieren, ihre pensionierten Offiziere erhalten weiterhin Spitzenpositionen in der Verwaltung. Aber damit sind die Probleme Pakistans nicht gelöst. Im Gegenteil. Die Kräfte, die die Probleme verursacht haben, sind wieder an der Macht. Die Inflationsrate beträgt 30 %. Die Preise für Strom, Gas, Benzin, Lebensmittel, für alles, was ein Haushalt so braucht, sind erheblich gestiegen. Das Bildungssystem ist schlecht, die Gesundheitsversorgung und die Arbeitslosenunterstützung sind miserabel. 23 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule, 40 % der Kinder sind unterernährt. Viele Pakistaner haben kein sauberes Trinkwasser. Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Die Steuerlast ist ungerecht verteilt. Viele kleine Firmen können nicht überleben. Das Land selber steht am Rande des Staatsbankrotts, drei Viertel des Staatshaushalts gehen für Zinszahlungen drauf. Die Regierung muß schon

wieder einen Sechs-Milliarden-Kredit beim IWF beantragen. Dafür fordert der IWF eine 18-prozentige Grundsteuer auf Lebensmittel, Medikamente und Erdöl zu erheben. Weitere Preissteigerungen bei fallenden Löhnen stehen bevor. Grenzstreitigkeiten mit Indien und Afghanistan, Separatistenbestrebungen in Belutschistan und Terroristenanschläge im Land sind weitere ungelöste Probleme. Steigende Kosten, Beschwerden der Industrie, inflationsgeplagte Wähler, eine marode Wirtschaft und müde Gläubiger erwarten den neuen Premierminister. Der Spielraum für die Umsetzung von Reformen ist eingeschränkt.

Aber auch Imran Khan kann die Probleme Pakistans nicht lösen. Khan ist kein Sozialist und kein Marxist. Er stellt die Eigentumsverhältnisse nicht in Frage. Er ist zwar der am wenigsten korrupte Politiker im Land, aber er bewegt sich im Rahmen des neoliberalen Kapitalismus und hofft, mit Reformen und dem Kampf gegen das verhaßte, korrupte und unersättliche Establishment das Los der Ärmsten zu lindern. Auch Khan hatte während seiner Amtszeit die Pressefreiheit eingeschränkt und Gesetze zur Unterdrückung der Opposition erlassen. Nachdem er öffentlich erklärt hatte, er würde niemals einen IWF-Kredit beantragen, schickte er seine Leute nach Washington, um einen solchen zu erbitten und beugte sich den Austeritätsforderungen, die an die Vergabe geknüpft waren.

KLJ  
12.3.24

*Die Wahrheit ist so wenig bescheiden als das Licht [...] Bildet die Bescheidenheit den Charakter der Untersuchung, so ist sie eher ein Kennzeichen der Scheu vor der Wahrheit als vor der Unwahrheit. Sie ist eine der Untersuchung vorgeschriebene Angst, das Resultat zu finden, ein Präservativmittel vor der Wahrheit.*

*Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 1, Berlin / DDR 1978, S. 6.*

## Aufstieg und Fall von Dr. Najibullāh, Präsident Afghanistans von 1986 bis 1992

Najibullāh, von seinen Genossen „Najib“ genannt, wurde am 6. August 1947 in Kabul als Sohn einer paschtunischen Familie geboren. 1975 schloß er sein Medizinstudium an der Universität Kabul ab. Schon im Gründungsjahr 1965 war er in die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) eingetreten. Als Student gehörte er zu den wichtigen Agitatoren und Rednern bei studentischen Versammlungen. Schon zwei Jahre nach der Gründung spaltete sich die Partei in zwei Fraktionen (Partscham und Khalq). Nach dem Ende der Spaltung 1977 schloß er sich der Partscham-Fraktion der DVPA unter Führung von Babrak Karmal an. Kurz nach der April-Revolution 1978 kam es erneut zu einer faktischen Spaltung der Partei. Schon im Juli/August 1978 wurde die Partscham-Fraktion unter Babrak Karmal entmachtet. Najibullāh wurde als Botschafter der Demokratischen Republik Afghanistan nach Iran entsandt und nach etwa zwei Monaten aus

der Partei ausgeschlossen; er ging ins Exil in die Sowjetunion. Nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 kehrte er nach Kabul zurück. 1980 wurde er zum Präsidenten des Staatlichen Nachrichtendienstes KhAD ernannt. Während seiner Amtszeit folterte der KhAD gnadenlos die Anhänger der islamistischen Konterrevolution, auf Verdacht aber auch deren angebliche Sympathisanten, so wie ein Mitglied meiner Familie, das damals noch Schüler war. In einem Telefonat, das ich mit ihm am 11. Februar 2024 führte, berichtete er mir über die bei ihm angewandte Folter. Auch der Bruder des Staatssekretärs des Hochschulministeriums der Demokratischen Republik Afghanistan und Mitglied des Zentralkomitees der Hesbe Watan (Partei der Heimat) Abdullah Spantgar wurde verhaftet und gefoltert, wie dieser mir im Sommer 1992 erzählte. Aufgrund seiner Funktion konnte Spantgar seinen Bruder jedoch schnell aus der Haft befreien.

Wegen solcher Gewaltanwendungen, die unter Führung Najibullāhs praktiziert wurden, nannte man ihn „Gau“, d.h. Ochse. Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Michail Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Babrak Karmal war mit dem Eintreffen des sowjetischen Militärkontingents und mit der Beseitigung des Terrorregimes von Präsident Hafisullah Amin (10.10.–24.12.1979) an die Spitze von Partei und Staat getreten. Er galt als Garant für die Einheit der Partei und für die Versöhnung mit dem von Hafisullah Amin verfolgten Teil des Volkes. Von Gorbatschow wurde er als ein Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan angesehen. Daraufhin wurde Karmal am 5. Mai 1986 als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres auch als Vorsitzender des Revolutionsrates entlassen. An seiner Stelle wurde der Favorit Gorbatschows, Najibullāh, damals noch amtierender Präsident des

Staatlichen Nachrichtendienstes KhAD, zum Generalsekretär der DVPA und Vorsitzenden des Revolutionsrates gewählt.

Nach 1988 wurde ein Mehrparteiensystem eingeführt sowie in den Jahren 1989 und 1990 die traditionelle Ratsversammlung die „Loya Jirga“ abgehalten. Eine auf Säkularisierung orientierte Politik wurde gestoppt und der Islam zur Staatsreligion erklärt, 20 000 Mullahs (Geistliche) wurden in den öffentlichen Dienst aufgenommen, eine Islamische Universität wurde in Kabul gegründet und Pilgerreisen nach Mekka bezuschußt. Auf dem zweiten Parteitag der DVPA im Juli

in hohe Posten der Armee befördert. Diese verheerende Taktik hatte die Autorität des Präsidenten sowohl in der Partei als auch bei der Armee und bei der Volksmiliz untergraben. Im März 1990 hatte sein Verteidigungsminister, General Schah Nawas Tani, ein von ihm favorisierter Paschtune, gegen ihn geputscht. Der Aufstand war zwar am 6. März 1990 niedergeschlagen worden, aber sowohl das Ausmaß der Krise als auch die Tragik der Politik Najibullāhs waren sichtbar geworden. Als er auch noch seinen besten Milizenführer, General Abdul Raschid Dostum, brüskiert hatte, indem er dessen Stellvertreter,

für Verkehrspolizisten, vor dem Präsidentenpalast zur Schau.

Najibullāh lebte offenbar in der Vorstellung, die Taliban würden ihn schonen, weil sie ja auch Paschtunen wären. Damit hatte er sich selbst in der von ihm gestellten Falle verfangen. Als Folge seiner Flucht waren sowohl die Partei als auch der Staat führungslos geworden. Die improvisierte Führung um Außenminister Abdul Wakil hatte beschlossen, die Macht den Konterrevolutionären zu übertragen. So geschah es dann am 27. April 1992. Genau am Tag des Sieges der Aprilrevolution von 1978 wurde der Konterrevolution die Stadt Kabul kampflos überlassen. Daraufhin wurde Sebhatullah Modjadedi, der Exil-Präsident der Konterrevolutionären, erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan.

Das war ein historisches Versagen, ein verantwortungsloses Verhalten, wenn nicht ein Verbrechen der Führung der Hesbe Watan an den Parteimitgliedern, an den unzähligen kämpfenden und gefallenen afghanischen und 15 000 sowjetischen Soldaten sowie am afghanischen Volk, das nicht wiedergutzumachen war. Denn es gibt kaum eine afghanische Familie, die infolge des von den imperialistischen Mächten massiv geförderten Bürgerkrieges keine Opfer zu beklagen hatte. An diesem Scheitern der hoffnungsvoll begonnenen April-Revolution hatte Najibullāh mit seiner sektiererischen und eigenmächtigen Politik maßgeblichen Anteil.

Nach dem, was die afghanische Bevölkerung in den Jahren der Schreckensherrschaft der islamistischen Mudjahedin (1992–1996) und anschließend der Taliban (1996–2001) erleben mußte – die Zerstörung der größeren Städte, insbesondere Kabuls, unter anderem wurden viele Frauen geraubt und vergewaltigt, 55 000 unschuldige Menschen waren getötet worden – sehnten sich viele nach ihrem „Ochsen“. An den Hauswänden in Kabul war zu lesen: „Liebe Mudjahedin-Brüder, nehmt Eure Esel (damit waren deren Führer gemeint) mit und gebt uns unseren Ochsen zurück.“

Die Ameriko- und Euro-Afghanen, denen die USA und NATO 2001 am Hindukusch zur Macht verholfen haben, raubten und plünderten das Volk aus und transferierten die vielen Milliarden Dollars, die bis 2022 in das Land geflossen sind, in westliche und arabische Banken. Erneut wurde vielen Menschen bewußt, daß Najibullāh alles in allem doch besser gewesen war. Er genoß besonders in den Städten wieder Verehrung und Respekt. Immer wieder fand man Bildnisse und Porträts Najibullāhs in Teehäusern oder auf Plakatwänden. Für viele Afghanen steht er inzwischen für Modernisierung, für Bildung und die Elektrifizierung des Landes. Er gilt sogar als der letzte starke Präsident, der auch eine gut ausgebildete Armee geführt und die fanatischen, terroristischen, vom Ausland ausgebildeten und ausgerüsteten Islamisten bekämpft und das Land gegen das Afghanistan feindlich gesinnte Pakistan verteidigt hatte.

**Dr. Matin Baraki**

*Mehr zu dem Thema: Matin Baraki, Afghanistan: Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg, Köln, 2023, S. 53–75.*



**Mohammed Najibullāh zeichnet sowjetische Soldaten aus (1986)**

1990 wurde die Partei sozialdemokratisiert, von marxistischer Ideologie befreit und in Hesbe Watan umbenannt. Ab dieser Zeit wurden die revolutionären Reformvorhaben gestoppt, und es ging hauptsächlich um den Machterhalt. Najibullāh setzte verschiedene Maßnahmen durch, die ihm in breiteren Teilen der Bevölkerung Popularität verschafften. Die Frage des Patriotismus und einer Abkehr vom bis dato repressiven, elitenzentrierten und traditionsfeindlichen Kurs der DVPA wurden in den Vordergrund gerückt.

Najibullāh leitete eine Politik der nationalen Versöhnung ein und bot den Islamisten an, in allen wichtigen staatlichen Organen die Hälfte der Posten zu bekommen. Dem Führer der sogenannten Nordallianz, Ahmad Schah Masud, von der islamistischen konterrevolutionären Djamiat-e Islami, bot Najibullāh sogar den Posten des Verteidigungsministers an. Sowohl Masud, als auch die anderen islamistischen Parteiführer ignorierten dies jedoch und verstärkten statt dessen ihre terroristischen und militärischen Angriffe.

Die innerafghanische Ursache des Scheiterns der Politik Najibullāhs lag darin, daß er es nicht vermocht hatte, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einen; im Gegenteil, fast jedes Politbüromitglied der Partei hatte seine eigene Clique bzw. Fraktion gebildet. Um seine eigene Position zu stärken, hatte Najibullāh die ethnische Karte gespielt. Er hatte zahlreiche paschtunischstämmige Funktionäre

General Mohmen, durch den aus Paktya (der Heimatprovinz von Najibullāh) stammenden Paschtunen, General Abdul Satar, ersetzt hatte, verlor er einen weiteren entscheidenden Rückhalt in der Armee und damit war sein Schicksal besiegelt. Da seine verheerende Ethnisierung-Taktik ihn auch in der Partei isolierte hatte, stand nun der Kaiser nackt da! „Ich fühle mich einsam“<sup>1</sup>, wie Najibullāh dem damaligen Staatssekretär, Abdullah Spantgar, gegenüber gestand.

Ohne die Partei- und Staatsführung zu konsultieren oder regulär von seinen Ämtern zurückzutreten, schickte er seine Familie aus dem Land und versuchte im April 1992 mit Hilfe des UN-Beauftragten für Afghanistan, Diego Cordovez, in einer UN-Maschine das Land zu verlassen. Auf Anordnung des Politbüros wurde er aber von Einheiten des Generals Abdul Raschid Dostum am Kabuler Flughafen daran gehindert. Er flüchtete in die Kabuler UN-Vertretung. Dort blieb er bis zur Eroberung Kabuls durch die fundamentalistischen Taliban, die ihn am 27. September 1996 abholten, folterten und ermordeten. Den Leichnam stellten sie dann, aufgehängt an einer Betonplattform

<sup>1</sup> Najibullāh und Spantgar waren sich zufällig im Flur des Gebäudes des Zentralkomitees begegnet. „Was gibt es Neues Genosse Spantgar? fragte Najibullāh. „Es gibt Gerüchte, daß Sie aus dem Land fliehen wollen“, antwortete Spantgar. Daraufhin sprach dieser von seiner Einsamkeit.

## NVK-Jahrestagung: Chinas Regierung will Überkapazitäten verhindern

# Neue Qualität



Delegierte des Nationalen Volkskongresses (Foto: Photo/Xinhua)

Der Nationale Volkskongress (NVK) hat am 11. März seine Jahrestagung in Peking beendet. 2.900 Delegierte hatten eine Woche lang in der Großen Halle des Volkes getagt. Zum Auftakt stellte Ministerpräsident Li Qiang den Tätigkeitsbericht der Regierung vor. Li sagte, daß die Hauptziele für die sozioökonomische Entwicklung der Volksrepublik China im Jahr 2023 erreicht worden seien. Das Wirtschaftswachstum bezifferte er mit 5,2 Prozent, zudem seien im vergangenen Jahr 12,44 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Li Qiang benannte auch Entwicklungsziele für das laufende Jahr. Demnach wird ein BIP-Wachstum um fünf Prozent angestrebt. Weitere 12 Millionen neue Arbeitsplätze sollen geschaffen und die städtische Arbeitslosenquote bei etwa 5,5 Prozent gehalten werden. Li Qiang sprach zudem davon, daß die Regierung einen moderaten Anstieg der Verbraucherpreise um unter drei Prozent erwarte – bei einem gleichzeitigen Anstieg der Einkommen.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Zhao Leji, wies darauf hin, daß die Volksrepublik China in diesem Jahr am 1. Oktober den 75. Jahrestag ihrer Gründung feiert. Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, daß Zhao die Delegierten des Nationalen Volkskongresses dazu aufrief, entsprechend einer „auf das Volk ausgerichteten Entwicklungsphilosophie“ zu handeln, die „Volksdemokratie als Ganzes zu entwickeln“ und zur Modernisierung des Landes beizutragen.

Chinas Präsident Xi Jinping hob hervor, daß 2024 das entscheidende Jahr für die Erfüllung des 14. Fünfjahresplans (2021–2025) sei. Es komme nun darauf an, „Produktivkräfte neuer Qualität“ zu entwickeln, so Xi. Bei der Orientierung auf „Produktivkräfte neuer Qualität“ geht es darum, daß nicht

mehr quantitatives Wachstum im Vordergrund steht – Innovation soll künftig die Hauptrolle für das Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik China spielen. Wachstum soll sich durch hohe Effizienz und hohe Qualität auszeichnen, was bedeutet, daß beispielsweise Energieverbrauch und Umweltschäden minimiert werden. Die chinesische Regierung plant, die Ausgaben für Forschung

und Entwicklung stetig auszuweiten. Grundlagenforschung soll besonders gestärkt werden, wie Xinhua berichtet. Das Ziel sei, Durchbrüche bei den Kerntechnologien in Schlüsselbereichen zu erzielen.

Im laufenden Fünfjahresplan war bereits festgelegt worden, daß die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jedes Jahr um sieben Prozent steigen sollen. Auch das Bildungssystem wurde massiv ausgebaut: Im letzten Jahr verließen 11,6 Millionen Studierende die Hochschulen des Landes mit einem Abschluß.

Das bedeute aber nicht, daß traditionelle Industrien vernachlässigt oder aufgegeben würden, sagte Präsident Xi. Es sei vielmehr notwendig geworden, eine „überstürzte Durchführung von Projekten“ und die Bildung von Überkapazitäten zu verhindern. Auch solle der massive Ausbau der Hochschule keineswegs zu einer Entwertung anderer Ausbildungsformen führen. Xi hob hier die Rolle der Handwerker für die weitere Entwicklung Chinas hervor. Die chinesische Regierung will die Berufsausbildung weiter verbessern, eine Kultur der „sorgfältigen Handwerkskunst“ fördern und „Generationen von Handwerksmeistern an der Spitze der Produktion“ heranzubilden. „Die Handwerksmeister sind das Rückgrat“, sagte Xi. Man brauche nun einmal Diamanten, um Porzellan zu bearbeiten.

Lars Mörking

Aus: UZ, DKP, 15.3.2024

### Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

#### Zum 96. Geburtstag

Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April

#### Zum 95. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

#### Zum 94. Geburtstag

Dr. Werner Irmiler (Wandlitz) am 15. April

#### Zum 92. Geburtstag

Gerd Ziemann (Berlin) am 6. April

#### Zum 91. Geburtstag

Günter Schmidt (Coswig) am 12. April

#### Zum 90. Geburtstag

Erika Sauermann (Halle) am 1. April

#### Zum 85. Geburtstag

Wilfried Berthold (Neubrandenburg) am 14. April  
Edith Schütze (Wismar) am 14. April  
Manfred Weber (Oederan) am 19. April  
Horst Hahn (Holldorf) am 23. April

#### Zum 80. Geburtstag

Helga Oertel (Berlin) am 2. April  
Jörg Hebestreit (Olbersdorf) am 8. April  
Bernd Kändler (Neuenhagen) am 19. April  
Petra Petzold (Crimmitschau) am 25. April  
Gerda Richter (Falkensee) am 27. April  
Heinz Schmidt (Petershagen) am 30. April

#### Zum 75. Geburtstag

Rainer G. Papandieck (Dresden) am 1. April  
Gabriele Nehr Korn (Wernigerode) am 2. April  
Heinz Neumann (Potsdam) am 29. April

#### Zum 70. Geburtstag

Monika Gottwald (Gera) am 3. April  
Matthias Kaden (Radeburg) am 7. April  
Cornelia Noack (Eisenhüttenstadt) am 14. April  
Joachim Pilarski (Potsdam) am 28. April

#### Zum 65. Geburtstag

Mathias Meyers (Mainz) am 6. April  
Michael Hunger (Königs Wusterhausen) am 27. April

#### Zum 60. Geburtstag

Ute Giese (Berlin) am 1. April  
Gunnar Vogel (Ober-Ramstadt) am 1. April

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN  
ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Flucht aus Spanien

*Am 28. März 1939 nahmen die Truppen General Francos Madrid ein. Am 1. April 1939 ließ er verkünden: „Am heutigen Tag haben die nationalen Truppen ihre letzten militärischen Ziele erreicht. Die rote Armee ist entwaffnet und besiegt. Der Krieg ist beendet.“ Was folgte, war der Beginn einer 40jährigen faschistischen Diktatur in Spanien.*

Der Krieg hinterließ seine Spuren im kollektiven Gedächtnis der Menschheit, war er doch ein Synonym für den selbstlosen Kampf der spanischen Republik und der Internationalen Brigaden gegen den Faschismus und den aufkommenden Krieg, der im gleichen Jahr von Deutschland ausging. Nach vorliegenden Schätzungen verloren etwa 500 000 Menschen ihr Leben, davon 300 000 Zivilisten. Als wäre dieses Leid nicht schon genug, flüchteten in der Zeit von 1936 bis 1939 etwa 465 000 Menschen vor dem Krieg, zumeist in das benachbarte Frankreich. Wer die Fluchtbewegungen untersucht, stellt fest, daß es insgesamt vier Einschnitte im Verlauf des Krieges gibt, die jeweils eine Massenflucht auslösten. Den Anfang machten 1936 zehntausende Basken im Norden Spaniens, die, kurz bevor das Land in den Besitz der Faschisten geriet, nach Frankreich flohen, gefolgt von über 100 000, die unmittelbar nach der Niederlage der republikanischen Truppen an der Nordfront im Juni 1937 flohen. Der Fall von Barcelona am 26. Januar 1939 löste eine Fluchtwelle von zumindest 350 000 Menschen aus. Als Franco auf Madrid marschierte – im März 1939 – flohen nochmal Zehntausende an die spanische Küste bei Alicante und hofften, von ausländischen Schiffen aufgenommen zu werden, was nur wenigen gelang. Einer Flucht nach Norden war zu dieser Zeit bereits der Weg versperrt. Wer es nach Frankreich geschafft hatte, konnte sich zwar glücklich schätzen, der Rache der Franquisten entkommen zu sein, war aber Internierung und Verfolgung ausgesetzt. Hatte Frankreich noch 1938 gegenüber der Spanischen Republik erklärt, man werde Geflohene aufnehmen und auch finanziell unterstützen, hatte Paris wohl nicht mit einer Massenflucht gerechnet. Das Schicksal dieser Menschen war nun weitgehend dem Ermessen der französischen Polizei- und Grenzbehörden überlassen. Der Zufall entschied über Leben und Tod. Zehntausende wurden zurück nach Spanien geschickt, wo der sichere Tod auf jene wartete, deren Engagement für die Republik bekanntgeworden war. Weit über 250 000 landeten in den Internierungslagern Saint-Cyprien, Camp d'Agde und Argelès-sur-Mer, Gurs, Vernet, Barcarés, Brams und Septfonds. Hier herrschten menschenunwürdige Bedingungen – zumeist in Küstennähe schnell aus dem Boden gestampfte Holz- oder Zeltbaracken, mangelnde Wasserversorgung, fehlende Lebensmittel katastrophale hygienische Bedingungen, keine medizinische Versorgung. Besser waren jene dran, denen es gelang, in die Auswanderungsprogramme des „Servicio

de Evacuación de Refugiados Españoles“ (SERE) oder der „Junta de Auxilio a los Republicanos Españoles“ (JARE) aufgenommen zu werden. Beide Organisationen halfen bei der Ausreise, meist nach Südamerika und Mexiko. Mexiko nahm ca. 20 000 Flüchtlinge auf, auch viele der etwa 3000 in die Sowjetunion Geflohenen brachten sich auf diese Weise in Sicherheit. Bis zu 70 000 Spanier verschlug es in die Arbeitskommandos der „Compagnies des travailleurs étrangers“ (CTE), einer paramilitärischen Organisation, die Arbeitskräfte zum Bau von Bunkern und militärischen Einrichtungen einsetzte. Nachdem im Frühjahr 1940 deutsche Truppen im Norden Frankreichs vorrückten, gerieten Tausende der CTE-Arbeiter in die Hände der Gestapo. Schon die Herkunft aus Spanien war Grund genug zur anschließenden Deportation in deutsche Konzentrationslager. Insgesamt sollen es ca. 10 000 „Rotspanier“ (abfällig gemeinte Kategorisierung durch die deutschen Behörden) gewesen sein, die im Laufe des Jahres 1940 in deutsche KZ verbracht wurden. Wer dem deutschen Zugriff auf französischer Erde entkam und eine eigenständige Flucht ins Ausland nicht bewerkstelligen konnte, wurde im Spätjahr 1940 von der Vichy-Regierung in die „Groupements des travailleurs étrangers“ (GTE) verpflichtet. Hier waren die Lebensbedingungen noch schlechter als zu Zeiten der CTE, die Arbeiter lebten in Lagern, die den Internierungslagern in Gurs und anderen Orten glichen. Von den etwa 7000 Spaniern, die ins KZ Mauthausen gebracht wurden, überlebte nur ein kleiner Teil die Torturen. Als US-amerikanische Truppen das KZ am 4. Mai 1945 befreiten, registrierte man noch 2184. Seit Mitte 1940 hatte die Gestapo zudem begonnen, „Rotspanier“ in das inzwischen faschistische Spanien zu deportieren, was den sicheren Tod bedeutete.

Unter all den Geflohenen waren auch Tausende Kämpfer der Interbrigaden. Von den ca. 15 000, die die Kämpfe in Spanien überlebt hatten, befanden sich allein im französischen Internierungslager Gurs in 382 Baracken etwa 6000 Freiwillige, die aus über 50 Nationen kamen. Darunter viele deutsche Spanienkämpfer, die Überlebenden der ca. 2500 Freiwilligen, die in den Kriegsjahren der spanischen Republik zur Hilfe geeilt waren. Wohin sie der Weg nach ihrer Internierung führte, war sehr verschieden: Einige flohen, wie Ernst Busch, der später aber festgenommen und ins Gefängnis nach Berlin-Moabit verbracht wurde. Andere gingen in die französische Resistance, gelangten über mehrere Stationen in die Sowjetunion und wirkten später an der Gründung des demokratischen Deutschland mit. Viele wurden von der Vichy-Regierung an Deutschland überstellt, von der Gestapo festgenommen, in Konzentrationslager verschleppt oder in das Strafbataillon der Wehrmacht gepreßt. Von den Schicksalen der Frauen, die am Kampf für die Spanische Republik teilnahmen, ist nur wenig bekannt. Etwa 400 von ihnen mußten

im KZ Ravensbrück Fronarbeit leisten. Es waren Frauen wie Olvido Fanjul Camín, 1910 im spanischen Gijón geboren, die in der Sowjet-



**Olvido Fanjul Camín (1910–2001)**

union als Pflegehelferin tätig war. Sie arbeitete nach 1936 in einer antifaschistischen Frauengruppe und in der „Internationalen Roten Hilfe“. Wegen der herannahenden Faschisten sollten 1100 Kinder aus Gijón per Schiff in die Sowjetunion evakuiert werden. Olvido begleitete den Transport und betreute in Puschkin (südlich von Leningrad) die Kleinsten der evakuierten Kinder. Inzwischen verheiratet mit einem Rotarmisten, entschloß sie sich, bei den Kindern zu bleiben, als die Nazi-Wehrmacht im Vormarsch auf Leningrad auch die Stadt Puschkin einnahm.

Auf dem Weg ins KZ Ravensbrück, in das Olvido deportiert wurde, gebar sie einen Sohn. Das Kind wird ihr von den Deutschen weggenommen, sie hat nie erfahren, was mit ihm geschah. In Ravensbrück mußte sie in Zwangsarbeit für die Siemens & Halske AG Raketenteile der V2 schweißen. Sie überlebte das Lager mit schweren Körperschäden, lebte später in Frankreich und starb 1990 in ihrer Heimatstadt Gijón. Ihr Schicksal und das all der Namenlosen beweist, daß der Kampf gegen den Franco-Faschismus für die Antifaschisten nicht eine revolutionäre Episode war, sondern ihnen zur Lebensaufgabe wurde. Die DDR gab dieser Idee eine Heimat, in Westdeutschland verweigerte der Staat ihnen jegliche Entschädigungszahlung, während die Piloten der todbringenden Bomber, die Guernica in Schutt und Asche legten, sich ihrer Bezüge sicher sein konnten. Walter Benjamin schrieb einmal: „Die Spur ist Erscheinung einer Nähe, so fern das sein mag, was sie hinterließ.“ Ein jeder von uns ist aufgerufen, die Spuren der Rotspanier und Interbrigadisten weiterhin sichtbar zu machen.

**Ralf Hohmann**

# Vor 50 Jahren begann die Portugiesische Revolution

Der Gründer des „RotFuchs“ und Chefredakteur unserer Zeitschrift bis zu seinem Tod 2016 **Klaus Steiniger** begleitete als Lissaboner ND-Korrespondent die Nelkenrevolution in Portugal.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns der Revolution am 25. April 1974 bringen wir einen Beitrag, den Klaus zu deren 25. Jahrestag für den „RotFuchs“ schrieb.

machten den früheren Generalstabschef Antonio de Spínola zum Provisorischen Präsidenten der Portugiesischen Republik. Er berief die 1. Provisorische Regierung unter dem Bankier und Großindustriellen Prof. Palma Carlos, der erstmals in der portugiesischen Geschichte auch zwei Kommunisten, darunter Generalsekretär Álvaro Cunhal, als Minister angehörten. Zwischen der Mili-

Zur gleichen Zeit nahm der Einfluß der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), die als einzige politische Kraft 48 Jahre Faschismus intakt überstanden und im Kampf gegen die Diktatur Salazars und Caetano 25 Jahre später die meisten Opfer gebracht hatte, rasch zu. Sie entwickelte sich aus einer kleinen Schar von etwa 3000 versprengten illegalen Kämpfern zu einer großen Massenpartei, die auch heute noch – 25 Jahre später – (bei ca. 10 Millionen Landesbürgern) rund 150 000 Mitglieder zählt. Die PCP spielte von Anfang an eine führende Rolle bei der Formierung der einheitlichen Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical. Bei später stattfindenden Kommunalwahlen sollte sie dann in 50 administrativen Kreisen (jetzt sind es noch 41) den Sieg davontragen.

In der 2. Provisorischen Regierung unter Vasco Gonçalves (als provisorisch wurden alle Kabinette bezeichnet, die bis zu den im Frühjahr 1976 abgehaltenen ersten Parlamentswahlen, ihnen war die von den Wahlberechtigten vorgenommene Berufung einer Verfassungsgebenden Versammlung vorausgegangen) amtierten, waren Kommunisten, Sozialisten und Linksdemokraten weiterhin vertreten. Eine schwankende Rolle spielten von Anfang an die Sozialisten von Mário Soares, deren Partei erst 1973 unter den Fittichen der SPD und auf dem Gelände der Friedrich-Ebert-Stiftung in Münstereifel gebildet worden war. In der Folgezeit gingen sie immer mehr auf offen konterrevolutionäre Positionen über, wobei sie von der CIA und insbesondere von der Sozialistischen Internationale und deren Spitzenpolitikern Brandt, Palme, Mitterand und Kreisky massive Unterstützung erhielten. Im Laufe des Sommers 1974 vertiefte sich der Prozeß einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Die imperialistischen Zentren sorgten sich um die „negative Entwicklung“ im NATO-Land Portugal, „das in Gefahr geraten war, dem Kommunismus zuzudriften“. Die Geheimdienste entsandten eiligst ganze Rudel portugiesischsprachiger Experten an den Ort des Geschehens. Im Herbst unternahm die von ihnen angeleitete innere Reaktion einen zweiten Versuch, das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Für den 26. September 1974 berief sie eine „Manifestation der Schweigenden Mehrheit“ zur Unterstützung von General Spínola nach Lissabon ein. Sie beabsichtigte, ihre Anhänger, die sich im Norden und im Landesinnern konzentrierten, in der Hauptstadt zusammenzuziehen. Doch das klassenbewußte Proletariat und fortschrittliche Militärs riegelten die Zugänge nach Lissabon hermetisch ab. Die Manifestation fand nicht statt. Spínolas Absicht, Vasco Gonçalves festzunehmen, wurde vereitelt. Er selbst und seine Militärjunta wurden zum Rücktritt gezwungen. Einige Monate später putschte Spínola ein drittes Mal. Am 11. März 1975 schickte er Luftlandtruppen nach Lissabon und ließ das von revolutionären Militärs befehligte Artillerieregiment Nr. 1 (RALIS) umzingeln. Die Gefahr eines bewaffneten Zusammenpralls,



25. April – IMMER!

Die Portugiesische Revolution war eines der herausragendsten Ereignisse der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, stellte sie doch den bisher weitreichendsten und tiefgehendsten antikapitalistischen Vorstoß im Westen des Kontinents dar. Sie begann mit der Erhebung einiger von antifaschistischen Offizieren geführter Militäreinheiten, die den in Angola, Mocambique und Guinea-Bissau geführten Kolonialkriegen ein Ende setzen wollten. Noch in der Stunde des Aufstands eilten hunderttausende Portugiesen den rebellierenden Militärs unter roten Fahnen zu Hilfe und verliehen dem einsetzenden Wandel damit eine breite revolutionär-demokratische Dimension. Beide Komponenten, die Massenbewegung, in der die industrielle Arbeiterklasse und vor allem das Landproletariat des Südens sehr schnell ein spezifisches Gewicht errangen, und die durchaus heterogene Bewegung der Streitkräfte (MFA) waren für entscheidende Monate nicht voneinander zu trennen.

Nach dem 25. April hatten die in hierarchischem Denken erzogenen jüngeren Offiziere, deren ranghöchster der damalige Oberstleutnant Vasco Gonçalves war, das Rampenlicht fälschlicherweise einer Gruppe von Generalen überlassen, die mit Ausnahme Admiral Rosa Coutinhos Vertreter des profaschistischen Flügels der Streitkräfte waren. Sie bildeten einen sogenannten Militärrat der Nationalen Errettung und

tärjunta und dem zivilen Kabinett entstand eine Art Doppelherrschaft. Da sich aber die Massen – vor allem im Süden und in den urbanen Zentren das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit erkämpft hatten, gehörte die Straße dem Volk. So scheiterten alle Versuche der Reaktion, den sich entfaltenden revolutionären Prozeß unter Kontrolle zu bringen und aufzuhalten. Im Juli 1974 putschten Spínola und Palma Carlos mit dem Ziel, die kommunistischen Minister aus der Koalitionsregierung mehrerer linker und linkszentristisch getarnter rechter Parteien zu entfernen. Sie wollten zugleich die revolutionären Militärs aus staatlichen Machtpositionen verdrängen. Der Putsch scheiterte. Palma Carlos mußte abdanken, der rechtsgerichtete Verteidigungsminister Firmino Miguel trat zurück. Als Kraft, die den Prozeß auf der militärischen Seite im Hintergrund gesteuert hatte, erschien nun die siebenköpfige Koordinierungskommission der MFA auf der politischen Bühne. Ihr Vorsitzender Vasco Gonçalves, der spätere General, wurde als Premierminister vorgeschlagen und ernannt. Die Reaktion zeigte sich konsterniert, wußte sie doch zunächst nicht, welchen Flügel des Militärs der frühere Vizechef der Pioniertruppen repräsentierte. (Daß er ein gebildeter Marxist-Leninist war, konnten sie damals allerdings nicht ahnen.)

der den Bürgerkrieg ausgelöst hatte, wurde durch Verhandlungen abgewendet. Im Niemandsland zwischen Angreifer und Eingekreisten vermittelte – durch einen Kordon aus tausenden Zivilisten beschützt – ein bekannter kommunistischer Parlamentsabgeordneter mit den Kommandeuren beider Seiten. Er bewog die Fallschirmjäger schließlich zur Aufgabe. Der Mann, der das drohende Blutvergießen abwendete, war António Dias Lourenço. Kaltblütig, unter Einsatz seines Lebens, hatte er sich zwischen die Fronten begeben. Nach dem 11. März erhielt die Revolution einen kräftigen Impuls. Die nun formierte 4. Provisorische Regierung beschloß die Nationalisierung von 245 inländischen Banken, Versicherungen und Konzernen. Es handelte sich um das Herzstück der Wirtschaft. Die größten Betriebe Portugals gingen in Staatsbesitz über. Die Arbeiterkontrolle wurde eingeführt. Die Landarbeiterschaft besetzte unterdessen in einer straff organisierten, von den Gewerkschaften geführten Aktion die gesamten Latifundien der Provinz Alentejo und auch zahlreiche Güter im angrenzenden Ribatejo. Auf 1,15 Millionen Hektar Fläche formierten sich durch die revolutionär-demokratische Entscheidung von Arbeitern und Bauern UCP-Kollektivgüter und Kooperativen. Die bis dahin gemeinsam mit der städtischen Bourgeoisie machtausübende Klasse der Großgrundbesitzer wurde faktisch zerschlagen. Im Sommer 1975 segnete die 5. Provisorische Regierung – das einzige homogen revolutionäre Kabinett Goncalves, das aber dem inzwischen zugunsten der Rechten veränderten innenpolitischen Kräfteverhältnis nicht mehr entsprach – die Agrarreform auch rechtlich ab.

Auf internationaler Ebene gelang es Portugal bis Mitte 1975, die Kolonialkriege in Afrika zu beenden. Befreiungsbewegungen wie Frelimo und PAIGC kamen dort ans Ruder. In Angola sorgte Portugals Hoher Kommissar, der „rote Admiral“ Rosa Coutinho, dafür, daß die sich damals zum Maoismus bekennende MPLA, die Macht in Luanda übernehmen konnte. Einen Einschnitt stellten die Wahlen zur konstituierenden Versammlung dar, die am 25. April 1975 stattfanden. Der elektoralistische Prozeß störte die Dynamik des revolutionären Prozesses empfindlich. Aber die Militärs der MFA, die in ihrem Programm die baldige Abhaltung von Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung versprochen hatten, wollten auf keinen Fall wortbrüchig werden. So verschaffte der kleinbürgerlich-liberale Wunderglaube an „freie Wahlen“ der Reaktion nach 48 Jahren klerikal-faschistischer Indoktrination der Bevölkerung einen wichtigen Trumpf. Mit Hilfe der Priester mobilisierte sie in den rückständigen Landesteilen auch den letzten analphabetischen Wähler, dem die Ortskaziken beibrachten daß er sein Kreuz bei den Rechtsparteien PPD (heute: PSD) und CDS (heute: PP) zu machen hatte. Andererseits trug auch die soziale Demagogie der sich als Sozialisten (PS) ausgebenden Sozialdemokraten, die den sofortigen Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft versprochen, ihre Früchte. Die kurz zuvor bekanntgegebene „Sozialistische Option“ der MFA, mit der die 5. (politische) Abteilung des Generalstabs ein Bekenntnis zum Sozialismus hatte

ablegen wollen, wurde als Wahlempfehlung für die Sozialistische Partei des Spalters Mário Soares umgemünzt und von vielen Wählern auch so mißverstanden. Die PCP erhielt nur 12,5 Prozent der Stimmen, wobei der Faktor zu ungunsten der Kommunisten wirkte, daß sie in einem katholischen Land als „Gottlose“ in Verruf gebracht wurden, obwohl die sich auf den historischen und dialektischen Materialismus stützende Partei ausdrücklich auch Gläubige als Mitglieder akzeptierte.

Im Sommer 1975 intensivierten die innere Reaktion und der Imperialismus ihren Kampf gegen das Portugal des April. Milliarden Dollar wurden in das Trojanische Pferd von Mário



Vasco Gonçalves und Klaus Steiniger, Lissabon 1998 (Foto: B. St.)

Soares investiert, um die Revolution durch eine scheinbar revolutionäre Politik – mit geckter linker Faust und dem Gesang der Internationale verkündeten die PS-Führer ihre von der SPD vorgestanzten antikommunistischen Parolen – zu ersticken. Zugleich traten die verschiedensten pseudorevolutionären und ultralinken Gruppen – meist unter dem Signum von Hammer und Sichel – in Aktion, die den Auftrag hatten oder sich selbst erteilten, die Kommunisten durch Bürgerschreckgehe zu diskreditieren. Es wurde eine zentral gesteuerte Terrorwelle gegen PCP, MDPICDE, OGTP-Intersindical und andere Linkskräfte losgetreten. Vielerorts in Mittel- und Nordportugal brannten mobile Einsatztrupps die Parteibüros und Gewerkschaftshäuser nieder. Es gab Tote. Ein Klima der Hysterie, das an langjährig genährte faschistische Propagandaklischees unmittelbar anknüpfen konnte, wurde geschürt. Haßparolen richteten sich insbesondere gegen die Militärische Linke unter General Vasco Gonçalves. PS-Politiker erfanden dazu eine eigene Vokabel – den sogenannten Gonçálvism, der als Inbegriff der Unfreiheit überall attackiert wurde. Mit enormem Aufwand gelang es der Sozialistischen Internationale, der NATO und der inneren Reaktion, die demokratische Volksbewegung und die Bewegung der Streitkräfte zu spalten. Zu diesem Konzept gehörte auch die Etablierung einer unternehmerfreundlichen Gewerkschaftszentrale, der UGT. Der 5. Provisorischen Regierung wurde systematisch der Boden entzogen. Ende August

1975 war ihr Schicksal besiegelt. Als der bornierte Admiral Pinheiro de Azevedo dann die 6. Provisorische Regierung bildete, erwiderte er auf die Frage eines Journalisten, ob ihr ebenfalls Kommunisten angehören würden: „Was fragen Sie mich? Sie wissen doch ganz genau, daß hierfür Washington zuständig ist.“ In den folgenden Jahren wurden viele Errungenschaften der Portugiesischen Revolution zerschlagen. Die Bodenreform im Landessüden überlebte den konterrevolutionären Ansturm nicht. Auch die Nationalisierungen wurden untergraben und z.T. rückgängig gemacht. Die Arbeiterkontrolle gehörte ebenfalls der Vergangenheit an. Doch einiges ist erhalten geblieben. Portugals Kolonialreich blieb liquidiert. Die bürgerlich-demokratischen Freiheiten konnten behauptet werden. Die Portugiesische Revolution vermochte nicht zu siegen. Dafür gibt es eine Reihe gewichtiger Gründe die nicht zuletzt in fundamentalen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus wurzeln. Auch in Portugal hat sich bestätigt, daß der Kapitalismus nicht durch „Änderung seiner Strukturen von innen heraus“, ohne Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, ohne Zerschlagung des alten Machtapparats überwunden werden kann. Verstaatlichungen ohne Beseitigung der Diktatur der Bourgeoisie führen nicht zum Sozialismus, sondern zum Staatskapitalismus, „sozialistische Inseln“ innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse lassen sich nicht auf Dauer behaupten. In Portugal verfügte die Arbeiterklasse über Bundesgenossen in wichtigen Sphären der Macht, ohne selbst ihre politische Herrschaft auszuüben. Die entscheidende Frage jeder Revolution – die Frage der Macht – konnte letztlich nicht im Interesse der Werktätigen entschieden werden. Hinzu kam die geostrategische Situation des Landes: NATO-Mitglied, die 6. USA-Flotte vor den Küsten und Franco-Spanien im Rücken. Realistisch betrachtet, war nicht anzunehmen, daß der Imperialismus eine Veränderung des europäischen Kräftegleichgewichts an diesem Abschnitt hinnehmen würde. Der Sozialismus aber konnte sie nicht herbeiführen. Und schließlich: Die sozialistischen Länder – allen voran die Sowjetunion – unterlagen zu diesem Zeitpunkt bereits inneren Erosionsprozessen und besaßen nicht die Kraft, um der Portugiesischen Revolution wirksam ökonomische, politische und militärische Hilfe erweisen zu können.

Trotz ihrer Niederlage war die Portugiesische Revolution ein überaus kühner Vorstoß im Westen Europas, der die vorhandenen Möglichkeiten des Klassenkampfes auf der iberischen Halbinsel nach Leninschen Regeln voll ausschöpfte und bis an die Grenzen des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution ging. Es gereicht ihren Führern – vor allem dem großen Strategen, Taktiker und Theoretiker Álvaro Cunhal – zur Ehre, daß sie den Bogen nicht überspannten, die Lage nüchtern analysierten und den geordneten Rückzug der Revolution angesichts des entstandenen Übergewichts ihrer Gegner so rechtzeitig organisierten, daß ein chilenischer Typ von Niederlage verhindert werden konnte.

# Rentenreform – ein neues Vabanquespiel?

Alle Jahre wieder kommen Neoliberalen und behaupten, daß das Sozialsystem, insbesondere die staatliche Rentenversicherung, reformiert werden müsse. Wieder einmal ist der demographische Faktor (d.h. die Babyboomer) schuld an dem überforderten Rentensystem.

Es wird suggeriert, daß das Rentenniveau von 48 Prozent bis 2039 nur durch ein Rentenpaket Ilder „Ampel“ gesichert und ein Beitragswachstum abgebremst werden können. „Zur Finanzierung soll ein zusätzliches Standbein geschaffen werden.

Der Bund werde Milliarden am Kapitalmarkt anlegen und aus den Erträgen ab Mitte der 2030er Jahre Zuschüsse an die Rentenversicherung zahlen, kündigten die Herren Minister Heil und Lindner in einer Pressekonferenz an. „Das sogenannte Generationenkapital soll als dritte Säule neben den Zahlungen aus den Beitragssätzen und den jährlichen Zahlungen aus dem Bundeshaushalt von derzeit jährlich 100 Milliarden Euro dazukommen.“<sup>1</sup>

Lindner will deshalb einen Kapitalstock von rund 200 Milliarden Euro schaffen, um den zu erwartenden Anstieg der Rentenbeiträge abzufuffern. Der Finanzminister sprach von einem „echten Paradigmenwechsel“.

Dritte Säule oder drittes Standbein? Hatten wir das nicht schon 'mal? Da fällt einem sofort die Riesterrente (seit 2002) ein.

Der Versicherungsmathematiker und Journalist Axel Kleinlein, Bund der Versicherten, meinte über die staatlich subventionierte private Zusatzrente: „Die Versicherungswirtschaft hat mit hohen Kosten und unfair kalkulierten Lebenserwartungen die Riester-Rente zum Desaster geführt. Ineffizient, intransparent und handwerklich schlecht umgesetzt ist die Riester-Rente am Unvermögen der Versicherer gescheitert.“<sup>2</sup>

Entscheidend ist jedoch, daß die Versicherungsbranche am „Unvermögen“ sehr gut verdient und verdient hat. Die Versicherungsnehmer können froh sein, wenn sie am Ende das rausbekommen, was sie eingezahlt haben.

„Bei einer durchschnittlichen Riester-Versicherung mit 30 Sparjahren gehen im Schnitt 24 Prozent der eingezahlten Gelder für Gebühren drauf – also fast jeder vierte Euro. Jede dritte Riester-Police vereinnahmt sogar 30 Prozent für Gebühren. Diese setzen sich aus Provisionen, Millionengehältern der Vorstände, Werbung und Renditen für die Aktionäre zusammen.“ (Tagesschau 10.09.2023)<sup>3</sup>

Der Staat förderte und fördert diese private „Rentenversicherung“ mit vielen

Milliarden Euro, die eigentlich in die normale Rentenversicherung hätten fließen können. Die Riester-Rente wurde seinerzeit als staatlich subventionierte Profitquelle für die Versicherungs- und Finanzbranche „erfunden“.<sup>4</sup>

„Eine Verbraucherallianz (Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Bund der Versicherten und Bürgerbewegung Finanzwende) fordert(e) 2021 ein Ende der Riester-Rente: ‚Die Riester-Rente wurde zwanzig Jahre lang reformiert. Mittlerweile ist klar, sie ist nicht reformierbar.‘ Sie plädieren für einen Neustart der privaten Altersvorsorge. Die Riester-Rente sei teuer und unrentabel.“<sup>5</sup>

Nun kommt eine „Reform“ und hat die Form eines „Generationenkapitals“:

„Um die Beitragszahler langfristig zu entlasten, wird mit Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund ein dauerhaft bestehender Kapitalstock aufgebaut. Es werden keine Beitragsmittel in diesen Kapitalstock fließen. Die zusätzliche Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Stiftung „Generationenkapital“ soll ab 2036 eine Entlastung des Beitragssatzes durch Ausschüttungen von durchschnittlich 10 Milliarden Euro p.a. ermöglichen. Diese Mittel werden renditeorientiert und global diversifiziert am Kapitalmarkt angelegt.“<sup>6</sup> Diese Form der „Rentenfinanzierung“ ist schon deshalb zweifelhaft, weil Steuergelder den Markt- und Spekulationsrisiken ausgesetzt werden.

Diesen Risiken ist der „Generationenvertrag“, die im Umlageverfahren finanzierte Rente, kaum ausgesetzt. Das hat sich in allen Krisen der letzten Jahrzehnte bestätigt.

Sahra Wagenknecht bringt es auf den Punkt: „Die Aktienrente ist eine Casino-Rente. Vor lauter Planlosigkeit in der Rentenpolitik zockt die Ampel mit der Alterssicherung der Bürger. ... Wagenknecht forderte laut *dpa* eine Volksabstimmung über die Rente in Deutschland ähnlich wie in der Schweiz.“<sup>7</sup>

Von der Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, und SoVD-Vorstandsvorsitzende, Michaela Engelmeier, „kommt zudem noch eine weitere Forderung. Sie verlangten, weitere Bevölkerungsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren. Engelmeier: ‚Wirklich gerecht wird die Altersversorgung in Deutschland erst dann, wenn alle Menschen eingebunden werden

– also auch Beamtinnen und Beamte, Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Selbstständige.‘ Und für Bentele ist klar: ‚Der Anteil des Steuerzuschusses für die Rentenversicherung im Bundeshaushalt darf in Zukunft keinesfalls sinken.‘<sup>8</sup>

Die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen würde zusätzlich eine Stärkung für die gesetzlichen Sozialversicherungen bedeuten. Die Beitragsbemessungsgrenzen widerspiegeln einen Mangel an Gerechtigkeit. Außerdem gehen hierdurch den gesetzlichen Versicherungen beträchtliche Einnahmen verloren, die das solidarische Umlagesystem dringend benötigt, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung.

Es besteht ein weiteres Problem im Zusammenhang mit der Erbringung versicherungsfremder Leistungen durch die Rentenversicherung. Der Bundesrechnungshof umschreibt geschickt diesen Aspekt. „Das BMAS sollte regelmäßig veröffentlichen, was zu den versicherungsfremden Leistungen gehört und wie hoch sie sind. Derzeit können weder Parlament noch Öffentlichkeit einschätzen, ob die dafür aufgewendeten Bundeszuschüsse angemessen sind.“<sup>9</sup> (BMAS: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Kommen wir auf die Stiftung „Generationenkapital“ zurück. „Eine rechtsfähige Stiftung – in Deutschland die häufigste Rechtsform – hat ... keine Mitglieder und anders als eine Gesellschaft keine Gesellschafter oder Eigentümer. Sie unterliegt der staatlichen Stiftungsaufsicht.“ „Nach außen wird die Stiftung von einem Vorstand vertreten.“<sup>10</sup> Außerdem bedarf es eines inneren „Apparates“ für die Verwaltung der riesigen Summe von 200 Mrd. Euro. Es handelt sich schließlich um Steuergelder, die vermutlich in einem längeren Zeitraum der Stiftung „Generationenkapital“ übertragen und somit einer direkten Kontrolle durch das deutsche Parlament entzogen werden.

**Dr. Ulrich Sommerfeld**

1 <https://www.tagesschau.de/inland/heil-lindner-rente-100.html>

2 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Riesterrente+Meinung>

3 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/riester-rente-anbieter-gelder-100.html>

4 Das Anrühliche an der Riester-Rente, Rotfuchs, August 2013, S. 7

5 <https://de.wikipedia.org/wiki/Riester-Rente>

6 <https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Meldungen/2024/das-rentenpaket-2-im-ueberblick.html>

7 <https://www.infranken.de/ratgeber/karriere-geld/rente-rentenpaket-2-kritik-mogelpackung-sozialverbaende-bundesfinanzminister-lindner-arbeitsminister-heil-plaene-art-5839922>

8 <https://www.infranken.de/ratgeber/karriere-geld/rente-rentenpaket-2-kritik-mogelpackung-sozialverbaende-bundesfinanzminister-lindner-arbeitsminister-heil-plaene-art-5839922>

9 [https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/hauptband-2023/09-volltext.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/hauptband-2023/09-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

10 [https://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung#Funktion\\_und\\_Formen](https://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung#Funktion_und_Formen)

# „Der ‚RotFuchs‘ ist erstklassisch“

## Zum Briefwechsel zwischen Peter Hacks und André Müller sen.

Im Jahr 2002 haben der Dichter Peter Hacks (1928–2002) und der westdeutsche Schriftsteller, gelernte Tischler, Shakespeare-Spezialist und antifaschistische Widerstandskämpfer André Müller sen. (1925–2021), der eigentlich Willi Fetz hieß, aus ihrem umfangreichen Briefwechsel die Korrespondenz der Jahre 1989–1990 unter dem Titel „Nur daß wir ein bißchen klärer sind“ veröffentlicht. Nun liegen erstmals alle Briefe – soweit erhalten – vor. Die Originale der Hacks-Briefe werden bis auf wenige Ausnahmen in seinem Nachlaß im Deutschen Literaturarchiv Marbach aufbewahrt. Müller habe „zwar alles Hacks Betreffende gesammelt“, schreiben die Herausgeber, die Literaturwissenschaftler Heinz Hamm und Kai Köhler, „hinsichtlich der eigenen Produktion“ sei er jedoch „nachlässiger“ gewesen. An manchen Stellen müsse daher der Kommentar (Anhang und Register machen fast 300 Seiten des Bandes aus) „lückenhaft bleiben“. Entstanden ist dennoch ein einmaliges literarisches und politisches Dokument der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Überwiegend geht es in den Briefen um Literatur und speziell um Dramentheorie, um die Hauptbeschäftigung. Es wimmelt zwar von politischen Bemerkungen, die aber zumeist sehr kurz und oft sarkastisch ausfallen. Da beide häufig miteinander telefoniert haben, bezieht sich vieles auf dabei gemachte Bemerkungen. Beide Autoren waren Anhänger von Kunst, die sich dem philosophischen Begriff stellt, genauer: Kunst, die sich nicht an der Philosophie orientiert, die für sie als einzige auf der Höhe der Epoche war, der marxistisch-leninistischen, war für sie keine. Die oft gebrauchte Formel, beide seien Anhänger eines „klassischen Kunstbegriffs“, ist oberflächlich.

So wie Müller Shakespeare-Stücke darauf hin befragte, welche Klassenkräfte die Hamlet, Lear, Macbeth oder Othello repräsentierten, so war für Hacks die Frage leitend, welche Klassenkonstellation global und im eigenen Land, der DDR, das eigene Schaffen bedingte. An dieser Stelle sei als Beispiel der erste hier abgedruckte Brief, den Müller, der noch als Willi Fetz unterzeichnet, am 17. September 1957 an Hacks schrieb, zitiert. Müller nimmt einen Text von Hacks mit dem Titel „Für ein Theater der Arbeiter und Bauern“ im „Neuen Deutschland“ zum Anlaß für einige kritische Anmerkungen. Hacks hatte u. a. vorgeschlagen, den „herkömmlicherweise unpolitischen Teil des Spielplans mit sozialistischem Geist zu durchtränken, indem man alle Stücke vom Standpunkt des Marxismus kritisch zu sehen und aus dieser richtigen (kritischen) Sicht mit schauspielerischen, regielichen und dramaturgischen Mitteln einzurichten lernt.“ Müller wendet ein, daß es aber auch Stücke gebe, „die spielt man nur dann politisch richtig, wenn man sie überhaupt nicht spielt.“ Hacks stimmt zu, aber erst 1959 folgen die nächsten Briefe. Nur in der Amtszeit Gorbatschows als KPdSU-Generalsekretär und während der Konterrevolution in der DDR treten die literarischen Fragen in den Hintergrund. Im Oktober 1985 schreibt etwa Müller an Hacks: „G. kann wirtschaftlich nur von der DDR lernen, will das entschieden auch, wird also die politischen Strukturen vorerst nicht antasten.“ Hacks antwortet: „Gorbis Rede zum Parteiprogramm hat mich ein wenig mißtrauisch gemacht. Sie ist theoretisch kläglich und im Stil Schwalm.“ Knapp zwei Jahre später steht das Urteil beider fest. Hacks am 19. Juli 1987: „Liebster André,

folgende Annahmen zur Lage: 1. Gorbatschow ist ein Esel. 2. Gorbatschow ist nicht Napoleon; er ist bestenfalls der Thermidor. 3. Ein Napoleon wird sich also nötig machen. (Dieser Schöngest versteht fabelhaft, den Eindruck zu erwecken, er habe noch Erstaunliches in petto; er hat uns mächtig ins Vermuten gebracht. Die Anfangsfrage aber lautete: wird er Stalin oder Dubcek? Falls Du jemanden kennst, der Wetten annimmt: Er ist Dubcek. Er hat überhaupt nichts in petto.)“ Die Konterrevolution behandelten Hacks und Müller in ähnlicher Weise, an ihrer Auffassung, daß die gegenwärtige Epoche den Sozialismus herbeiführen wird, änderte sich nichts. Dabei kam auch der „RotFuchs“ ins Spiel. So schreibt Müller am 16. August 2000: „RotFuchs‘ ist erstklassisch. Ich komme jetzt erst dazu, ihn zu bestellen.“ Hacks schreibt wenig später: „Auch fehlt es mir an Lektüre. (...) Im ‚RotFuchs‘ lese ich noch gern oder in ‚Gloria Superstar‘.“ So findet sich hier auch die Information von Hacks (20. September 2001): „An Steiniger habe ich einen Leserbrief geschrieben: ‚Sieht sich ‚RotFuchs‘ in der Lage, mir zur Adresse des Dipl.-Ing. Osama bin Laden zu verhelfen; ich hätte einiges Dringende zur Neugestaltung des Potsdamer Platzes mit ihm zu besprechen. Verbindlich dankend, P. H.“

Am 1. Mai 2003 heißt es in einem Brief von Hacks: „Ich hätte zu arbeiten, mag aber nicht.“ Am 28. August 2003 starb er.

Arnold Schölzel

*Peter Hacks/André Müller sen.: Der Briefwechsel 1957–2003. Herausgegeben von Heinz Hamm und Kai Köhler. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2023, 1280 Seiten, 58 Euro*

## BUCHTIPP



Heinz Günther  
**Erinnerungswertes aus drei Systemen  
Eine Lebensbilanz**

1930 kam er zur Welt auf einem Rittergut nahe Neubrandenburgs. Später wurde er FDJ-Kader, dann Diplomat, schließlich Hochschullehrer und Jurist. Als die DDR endete, war er Oberst a. D. der Auslandsaufklärung.

Dr. Heinz Günther kennt das Nazireich, das sozialistische wie auch das kapitalistische Deutschland, drei Systeme also, die sein Leben prägten. Inzwischen ist er über neunzig. Da ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und zu berichten, wer oder was ihm so alles widerfuhr – Einblicke in ein bewegtes Leben für die Zeitgenossen wie für die Nachkommenden.

272 Seiten, mit Abbildungen, 18 Euro,  
ISBN 978-3-89793-368-2

### Ideologischer Nießbrauch der Romantik – zu Peter Hacks' Entzauberung der Konterrevolution –

Unwissenheit, Leugnung und Schwäche sind  
Ein der Romantik ergebene Kind.  
Entfremdend sich der realen Welt  
Wird resignativ Religion bestellt.  
Ihr Heiligenschein doch wiederum auch  
Dient reaktionärem Volksgebrauch.

Romantisierend mit Sehnsucht – wohin?  
Zur goldenen Freiheit bringt nur Gewinn  
Dem alten in seiner Krisenzeit;  
Dazu hat es stets Argumente bereit,  
Und rückwärtsgewandt unter ihrem Symbol  
Wirkt zerstörend Romantik wie Alkohol.

Betrunkengemacht haben Massen gewählt,  
Die, welchen Arbeit an Werten fehlt,  
Die eingeeignet in Phantasterei'n  
Entfremdend die Wahrheit vom Wesen befrei'n,  
Verklärend subtil so die Hölle auf Erden  
Als Freiheit vermitteln Dank Kunstgebärden.

E.Rasmus

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

# Vor 105 Jahren: Gründung der Kommunistischen Internationale

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

1. März 1979

Es war am 2. März 1919, als im Kreml ein knappes halbes Hundert russischer Parteiführer und ausländischer Delegierter unter dem Vorsitz Lenins über die Gründung der III. Internationale an Stelle der 1914 zusammengebrochenen II. Internationale beriet. Entgegen der Meinung Lenins wurde in der Eröffnungssitzung beschlossen, sich zunächst als kommunistische Konferenz und noch nicht als Gründungskongress zu bezeichnen. Am zweiten Tag der Konferenz betritt plötzlich ein Mann in zerlumpter Kleidung den Saal, unrasiert und unglaublich verdreckt. Unter den verwunderten Blicken vieler Anwesender steigt er zum Präsidium empor, wo er von Lenin und den übrigen Präsidiumsmitgliedern stürmisch begrüßt und nach russischer Sitte geküßt wird. Er wird der Konferenz vorgestellt: Es ist der längst tot-gegläubte Delegierte der Kommunistischen Partei Österreichs, der Typograph Karl Steinhardt. Bereits am 13. Februar 1919 von Wien aufgebrochen, hatte er in Budapest vom ZK der KP Ungarns falsche Papiere auf den Namen Peter Kondradewitsch Gruber erhalten und war über die Tschechoslowakei, Polen und die Ukraine gekommen, größtenteils zu Fuß, nur streckenweise konnte er auf Tintern, Lokomotiven, auf Puffern und in Viehwaggons fahren. Er hatte die Front des ukrainischen Separatistenführers Petljura überquert – ein gefährliches, mehrfach toddrohendes Abenteuer. Bei Kiew stieß er endlich zu den bolschewistischen Truppen und wurde von hier aus, nachdem er die im Hosensack versteckte Einladung zum Kongress vorgewiesen hatte, mit der Bahn nach Moskau befördert. Nach einer kurzen Begrüßungsrede übergibt Gruber-Steinhardt der Konferenz den Beschluß des 1. Parteitages der KPÖ, der sich für die Gründung der Kommunistischen Internationale aussprach. Auf ausdrückliche Bitte Lenins bringt er am nächsten Tag zusammen mit Delegierten einiger anderer Parteien nochmals den Antrag auf sofortige Konstituierung der III., der Kommunistischen Internationale ein. Nach seiner mitreißenden und temperamentvollen Rede wird diesmal der Antrag ohne Gegenstimmen, bei nur einer Stimmenthaltung, angenommen. Die Kommunistische Internationale, kurz KI oder Komintern genannt, setzte sich zum Ziel,

die internationale Arbeiterbewegung, die durch das Überlaufen der rechten sozialdemokratischen Führer in das Lager der imperialistischen Bourgeoisie im Ersten Weltkrieg zusammengebrochen war, wieder zu einigen. Es ist eine erbärmliche Lüge der antikommunistischen Propaganda, daß es Lenin und die Kommunisten gewesen sein sollen, die mit der Gründung der KI die Arbeiterbewegung gespalten und den Bruderkrieg zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hervorgerufen hatten. Im Gegenteil, es waren 1914 Lenin und seine bolschewistische Partei, die – unterstützt von einigen wenigen anderen Parteien und Gruppen – das Banner des Internationalismus hochgehalten und in der Zimmerwalder Bewegung den Kampf gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden und Sozialismus aufgenommen hatten. Ihre Losung war die Wiederherstellung der gespaltenen Arbeitereinheit in einer neuen, der III. Internationale. Und diese Losung wurde nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im November 1917, nach der Beendigung des Weltkrieges, nach der Entstehung der ersten Kommunistischen Parteien 1919 verwirklicht.

Es war das ausgesprochene Ziel der KI, im Anschluß an die Oktoberrevolution den weltweiten Sieg der sozialistischen Revolution zu erreichen. Die revolutionäre Nachkriegskrise 1918–1923 gab dieser Erwartung Grundlage und Nahrung. Aber die Unterstützung der kapitalistischen Reaktion durch die rechten sozialdemokratischen Führer ermöglichte die gewaltsame Niederschlagung aller proletarischen Erhebungen in der Nachkriegszeit, mit blutiger Hinschlachtung von Zehntausenden Arbeitern, mit hinterlistiger Ermordung ihrer Führer wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Als wichtigste Lehre aus dieser Entwicklung formulierte der II. Weltkongress der KI 1920 die Rolle der Kommunistischen Parteien als fortgeschrittenster, klassenbewußtester und revolutionärster Teil der Arbeiterklasse, der mit den Massen eng verbunden ist.

Der III. Weltkongress 1921 legte unter der Losung „Heran an die Massen“ konkret den Weg dazu fest, durch die Führung des Kampfes um die politischen und wirtschaftlichen Tagesforderungen der Werktätigen gegen

die einsetzende Offensive des Kapitals. Der III. Weltkongress machte die erstmals von der KPD angewendete Einheitsfrontpolitik zum Gemeingut der Kommunisten.

Auf dem IV. Weltkongress 1922 wurde die Einheitsfrontpolitik durch die Losung der Arbeiter- (später Arbeiter-und-Bauern-) Regierung erweitert, d. h. durch die Bereitschaft der Kommunisten, zwecks Verteidigung der Rechte der Werktätigen auch in eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen, die noch nicht die Diktatur des Proletariats ist. Mit der Ende 1923 eingetretenen relativen Stabilisierung des Kapitalismus stand die KI vor der schwierigen Aufgabe, ohne ihren Begründer und Führer W. I. Lenin, der nach monatelanger schwerer Krankheit am 21. Januar 1924 gestorben war, den revolutionären Kurs in einer noch nicht wieder revolutionären Periode zu steuern. Die KI ließ sich durch die Hetze, wonach sie ihre Lebensberechtigung verloren hätte, nicht beirren, sondern stellte ihren Parteien die Aufgabe, gerade in dieser Periode das organisatorische Zentrum für die Einigung der Massen zum Kampf um ihre Tagesinteressen zu werden, um sie so an die Frage des Kampfes um die Macht heranzuführen. Die KI bewies aufgrund der Leninschen Analyse des Imperialismus, daß der Kapitalismus nur eine Atempause gewonnen hatte, daß seine allgemeine Krise andauere und zu neuen revolutionären Erschütterungen führen müsse. Die Atempause sollten die kommunistischen Parteien zur verstärkten Aneignung der Erfahrungen der Leninschen bolschewistischen Partei aus drei Revolutionen, zur Aneignung der marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer Anwendung auf die konkreten Bedingungen des eigenen Landes nutzen. Diese Aufgaben wurden vom V. Weltkongress 1924 unter der Losung „Bolschewisierung der Parteien“ zusammengefaßt. Sie ermöglichte es den Kommunistischen Parteien, während den Abebbens der revolutionären Welle den inneren Aufbau zu festigen, revolutionäre Kader marxistisch zu schulen, sich von schwankenden rechten und linkssektiererischen Elementen zu befreien und marxistisch-leninistische kollektive Leitungen zu schaffen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistete auch das vom VI. Weltkongress 1928 angenommene Programm der KI. Die

Kommunisten nahmen hervorragenden Anteil an den zahlreichen revolutionären Klassenkämpfen dieser Zeit, die immer wieder in einzelnen Ländern ausbrachen, so am englischen Generalstreik, am Volksentscheid in Deutschland 1926 gegen die Fürstenabfindung, an den bewaffneten Kämpfen in Wien im Juli 1927, an den antiimperialistischen Aufständen in China, Indonesien und anderen kolonialen und halbkolonialen Ländern. Der VI. Weltkongreß sagte auch entgegen den unwissenschaftlichen Prognosen der rechten Sozialdemokratie das Ende der kapitalistischen Stabilisierung voraus, was sich wenige Monate später durch die bis dahin größte und tiefste Weltwirtschaftskrise seit Bestehen des Kapitalismus (1929–1932) bestätigte. Den Ausweg aus dieser Krise sah die herrschende imperialistische Bourgeoisie in zahlreichen Ländern nur in der Entfesselung neuer Kriege und der Errichtung faschistischer Diktaturen. Die KI und ihre Sektionen verstärkten ihre Bemühungen um die antiimperialistische, antifaschistische Einheitsfront. Sie stießen dabei aber auf den unüberwindbaren Antikommunismus und Antisowjetismus der rechtssozialdemokratischen Führer, die ihre schädliche Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie noch verstärkten, was angesichts der wirtschaftlichen Nöte die nationalsozialistische Demagogie förderte. Damit lud die rechte Sozialdemokratie eine schwere historische Schuld auf sich – durch die Einheitsfront der Arbeiterparteien, im Bündnis mit den progressiven Kräften aus dem Bürgertum, hätte die Machtübernahme durch die Faschisten in Deutschland und Österreich verhindert werden können, wie es z. B. in Frankreich 1934 geschah. Es ist eine grobe Lüge der antikommunistischen Propaganda, daß die Kommunistische Internationale in dieser Zeit nicht gegen die Monopolbourgeoisie, gegen Imperialismus und Faschismus kämpfte, sondern allein gegen die sozialdemokratischen Parteien.

In der Tat begünstigte die arbeiterfeindliche Haltung der Rechtssozialdemokratie sektiererische, irrtümliche und schädliche Auffassungen und Formulierungen, aber an erster Stelle stand für die Kommunisten immer der Kampf gegen den Hauptfeind, die imperialistische Bourgeoisie. Der VII. Weltkongreß 1935 verband mit der Analyse der Weltsituation eine schonungslose Überprüfung der eigenen Arbeit, die natürlich unter den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes nicht ohne Irrtümer sein konnte. Der Weltkongreß vollzog eine tiefgehende strategische und taktische Neuorientierung. In offener Auseinandersetzung mit der verderblichen rechten Politik und Ideologie der Sozialdemokratie, aber auch mit den Hemmnissen in den eigenen Reihen stellte der Kongreß als Hauptaufgabe die Verwirklichung der Einheitsfront zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus. Die Einheitsfront

der kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen Arbeiterparteien wurde zum Kern der Aktionseinheit aller Arbeiter erklärt. Darüber hinaus bejahte die KI die Möglichkeit einer breiten antifaschistischen Volksfront mit allen der Monopolbourgeoisie entgegenstehenden Kräften. Der Kongreß stellte dabei fest, daß die antiimperialistischen Kräfte in dem gewaltigen Aufschwung der Sowjetunion, wo bereits erfolgreich die Grundlagen des Sozialismus gelegt waren, ihren stärksten Bundesgenossen fanden. Er warnte eindringlich vor der verschärften Kriegsgefahr und verpflichtete alle Kommunisten zum aufopfernden Kampf für die Erhaltung des Friedens. Von außerordentlich großer praktisch-politischer Bedeutung war die auf dem VII. Weltkongreß vorgetragene Analyse des Wesens des Faschismus als die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Aber trotz aller Bemühungen der KI und ungeachtet einzelner Abkommen mit sozialistischen Parteien gelang es nicht, den Widerstand der Sozialistischen Internationale

Abschnitt der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung eröffnet, der sie nach weiter Opferreichen, siegreichen, wenn auch von Schwierigkeiten und Rückschlägen nicht freien Kämpfen zur einflußreichsten politischen und ideologischen Kraft in der ganzen Welt gemacht hat.

Mit der Auflösung der Komintern verzichteten die Kommunisten nicht etwa auf den proletarischen Internationalismus, sie gaben ihm nur entsprechend den neu herangereiften Bedingungen andere organisatorische Formen. Heute erfolgt der Zusammenhalt der internationalen kommunistischen Bewegung in der Form von zwei- und mehrseitigen Zusammenkünften und auf internationalen Konferenzen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, wie z. B. 1976 in Berlin. Keine feindlichen Kräfte, keine Spaltungsmanöver sind imstande, diesen Internationalismus, der im Wesen der Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission begründet ist, auszulöschen. Auch in der DDR halten wir konsequent das Banner des Internationalismus hoch und erfüllen durch unsere Taten treu das Vermächtnis der Kommunistischen Internationale, derer unvergeßlicher Kämpfer wir dankbar gedenken.



Moskau, 2. März 1919: Gründung der Kommunistischen Internationale unter Leitung Lenins

gegen die Einheitsfront zu brechen. So konnte schließlich der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht verhindert werden.

Die KI orientierte ihre Parteien auf die Bildung nationaler Befreiungsfronten des Widerstandes, wobei immer deutlicher wurde, daß auch infolge der Kriegshandlungen die weitere Leitung der Arbeiterbewegungen durch ein internationales Zentrum auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Gleichzeitig waren aber auf dem Boden der Komintern politisch reife Parteien mit erprobten leitenden Kadern herangewachsen, die befähigt waren, die selbständige Leitung der Arbeiterbewegung ihres eigenen Landes auszuüben. Daher faßte das Exekutivkomitee der KI mit Zustimmung der Parteien im Mai 1943 den Beschluß, die KI aufzulösen.

Damit wurde nach einem Vierteljahrhundert erfolgreichen Wirkens der KI ein neuer

#### Literaturhinweise

*Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale – Sammelband.* Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1974

*Horst Schumacher: Die Kommunistische Internationale (1919–1943).* Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1979

*Die Kommunistische Internationale. 1919–1943. Bilder und Dokumente.* Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1984

# Jurist und Antifaschist aus innerer Überzeugung

## Zum 100. Geburtstag von Heinz Dux

Erst im Dezember vergangenen Jahres wurde in der Presse und auch im Fernsehen an den 60. Jahrestag der Eröffnung des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt am Main erinnert. Am Zustandekommen dieses bedeutenden Strafverfahrens hatte vor allem Heinz Dux einen entscheidenden Anteil. Er war in der Zeit von 1960 bis 1963 als Untersuchungsrichter am Landgericht Frankfurt am Main tätig, vernahm in dieser Eigenschaft mehr als 200 Zeugen und bereitete damit eine wesentliche Grundlage für die spätere Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft gegen ursprünglich 24 und später noch 22 verbliebene Beschuldigte, die in unterschiedlichen Funktionen an der Ermordung von Häftlingen des KZ Auschwitz beteiligt waren. Nur drei von ihnen wurden freigesprochen.

Dux wurde am 24. April 1924 im hessischen Marburg geboren. 1942 legte er hier auch sein Abitur ab und begann im gleichen Jahr Rechtswissenschaft an der dortigen Philipps-Universität zu studieren. Die erste Staatsprüfung bestand er 1946 erfolgreich, das Referendarexamen 1950. Zwischen beiden Prüfungen wurde er 1948 mit einer Arbeit über die freie Gewerkschaftsbewegung promoviert. Ab 1954 war er zunächst als Richter eingesetzt. Der damalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer war Ende der 50er Jahre auf den jungen Juristen aufmerksam geworden. Er unterschied sich von anderen seiner Kolleginnen und Kollegen, weil er seine Meinung deutlich äußerte und die Notwendigkeit der juristischen Aufarbeitung von Nazigewaltverbrechen erkannt hatte. In diesem Sinne wirkte Heinz Dux

auch als Untersuchungsrichter. Man kann heute ohne Zweifel sagen, daß er wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Überlegungen und Ziele, die Fritz Bauer mit dem angestrebten Prozeß verfolgte, auch umgesetzt werden konnten. Ein anderer Untersuchungsrichter hätte in dieser Funktion mehr zum Hemmschuh werden können. Insofern war er ein Glücksfall. Sein Interesse an der Aufklärung der im Konzentrationslager Auschwitz begangenen Massenverbrechen äußerte sich auch darin, daß er auf eigene Kosten im Juli 1963 das Lager besuchte und sich mehrere Tage einen Eindruck von den Örtlichkeiten machte. Hierzu wurde er am 10. Oktober 1964, dem 101. Verhandlungstag, selbst als Zeuge vernommen. Seine Schilderungen haben dem Gericht – unabhängig davon, daß dieses ebenfalls einen Ortstermin auf dem Gelände des ehemaligen Lagers durchführte – verdeutlicht, wie die einzelnen Lagerstrukturen aufgebaut waren. Gleich zu Beginn seiner Aussage wies Heinz Dux darauf hin, daß er während seines Aufenthalts im Lager auch dort übernachtet hat.

Er hatte keine Vorbehalte gegenüber der Volksrepublik Polen und der DDR. Dies zu einer Zeit, wo zwischen den beiden deutschen Staaten keine offiziellen Beziehungen bestanden. Dux war nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus zunächst der KPD beigetreten und gehörte später der SPD an. Sehr aktiv wirkte er in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten mit. Das wurde in den Kreisen der westdeutschen hessischen Justiz nicht gern gesehen. Trotzdem ernannte man ihn 1970

zum Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Frankfurt/Main. Der bekennende Antifaschist war auch ein brillanter Jurist. Das konnten auch jene nicht leugnen, die ihm nicht gewogen waren. Dennoch versuchte die hessische CDU, daß Dux disziplinarrechtlich verfolgt wurde, mit dem Ziel, ihn aus dem Dienst zu entfernen. Engagierte Richter dieser Art waren unerwünscht. Ihn hat das nie beeindruckt. Er hat sich weder angepaßt noch von seinen Überzeugungen distanziert. Diese aufrechte Haltung verdient großen Respekt. Als manches nicht fruchtete, was seine Widersacher erreichen wollten, versuchten sie, seinem Sohn, der gleichermaßen Rechtswissenschaft studiert hatte, bei der Erlangung der Anwaltszulassung Steine in den Weg zu legen. Die Rechtsanwälte Otto Schily und Friedrich Karl Kaul mußten sich für ihn einsetzen. Hierüber erzählte mir Heinz Dux anläßlich einer Begegnung im Frühjahr 2014 in Kassel und kommentierte den Vorgang schmunzelnd mit den Worten: „Man schlug den Sack und meinte den Esel.“ Dabei vertraute er mir auch an, daß er es war, der Friedrich Karl Kaul animierte, für Nebenklageberechtigte aus der DDR im Auschwitz-Prozeß aufzutreten.

Neben seiner richterlichen Tätigkeit hat er eine Fülle von Beiträgen in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht, darunter der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“. In den Jahren 1973 bis 1991 war er Mitbegründer und Mitherausgeber der fortschrittlichen Zeitschrift „Demokratie und Recht“, die unter anderem auch von Wolfgang Abendroth, Heinrich Hannover und Norman Paech begründet wurden. Wer sich einen Eindruck über sein umfangreiches journalistisches Wirken verschaffen will, dem sei der Band mit den gesammelten Schriften von 1948 bis 2013 „Justiz und Demokratie. Anspruch und Wirklichkeit in Westdeutschland nach 1945“ empfohlen, den Friedrich-Martin Balzer zusammengestellt und herausgegeben hat. Auch in hohem Alter brachte sich Heinz Dux noch in den Meinungsbildungs- und gesellschaftlichen Diskussionsprozeß als Zeitzeuge ein. So hielt er auf dem 2. Rosenberg-Symposium der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Jahr 2013 einen hochinteressanten Vortrag. Ein Jahr später trat er auf einer Tagung zum 50. Jahrestag des Auschwitz-Prozesses in Kassel auf.

Heinz Dux starb am 3. Februar 2017. Seiner Todesanzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ist das bekannte Marx-Zitat, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, vorangestellt. Der Rückblick auf sein Leben macht deutlich, daß dies wohl auch eine seiner Lebensmaximen gewesen sein muß.

RA Ralph Dobrawa

### **RF 313, März 2024, S. 40**

*Durch ein Versehen ist in der Anzeige der Name der Künstlerin, die am 19.4. zur Vernissage ihrer Kunstausstellung einlädt, weggefallen.*

*Mit dem erneuten Abdruck der Einladung entschuldigen wir uns dafür.*

### **Eine Ausstellung bekennt Farbe – Einladung zur Vernissage**

In der letzten Zeit erleben wir eine bedrohliche Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, und die Gefahr immer neuer Kriege wächst.

Dagegen möchte ich, trotz allem, optimistisch, mit Fantasie und künstlerischer Kraft Zeichen setzen.

Interessenten lade ich sehr herzlich zur Vernissage meiner Kunstausstellung

**„Der Wind schläft nicht auf den Dächern“**

**am 19. April 2024 um 19 Uhr**

in der Galerie der Naturfreunde Berlin, Paretzer Straße 7, 10713 Berlin, ein. Laudatio: Uwe Hicksch / Musik: Pablo Mirò

Meine Bilder entstehen aus Reflektionen aktueller Ereignisse und meinem Engagement für ein friedliches Miteinander der Menschen. Der Wunsch nach einer besseren und gerechteren Welt, die Liebe zur Natur und der sorgsame Umgang mit ihr sind Themen meiner Kunst. Meine Bildgestaltung verstehe ich als poetisch realistische Interpretationen wichtiger Erkenntnisse.

**Bärbel Brede, Berlin**

# Die Telmanovci – das „Ernst-Thälmann-Bataillon“ in den Reihen der Partisanen Titos

1986 erschien in der DDR ein Roman mit dem Titel „Laßt mich doch eine Taube sein“. Er handelt von der Geschichte eines slawonien-deutschen Kaufmanns, dessen Sohn in der SS ist und die Tochter bei den Telmanovci. Ein DEFA-Spielfilm unter demselben Titel wurde in Koproduktion von Jugoslawien und der DDR unter der Regie von Miomir Stamenkovic nach dem Buch von Wolfgang Held (1930–2024), der auch das Szenarium erstellte, verfilmt. Der 1989 produzierte Streifen hatte noch im Sommer 1990 auf dem Filmfestival im jugoslawischen Pula seine Uraufführung, aber seine Resonanz fiel den historischen Ereignissen seiner Zeit zum Opfer.

Wenig bekannt ist, daß es ein „Ernst-Thälmann-Bataillon“ in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und Partisanenabteilungen in Slawonien gab, das eine besondere Seite des antifaschistischen Kampfes gegen den deutschen Faschismus dokumentiert. Es war die einzige Militäreinheit der Partisanen, die im Zweiten Weltkrieg gegen Hitlerdeutschland aktiv kämpfte und ausschließlich aus Deutschen bestand. Der Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die Nazibesatzer begann bereits im Juli 1941. Das Hauptquartier des Zweiten Korps der Nationalen Befreiungsarmee Kroatiens entschied sich, zusätzlich, neben den bestehenden zwei italienischen Divisionen, der tschechischen Brigade „Jan Zizka“, der ungarischen „Sandor Petöfi“, einer bulgarischen, österreichischen, slowakischen und einer Einheit von Rotarmisten, eine deutsche Formation zu gründen. Nachdem in den Stäben der Partisanenabteilungen immer mehr Meldungen über „deutsche Überläufer“ eintrafen, ehemalige Kommunisten oder antifaschistisch gesinnte deutsche Menschen, beschloß der Stab der III. Operativzone am 3. März 1943, daraus eine deutsche Einheit zu formieren, die „Telmanovci“, wie die jugoslawischen Partisanen die Angehörigen dieser Einheit achtungsvoll nannten. Ganze fünfzehn Monate lang kämpften sie zusammen mit den anderen Einheiten gegen denselben Feind, wobei die Leitung der kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) und die Politikommissare auf den internationalen Charakter des gemeinsamen Kampfes achteten.

Die Einheit der Telmanovci – anfänglich 20 Kämpfer – formierte sich am 5. August 1943 im Örtchen Blagorodovac als Teil der jugoslawischen Partisanenarmee, wo auch die Verteidigung vorgenommen wurde. Nach dem Befehl zur Gründung der Einheit sollte mit einer Gruppe begonnen werden, dann sollten ein Zug und eine Kompanie folgen. Die Kommandosprache war deutsch. Zum Führungskader, der vom Stab des VI. Korps berufen wurde, gehörten durchweg Mitglieder der KPJ deutscher Nationalität. Die Führung der Einheit lag in den Händen des Politischen Kommissars Johann Mucker und des jugoslawischen Spanienkämpfers deutscher Nationalität Hans Pichler, der die längste Zeit Kommandeur der Einheit war. Er sprach auch den Eid, in dem es hieß, daß man für ein neues sozialistisches Deutschland kämpfe. Nach der Vereidigung sandten die Angehörigen der „Thälmann-Einheit“ ein Telegramm an den Obersten Kommandanten J. B. Tito. Es war unterzeichnet vom Politikommissar J. Mucker, der in den Kämpfen auch seine Söhne verlor, und dem Kommandanten R. Vaupotitsch. Der Auftrag der Telmanovci bestand in erster Linie darin, Agitations- und Propagandaarbeit zu leisten. Ihnen wurde nahegelegt, den Kampf mit der deutschen Wehrmacht und ihren Verbänden zu meiden, was nur schwer zu verwirklichen war. Sie sollten vor allem deutsche Soldaten zum Überlaufen bewegen, dafür stellten sie Flugblätter her, in denen sie diese aufforderten, zu den Partisanen überzulaufen. Das kleine „Marschliederbuch des Ernst-Thälmann-Bataillons“ beginnt mit dem Thälmann-Lied „In Hamburg ist er geboren ...“, das vom Automechaniker Karl aus dem Raum Berlin/Brandenburger verfaßt wurde und für das Erwin Kautzmann die Melodie komponierte. Es wurde immer gesungen, wenn die Einheit in den Kampf zog oder zum Angriff übergang. Sie führten dabei auch stets die schwarz-rot-goldene Fahne mit einem roten Stern in der Mitte mit sich.

Die Telmanovci wirkten vor allem in Slawonien. Die meisten von ihnen stammten aus deutschen Dörfern um Pakrac, Osijek, Slatina und Orahovica sowie aus gemischten

kroatisch-deutschen und serbisch-deutschen Dörfern wie Levinovac, Trnava und Gasinac. Aber auch Überläufer aus der Wehrmacht gehörten dazu. Als Anfang November 1943 die zum Bataillon herangewachsene Einheit im Verband der XVIII. Brigade in schwere Kämpfe gegen eine Einheit von Wehrmachtstigerpanzern verwickelt wurde, hatte sie 175 Kämpfer in ihrem Bestand, von denen nach dieser Schlacht nur noch 18 übriggeblieben. Im Frühjahr 1944 wurde sie als Kompanie neu aufgestellt und wuchs bis Ende des Jahres auf 70 Mann an. Diese Stärke hatte sie bis zu ihrer Auflösung. Im November 1943 geriet sie in der Nähe der Stadt Mikleus in einen Hinterhalt der Wehrmacht, wobei der Großteil der Kämpfer fiel. In der Stadt wurde nach dem 2. Weltkrieg ein Denkmal für diese gefallenen deutschen Partisanen errichtet. Die Kämpfer des deutschen antifaschistischen „Ernst-Thälmann“-Bataillons im Rahmen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee genießen heute noch bei den ehemaligen jugoslawischen Partisanen hohes Ansehen. Besonders im heutigen Slowenien zeugen viele liebevoll gepflegte Gedenkortte davon, daß dieser mutige Kampf bis in die Gegenwart im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist. Versuche der Geschichtsverfälschung waren hier offenbar bisher nicht sehr erfolgreich. In der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erschienenen wenige Aufsätze zu dem Thema. Erst 1984 widmete sich mit dem Titel „Telmanovci“ eine militärgeschichtliche Arbeit, veröffentlicht im Verlag der jugoslawischen Volksarmee, diesem Stück Partisanengeschichte. 1997 erschien das deutsche Sachbuch „Deutsche bei Titos Partisanen“. Und so ist Wolfgang Helds Resümee zuzustimmen, welches er auf der letzten Seite seines Romans zieht: „Die Frauen und Männer der Partisaneneinheit ‚Ernst Thälmann‘ bewahrten mit dem Einsatz ihres Lebens die Ehre und den Zukunftsanspruch eines besseren, antifaschistischen Deutschlands“. Daran sei erinnert, wenn wir am 16. April diesen Jahres des Geburtstages von Ernst Thälmann gedenken.

Dr. Michael Polster



## Elbe-Tag

### Torgau 1945–2024

79. Jahrestag der Begegnung

79. Jahrestag der Befreiung

83. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion

10. Jahrestag des Pogroms der neofaschistischen Kräfte

in Odessa am Haus der Gewerkschaften

### Demonstration für den Frieden am 27. April 2024

Treffpunkt: 11.30 Uhr am Brückenkopf

(Ostseite der Elbe – Fahnenmonument) in Torgau

Veranstalter: Friedensorganisation Torgau

# Würdige Ehrung für den Helden der Sowjetunion, Generalleutnant Dimitrij Karbyschew

Im Gedenken an Generalleutnant Dimitrij Michailowitsch Karbyschew versammelten sich zu dessen Todestag Antifaschistinnen und Antifaschisten im Konzentrationslager Mauthausen. Die Kundgebung, organisiert vom KZ-Verband/VdA Oberösterreich, ehrte Karbyschews unerschütterlichen Geist und sein Opfer im Kampf gegen den Faschismus.

In einer würdigen und äußerst bewegenden Kundgebung am 18. Februar gedachten Vertreterinnen und Vertreter des oberösterreichischen Landesverbandes des KZ-Verbandes/VdA, der Botschaft der Russischen Föderation, der Republik Belarus, der Schule der Botschaft der Russischen Föderation, der Österreichisch-Weißrussischen Freundschaftsgesellschaft, des Russischen Kulturinstituts sowie Memory Austria gemeinsam des Generalleutnants der Roten Armee, Dimitrij Michailowitsch Karbyschew.

Karbyschew, der in der Nacht vom 17. zum 18. Februar 1945 im Alter von 65 Jahren im Konzentrationslager Mauthausen auf grausame Weise ermordet wurde, bleibt ein Symbol des unermüdlichen Widerstands gegen den deutschen Faschismus.

Dimitrij Michailowitsch Karbyschew, geboren am 26. Oktober 1880 in Omsk, war ein herausragender russischer und sowjetischer Militäringenieur und Generalleutnant der Roten Armee. Er absolvierte seine militärische Ausbildung an der Lehnanstalt für Militäringenieur und machte sich schnell einen Namen als

Experte im Bereich des Festungsbaus. Seine Karriere begann er im Russisch-Japanischen Krieg und setzte seinen Dienst im Ersten Weltkrieg fort, wo er seine Fähigkeiten in der Kriegsführung unter Beweis stellte. Nach der Oktoberrevolution von 1917 begab

Trotz der harten Bedingungen und den Versuchen der Nazis, ihn zum Verrat zu bewegen, blieb er standhaft. Karbyschew motivierte seine Mitgefangenen und beteiligte sich an Widerstandsaktivitäten gegen die Nazis.

Sein Widerstand endete tragisch im Konzentrationslager Mauthausen, wo er in der Nacht vom 17. zum 18. Februar 1945 unter grausamen Umständen ermordet wurde. Die Nazis zwangen ihn, bei strengem Frost nackt zu stehen und übergossen ihn mit eiskaltem Wasser, bis er zu einer Eissäule erstarrte.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gedachten nicht nur Karbyschews, sondern auch anderer antifaschistischer Widerstandskämpfer, darunter die 42 Mitglieder der Welsler Gruppe, die in den letzten Tagen des Krieges ermordet wurden.

Das bereits zum wiederholten Male vom KZ-Verband/VdA OÖ durchgeführte und organisierte Gedenken an D. M. Karbyschew unterstreicht

die Bedeutung der internationalen Solidarität und des antifaschistischen Gedenkens, es hält das Vermächtnis des Generalleutnants und die Erinnerung an sein Wirken lebendig. Die Ehrung Karbyschews, dem wenige Monate nach der Befreiung Europas der Titel Held der Sowjetunion verliehen wurde, dient nicht nur der Erinnerung an sein persönliches Opfer, sondern ist auch Mahnung, daß die Freiheit stets erkämpft werden muß.

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 21.02.2024



Kundgebung im KZ Mauthausen am 18.2.24

sich Karbyschew schließlich in den Dienst der Roten Armee. Dort spielte er eine wichtige Rolle im russischen Bürgerkrieg, indem er half, ausländische Interventionskräfte zu vertreiben. Nach dem Bürgerkrieg und dem Ende der ausländischen Intervention widmete er sich der Lehrtätigkeit, unter anderem an der Frunse-Militärakademie, und erhielt für seine Verdienste hohe Auszeichnungen. Mit dem Einmarsch Nazi-Deutschlands in die Sowjetunion im Juni 1941 wurde Karbyschew erneut in den Krieg gezogen. Er geriet schwer verwundet in deutsche Kriegsgefangenschaft.

## Unvergessen: General Nikolai Fjodorowitsch Watutin – Held der Sowjetunion

Am 15. April jährt sich zum 80. Mal der Tod des Helden der Sowjetunion, Armeegeneral Nikolai Fjodorowitsch Watutin.

Watutin, geboren am 16. Dezember 1901 in Tschepuchino bei Kursk und Kind bäuerlicher Eltern, trat 1920 in die Rote Armee ein und wurde ein Jahr später Mitglied der KPdSU. Nach Teilnahme im Kampf gegen Weißgardisten besuchte er die Militärakademie „M. W. Frunse“.

Zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges wurde Watutin am 30. Juni 1941 zum Chef des Stabes der Nordwestfront ernannt. Am 14. Juli 1942 erhielt er nacheinander den Oberbefehl über die Woronescher Front und ab 25. Oktober 1942 über die Südwestfront. In dieser Zeit leitete er als Generaloberst ab

19. November 1942 die Operation Uranus (Einschließung von Stalingrad) und zwischen 16. und 30. Dezember 1942 die Operation Kleiner Saturn (Zerschlagung der italienischen 8. Armee am mittleren Don). Watutin wurde am 13. Februar 1943 zum Armeegeneral befördert, und am folgenden Tag eroberten seine Truppen in der Schlacht am Donez die Stadt Woroschilowgrad von den Faschisten zurück.

Er kommandierte die Woronescher Front (ab 20. Oktober 1943 in 1. Ukrainische Front umbenannt). Nach der Rückeroberung von Charkow und der Schlacht am Dnepr gelang der 1. Ukrainischen Front am 6. November 1943 die Rückeroberung und in der am 24. Dezember eingeleiteten Schitomir-Berditschewer

Operation die abschließende Sicherung der ukrainischen Metropole Kiew.

Am 29. Februar 1944 wurde Watutin bei einem Überfall von faschistischen Kollaborateuren der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) in der Nähe des Dorfes Miljatin schwer verwundet und erlag am 15. April 1944 in Kiew seinen Verletzungen. Am 17. April wurde er am Mariinskyi-Park beigesetzt. Nach dem Krieg wurde die neu gegründete Stadt Watutine (Oblast Tscherkassy), Ukraine, nach ihm benannt.

Das Denkmal für Nikolai Fjodorowitsch Watutin im Zentrum von Kiew wurde, wie viele andere auch, auf Weisung der Selenskyj-Clique abgerissen.

Raimon Brete, Matthias Schwander,  
Dietmar Lehmann, Chemnitz

# Das Denkmal „Namenlos“ und die Erinnerung an Thälmann

In der kleinen Stadt Zschopau errichteten jene, die Thälmann einst verehrt hatten, 1976 ein bescheidenes Denkmal – eine nüchterne Betonwand, gegossen vom Hausmeister und den Schülern der benachbarten Schule. Darauf eine schmückende gußeiserne Reliefplatte mit dem Seitenprofil Thälmanns, ein schmiedeeiserner Schriftzug: „Thälmann ist niemals gefallen“ und eine Flammpylone. Bis 1990 fanden sich an der Stätte regelmäßig Pionieren, FDJler und Menschen, die eine Beziehung zu Thälmann hatten, ein. Nach 1990 kam niemand mehr. Die Natur bemächtigte sich der Erinnerungsstätte. Irgendwann entdeckten Gymnasiasten das Denkmal und legten es notdürftig frei. 2019 geriet es durch Zufall wieder ins Blickfeld des Zschopauer Vereins „Erinnerungskultur“. Dieser nahm sich vor, die künstlerischen Teile des Denkmals vor dem Verfall und vor Vandalismus zu bewahren. Darum boten die Vereinsmitglieder der Denkmalbehörde an, die substantiellen Teile zu erwerben. Nach dem Gesetz zum Schutz und der Pflege der Kulturdenkmale im

Freistaat Sachsen ist aber ein eingetragenes Denkmal vorrangig zu erhalten und zu pflegen. Nachdem der Rechtsträger, die Stadt Zschopau, an diese Pflicht erinnert wurde, konnten Fördermittel beantragt werden. 2020 wurde das „Denkmal der Erinnerungskultur“ dem gesetzlich vorgeschriebenen Zustand zugeführt. In der Folgezeit kam es erneut zu Angriffen auf das Denkmal mit Beschädigungen an substantiellen Teilen. Vorschläge unseres Vereins an die zuständige Untere Denkmalbehörde und die Landesbeauftragte für Denkmalschutz zur Sanierung oder möglicherweise Umwidmung des Denkmals in eine „Erinnerungsstätte für Thälmann“ wurden abgelehnt. Das betraf auch Anträge zur Erhaltung der am Denkmal angebrachten Erinnerungstafeln für in Zschopau verstorbene jüdische Frauen einer KZ-Außenstelle und die 32 im sogenannten Lazarettlager der Wehrmacht an Unterversorgung und Hunger verstorbenen kriegsgefangenen sowjetischen Rotarmisten.

Interessant war dabei der Hinweis der Behörden, daß nach der Rechtsgrundlage ein eingetragenes Denkmal im Originalzustand zu erhalten ist. Nach geringfügiger Beschädigung des prägenden Schriftzuges „Thälmann ist niemals gefallen“ ließ die Stadt Zschopau diesen nun in der Gesamtheit entfernen. Der Sanierungsaufwand sei wegen der zu erwartenden erneuten Beschädigungen unzumutbar. Für diese Argumentation holte sich die Stadt die Rückendeckung der Unteren Denkmalbehörde. Der geltende Rechtsgrundsatz „Erhaltung des Denkmals“ war ausgehebelt. Damit war in Zschopau das Denkmal „Namenlos“ entstanden. Doch unsere Interessengemeinschaft „Erinnerungskultur“ gibt dem Denkmal bei entsprechendem Anlaß seinen Namen, beispielsweise zum Tag der Erinnerung an die Opfer des Faschismus am 27. Januar und an den durch die Nazis ermordeten Reichstagsabgeordneten und KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann.

Norbert Staffa  
Großsolbersdorf

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im April

### ■ Regionalgruppe Schwerin

**Am 4. April um 16 Uhr** Diskussion mit Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Warum eine neue Partei Bündnis Sahara Wagenkecht – Vernunft und Gerechtigkeit? Chancen und Inhalte.**  
**Ort:** Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 6. April um 10 Uhr** spricht Siegfried Kretzschmar zum Thema: **Die Massenpsychologie des Faschismus und die Rolle der AfD**  
Gäste: Harri Grünberg und ein Vertreter des BSW Brandenburg  
**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

**Am 27. April um 10 Uhr** spricht Egon Krenz zu **politischen Fragen der Gegenwart und stellt sein neues Buches „Gestaltung und Veränderung“ vor.**  
**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

### ■ Regionalgruppe Gera

**Am 6. April um 10 Uhr** **Gesprächsforum zu den anstehenden EU-Parlaments- und Landtagswahlen – Wen oder was wählen?**  
**Ort:** „Geraer Höherfest“, Steinweg 1, 07545 Gera

### ■ Regionalgruppe Teterow

**Am 9. April um 15 Uhr** spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **NATO-Manöver 2024 und andere militärpolitische Fragen**  
**Ort:** Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 12. April um 15 Uhr** spricht Reinhard Lauterbach (Journalist und Osteuropakorrespondenz der jW) zum Thema: **Aktuell-politische Lage in der Republik Polen**  
**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

**Am 15. April um 17 Uhr** spricht Gesine Löttsch, Mitglied des Bundestages, zum Thema: **Die Folgen des Vertrauensverlustes der Partei Die Linke und die Lehren daraus**  
**Ort:** Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

### ■ Regionalgruppe Halle

**Am 16. April um 15 Uhr** spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Warum eine neue Partei Bündnis Sahara Wagenkecht – Vernunft und Gerechtigkeit? Chancen und Inhalte**  
**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

### ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am 16. April um 16.30** spricht Miriam Näther (Cuba Si) zum Thema: **Die aktuelle Situation in Kuba**  
**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 16. April um 18 Uhr** spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Das Parlament der Europäischen Union – seine Funktion und seine Möglichkeiten**  
**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Harz

**Am 19. April um 16 Uhr** spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich?**  
**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 20. April um 10 Uhr** spricht Philipp Slania zum Thema: **Die Krise der kommunistischen Bewegung – Dogmatismus und Sektierertum**  
**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 24. April um 18 Uhr** spricht Miriam Näther (Cuba Si) zum Thema: **Aktuelle Entwicklungen in Kuba und Lateinamerika**  
**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

### ■ Regionalgruppe Potsdam

**Am 26. April um 18 Uhr** spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Was will die Partei Sahara Wagenkecht – Vernunft und Gerechtigkeit?**  
**Ort:** Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 27. April um 10 Uhr** spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist**  
**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Fortsetzung auf Seite 40



## Faschismus in neuem Gewand

Die massenhaften Demonstrationen gegen die AfD, gegen Rassismus und Antisemitismus halten unvermindert an, ein Phänomen. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, selbst Unternehmer marschieren mit – und die Medien jubeln. Die Rechtsentwicklung in Europa hat sich schon sehr lange abgezeichnet. Kluge Menschen haben frühzeitig gewarnt: Umberto Eco („Der Name der Rose“) schrieb im Juli 2008 in „La Repubblica“, daß der Faschismus von heute äußerlich nichts mit dem aus der Vergangenheit zu tun hat. Keine Uniformen, Stechschritt und erhobener Gruß. Nein, er ist modern, raffiniert verpackt und wird mit PR verkauft ... aber der Geist, der dahinter steckt, die totale Kontrolle und Ausbeutung, die Zensur, die Mediengleichschaltung, die Lügen, der selbstgemachte Terror, der Sicherheitswahn, die Unterdrückung von Andersdenkenden, die Militarisierung der Gesellschaft und die Angriffskriege ... die Resultate sind dieselben. Auch in der BRD gab es warnende Stimmen, so erklärte der IG-Metaller Heinz Klee in der Aktionswoche „Notstand der Demokratie“ 2009, daß der gesamte Staat so umgebaut werden soll, daß er an den vor 1945 erinnert. Er nannte Geheimpolizei, Heimatschutz, Datenspeicherung, Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Militarisierung – unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung und bei Katastrophen. Dieser „Staatsumbau“, der lange vor Gründung der AfD begann, ist inzwischen perfektioniert; er zeichnet sich aus durch Aggression nach innen – sinkende Löhne und Renten, Sozialabbau – und nach außen durch Krieg und dem Ruf nach Bomben auf Rußland (CDU-Kiesewetter) und Atomwaffen (SPD-Barlay). Dieser Staatsumbau, vom Kanzler Scholz „Zeitenwende“ genannt, umfaßt auch die staatstragenden Medien, bis ins Kabarett hinein. Wer das herrschende Narrativ über den Ukraine-Krieg in Frage stellt, wird niedergemacht und sogar juristisch verfolgt. Wer Kritik an Israel übt, ist ein Antisemit und riskiert seinen Arbeitsplatz. Wer „nur“ gegen Rassismus und Antisemitismus auf die Straße geht, stellt keine Gefahr dar, im Gegenteil, da wird mitmarschiert. Da wird „übersehen“, daß zwischen „Abschiebung im großen Stil“ und „Remigration“ kein Unterschied besteht.

Solange nicht die Ursachen des gesellschaftlichen Niedergangs benannt und bekämpft werden, können deren Verursacher

weitermachen. Und die AfD? Sie ist eine vom Verfassungsschutz als teilweise rechtsextremistisch eingestufte bürgerliche Partei mit widerlichen Parolen, die für die Herrschenden – noch – nicht gebraucht, aber in petto gehalten wird.

Erika Beltz, Gießen

## Kampf gegen rechts und für den Frieden gehören zusammen

Meine Frau und ich nahmen vor einiger Zeit an einer Demo u. a. in unserer Heimatstadt Aschersleben teil, bei der uns der Anteil jüngerer Menschen besonders auffiel. Vermißt haben wir allerdings bei den Redebeiträgen den Bezug zum Friedenskampf. Aus unserer Sicht darf es aber keine Trennung zwischen dem Protest gegen rechts und Friedenskampf geben. Beides gehört zusammen. Untätig sein kommt für uns nicht in Frage. Die nicht selten geäußerte Angst vor dem „großen Krieg“, unter Umständen sogar mit atomaren Waffen, treibt viele Menschen um. Es geht darum, den Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Vor wenigen Stunden haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß der französische Präsident einen möglichen Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine nicht ausschließt. Geht es noch deutlicher?

Reinhardt Koblischke, Aschersleben

## Mögliche Konsequenzen einer Kündigung des 2+4-Vertrages für die BRD

Der 2+4-Vertrag, der als Ersatzfriedensvertrag fungiert, verpflichtet Deutschland im Artikel 2 keine Handlungen vorzunehmen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören und auf die Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges ausgerichtet sind. Die BRD darf keine ihrer Waffen gegen andere Länder einsetzen, weil dies nach der UN-Charta strafbar ist. Daraus folgt, daß die Lieferung von weitreichenden Taurus-Raketen an die Ukraine, die reine Angriffswaffen sind, als aggressiver Akt anzusehen wäre, der als Verstoß gegen das Völkerrecht gilt und der RF das Recht zur Bestrafung der BRD geben würde. Mit der Lieferung der Taurus-Raketen würde Deutschland zu einem direkten Kriegsteilnehmer im Ukraine-Konflikt werden.

Die BRD hat die NATO-Osterweiterung mit vorangetrieben und damit den 2+4-Vertrag verletzt. Die RF prüft gegenwärtig, ob der Vertrag deshalb aufgekündigt werden sollte. Würde das geschehen, hätte die RF wieder das Recht der Einflußnahme auf die Entwicklung „Mitteldeutschlands“ (Ostdeutschlands), wie vor 1989. Eine Entscheidung darüber liegt allein bei Rußland. Über diese Faktenlage wurde Kanzler Scholz vor zwei Jahren informiert, womit sich seine Haltung in der Taurus-Frage und bei der Ablehnung des Einsatzes von deutschen Bodentruppen erklärt.

Die nulandhörigen Generale der Bundeswehr mit ihren Operationsplänen zur Vernichtung von Zielen in Rußland (u. a. Krimbrücke) mittels Taurus-Raketen, bestätigen die deutsche Verletzung des 2+4-Vertrages. Wie lange will die BRD die Atomsupermacht Rußland noch

provizieren? Die USA scheinen verstanden zu haben, daß man bei einem solchen Gegner und Konkurrenten wie China im Verbund mit Rußland, den BRICS-Staaten und denen des globalen Südens, gezwungen ist, sich auf diesen zu konzentrieren und sich aus Europa zurückzuziehen. USA und NATO wollen weder eigene Truppen in die Ukraine entsenden, noch weitreichende Raketen liefern, weil sie das Risiko eines europäischen oder gar Weltkrieges (bei möglichem KW-Einsatz) mit dem wiedererstarkten Rußland scheuen. Dazu wird sogar die „verdiente“ Victoria Nuland – US-Provokateurin für Farbrevolutionen und Kriegseskalationen – geopfert. Unsere „Eliten“ hingegen sind noch im Angriffsmodus, sie tun so, als haben sie keine Kenntnisse über das enorme Vergeltungspotential Rußlands, d. h. über die konventionellen und atomaren Zirkon-, Kinshal- und Iskander-Raketen mit ihren Hyperschalleigenschaften, großen Reichweiten und wirkungsvollen Gefechtsköpfen, die durch die hiesigen Luftverteidigungsmittel nicht wirkungsvoll bekämpft werden können.

Mit den eskalierenden „Ukraine-Hilfen“ der deutschen Entscheider und dem hysterischen Kriegsgeschrei der hiesigen Kriegstreiber wie Strack-Zimmermann, Kiesling, Röttgen, Hofreiter u. a. wird der Krieg buchstäblich nach Deutschland eingeladen.

Dagegen sollten alle Bürger unseres Landes, die es nicht soweit kommen lassen wollen, aufstehen und bei den anstehenden Wahlen ihr Kreuz an der richtigen Stelle machen.

Oberst a.D. Gerhard Giese, Strausberg

## Taurus-Lieferung verhindern!

Bei öffentlichen Auftritten, besonders vor Wahlen, präsentieren sich Deutschlands Politiker vorgeblich als glühende Verfechter der Demokratie. Unermüdlich erklären sie, den Wählerwillen zu achten und bekunden ihre enge Verbundenheit mit den Bürgern. Auch fühlen sie sich, wie wir hören, christlich-liberalen Werten und ihrem Gewissen verpflichtet.

Dem stehen Entscheidungen in Landesparlamenten und insbesondere im Bundestag entgegen, die dem Mehrheitswillen der Bevölkerung widersprechen. Unüberhörbar und kräftig wird weiter für Waffenlieferungen und Sanktionen die Kriegstrommel gerührt, auch wenn damit wissentlich die Lunte an das Pulverfaß eines möglichen nuklearen Weltkrieges gelegt wird. Ohne Sinn und Verstand, getrieben vom Streben nach einer europäischen Vormachtstellung in der EU und NATO, wollen Merz, Strack-Zimmermann und Co. mit aller Macht die Taurus-Waffenlieferung an die Ukraine durchsetzen. Obwohl die Mehrheit der Bürger dagegen ist, wird erneut im Bundestag darüber abgestimmt – bis es paßt! Egal, wie das Volk darüber denkt. Da beweist der Papst einen erfreulich realistischen Blick auf die tatsächlichen Politik- und Machtverhältnisse und erkennt die Gefahren, diese zu ignorieren. Er steht der Umsetzung der Forderung „Frieden auf Erden“ wesentlich näher, als viele CDU/CSU-, FDP- und GRÜNE-Politiker.

Raimon Brete, Chemnitz

## Wider den Irrsinn

Der Papst mahnt zur Besonnenheit, aber eine katholische Abgeordnete des Bundestages schämt sich für ihn und seinen Vorschlag. Nimmt man, nur um des Krieges willen, weitere hunderte und tausende von Toten in Kauf, nur weil nach westlicher Meinung Rußland den Krieg nicht gewinnen darf?

Hat man überhört, daß Putin im Interview mit Tucker Carlson erneut seine Gesprächsbereitschaft signalisiert hat? Wie kommt der Westen zu der Unterstellung, Putin wolle die alte UdSSR wiederherstellen? Wieso werden vom Westen Sicherheitsinteressen, auf die er für sich selbst pocht, für Rußland an seiner eigenen Grenze abgelehnt?

Momentan wird bundesweit so viel gegen „rechts“ und die AfD demonstriert – wo bleibt die Forderung der Demonstranten nach Frieden, gegen den Krieg, gegen die Finanz- und Militärhilfen, gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik der Ampelregierung, gegen die „Ertüchtigung“ Deutschlands und seiner Bevölkerung für den 3. Weltkrieg? Dieser Irrsinn muß ein sofortiges Ende haben – wenn es erst einmal in Deutschland knallt, ist es zu spät. Der umfassende Widerstand des Souveräns ist gefragt – bundesweit!

**Wolfgang Mengel, Stralsund**

## Der Papst, der Frieden und wer kann ihn erreichen?

Obwohl es so einfach wäre, Frieden zu erreichen, der Papst hat es zumindest angedeutet. Im westlichen Politikbetrieb herrscht aber weiter menschenverachtende und verlogene Borniertheit. „Wie kann der Papst nur die weiße Fahne fordern?“ usw. usf. „Den Krieg könnte nur Putin beenden!“ Alles das, was in diesem Kontext abgedondert wurde, vernachlässigt, daß Putin den Krieg schon 2015 mit Minsk I und dann Minsk II beenden wollte, nur der Westen und die Ukraine nicht. In letzterer gerierte der vom Westen per Putsch eingesetzte Poroschenko und dann 2019 der vom Westen wahlfinanzierte Präsident Selenskyj. Dieser versprach sogar bei der Wahl, den Krieg zu beenden. Im Wahlkampf wußte er noch ganz genau, wer Krieg führte und wer ihn beenden konnte. Doch kaum im Amt und in den USA vorstellig gewesen, galt nur noch eins: Die russischen Gebiete mit ihren Wurzeln müssen unterworfen und ukrainisiert werden. Es wurde aufgerüstet und weiter gebombt und geschossen. Dann wollte Putin den Krieg im Februar 2022 aktiv beenden und sprang den gerade gegründeten Donbass-Republiken militärisch bei, was schlagartig zu Verhandlungen führte, die sogar schon in Unterschriftsreife das Friedensziel greifbar machten; der Krieg wäre im März 2022 zu Ende gewesen. Putin wollte ihn sofort beenden, Minsk II galt für ihn immer noch. Doch der Frieden und weitere Verhandlungen wurden per Dekret von Selenskyj verboten; Boris Johnson (brit. Premierminister) stand bei Fuß und erteilte Weisung. Denn das Ende war zu früh, der westliche Einfluß zu gering, noch konnte der Westen nicht all seine Waffen ausprobieren und auch nicht hinreichend testen, wie weit sich die russische Seite militärisch entwickelt hatte. Also Kampf bis zum letzten Ukrainer, vielleicht auch bis

zum letzten europäischen Söldner. Der Papst hat also eine wesentlich realistischere und vor allem menschlichere Sicht, wenn auch die relativierenden Worte von Matteo Bruni, dem Leiter seines Pressbüros, nicht so geradlinig orientierten.

**Renato Lorenz, Berlin**

## Will die „Mehrheit der Deutschen den Ausbau der Verteidigung“?

In den meisten Medien hierzulande wird verkündet, daß das Gros der Deutschen dafür wäre, die Verteidigungsfähigkeit zu verbessern; von Abschreckung bis zur Atom-bombe!

Da frage ich mich (36er Jahrgang), welche Generation der Deutschen will Kriegstüchtigkeit? Bestimmt nicht die der „Trümmerfrauen“ und der Mütter, auch nicht die der Männer, die „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ geschworen hatten. Aber es sind Leute vom Schlage eines Herrn Kiesewetter (CDU), der verkündet, den Krieg nach Rußland tragen zu wollen, der selbst nie Krieg und Bombenbunker erlebt hat. Oder diejenigen, die sich nur unter dem „Atomschirm“ der Amerikaner sicher fühlen. Ganz vorneweg der Bundeskanzler, der eine deutliche Steigerung der Rüstungsproduktion in Europa fordert.

Für die, die ihren Kompaß nach Osten richten, sind natürlich Entspannungsinitiativen und moderne Diplomatie nur hinderlich, denn auf deren Tagesordnung steht, Rußland ruinieren zu wollen.

**Ernst Jäger, Panketal**

## Wer führt dieses Land wirklich?

In Deutschland bekommt der Wahnsinn ein Gesicht. Die häßliche Fratze des Krieges grinst uns wieder an. Kriegstüchtigkeit, Kriegsvorbereitung, Aufrüstung trotz knapper Kassen sind Begriffe, die das Volk langsam als normal und unumgänglich ansehen soll. Kriegshetzer ohne Sachverstand, mit beängstigender Realitätsferne und einer massiven Präsenz in den sogenannten Qualitätsmedien geben vor, die Interessen der Menschen in unserem Land zu vertreten, und tun zugleich alles dafür, sie auf einen dritten Weltkrieg einzustimmen. Sie bedienen sich der Angst der Menschen und schlagen die Trommel der Russophobie immer lauter, was deutlich pathologische Züge trägt. Auf der einen Seite bereiten Bundeswehr-offiziere, wenn auch zunächst nur theoretisch, Waffenschläge mit deutschen Taurus-Marschflugkörpern gegen Ziele auf russischem Gebiet vor, andererseits verspricht der Bundeskanzler, keine dieser Waffen an die Ukraine zu übergeben und kein Bundeswehrpersonal dafür einzusetzen. Die deutsche Empörung richtet sich nun nicht gegen das schändliche Handeln dieser Hasardeure, sondern gegen die „Frechheit der Russen“, deutsche Angriffsszenarien abgehört zu haben. Warum diese Aufregung? Als Obama Frau Merkel abhören ließ, war das ganz normal. Kanzler Scholz hält zwar Reden, aber das Sagen haben offensichtlich ganz andere. Das wichtigste ist jetzt, um den Frieden zu kämpfen.

**Jürgen Barz, Wismar**

## Doppelmoral des Westens

Wer sich über die Zunahme von Haß in den Medien aufregt, sollte sich einmal mit den Reden bestimmter Politiker in Deutschland, insbesondere im Umgang mit dem russischen Präsidenten beschäftigen. „Bandit, Mörder und Völkerrechtsverbrecher“ sind noch die harmlosesten Titulierungen. Man wundert sich nur, daß Putin nicht mit gleichem Haß reagiert.

Die Doppelmoral des Westens ist meines Erachtens eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß der Osten Deutschlands zu weiten Teilen politisch anders tickt. Die meisten Menschen hier im Osten des „geeinten Deutschland“ sind sicher davon ausgegangen, daß die Aufarbeitung der Geschichte in beiden Teilen des Landes auf Augenhöhe erfolgt. Sie sind bitter enttäuscht worden, denn neben der Deindustrialisierung, die für viele sehr schmerzlich war und ist, besteht Aufarbeitung im wesentlichen aus Stasi, Toten an der Grenze oder Diffamierung der Leistungen der Sportler der DDR ...

Diese Einseitigkeit führte zu Verletzungen und gerade jetzt in dieser angespannten, gefährlichen Zeit, in der man die Bürger zur Kriegser-tüchtigung treiben will, merken viele natürlich auch, daß Deutschlands Politiker nicht gewillt sind, das Grundgesetz einzuhalten, geschweige die Beschlüsse des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – so wurde es einmal beschlossen. Davon sind wir heute weit entfernt.

**Ralf Kaestner, Bützow**

## Irreführender Begriff

Bereits im Jahre 1946 hat Walter Ulbricht, späterer Vorsitzender des Staatsrates der DDR, darauf aufmerksam gemacht, daß das Wort „Nationalsozialismus“ als Synonym für den deutschen Faschismus ein völlig irreführender Begriff ist (veröffentlicht in der Broschüre „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus‘“, Verlag Neuer Weg GmbH, Berlin).

Es wird, auch nach Jahrzehnten, in der Bundesrepublik Deutschland als völlig normal angesehen, wenn der Begriff des „Nationalsozialismus“ für den deutschen Faschismus verwendet wird.

**Dr. Klaus Emmerich, Edertal**

## Wieder eine Erhöhung ...

Der Rundfunkbeitrag soll um 58 Cent auf 19,94 € monatlich erhöht werden. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sprechen zwar von Sparzwängen, aber die finanziellen Ausgaben sagen etwas anderes. So bewegen sich die Gehälter der Führungsriege nach wie vor auf Ministergehaltsebene und auch sonst wird großzügig mit den Rundfunkbeiträgen der Bürger umgegangen. Für die Produktion von Krimis, Rätselsendungen und Trödel-Shows werden horrend Summen ausgegeben; einige Moderatoren von politischen Talkshows und Quizsendungen sollen sogar Millionäre sein. Und dann müssen ja auch mindestens jährlich die Studios für die einzelnen Sendungen modern ausgestattet und auf den neuesten elektronischen Stand gebracht werden. Weiterhin verschlingen Boni, Abfindungen, Ruhestandsgelder u.a. Zahlungen an die Macher große Summen.

**Axel Klatt, Bernau**

■ Regionalgruppe **Rostock**

Am 27. April um 10 Uhr spricht Raimund Ernst (Publizist) zum Thema:

**Die Sowjetunion – ein Staat neuen Typs.  
Zur Geschichte ihrer Entstehung und  
ihres historischen Fortwirkens**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen,  
Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe **Falkensee**

Am 30. April um 19 Uhr spricht der ehemalige Bundesgeschäftsführer der Linkspartei Tobias Bank zum Thema:

**Analyse der Linkspartei vor den Wahlen  
2024**

Ort: Begegnungsstätte der Linken,  
Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee



**„RotFuchs“ abonnieren  
einfach gemacht**

Für den Bezug des RF  
als Printausgabe  
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30  
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:

[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)



Kundgebung in Portugal 1975. Foto: Klaus Steiniger

**IMPRESSUM**

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

**Herausgeber:**

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

**Redaktion:**

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

**Anschrift:**

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0157 - 524 461 43  
E-Mail: [rotfuchskessel@t-online.de](mailto:rotfuchskessel@t-online.de)

**Layout:** Hinkelsteindruck, soz. GmbH  
**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

**Redaktionsschluß für die übernächste  
Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

**Autorenkreis:**

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge †  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Dr. Holger Michael  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

**Künstlerische Mitarbeit:**

Renate Aulfes  
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

**Versand und Vertrieb:**

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30  
[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

**Mitgliederfragen:**

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73  
[WDockhorn@t-online.de](mailto:WDockhorn@t-online.de)

**Finanzen:** RotFuchs-Förderverein e.V.  
c/o Gabriele Parakeninks  
Postfach 520 223, 12592 Berlin  
Mail: [parakeninks@rotfuchs.net](mailto:parakeninks@rotfuchs.net)  
Tel. 0151/68 51 51 56

**Unsere Bankverbindung:**

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.